

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 5,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen-  
 zeile über deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Zwei-  
 gedruckt) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der Reichstag für die Bergarbeiter.

Die Debatte über die von unserer Partei und der Freisinnigen Vereinigung eingebrachten Resolutionen auf ein Reichs-Berggesetz hat geadelt, wie wir es wünschten. Eine bedeutende Majorität, die sich aus der gesamten Linken, den Polen und dem Zentrum — dieses allerdings nur teilweise! — zusammensetzte, hat die Resolution Auer, die Erfüllung der Bergarbeiter-Forderungen durch ein Reichs-Berggesetz verlangt, und die Resolution Gothein, die formulierten Vorschläge in derselben Richtung, wenn auch geringeren Umfangs, machte, zum Beschluss des Reichstages erhoben. Sie hat den Verschleppungsantrag des nationalliberalen Freiherrn v. Heyl auf Erhebungen abgelehnt und diesem Arbeiterfreunde damit die verdiente Niederlage bereitet. Die Regierung freilich, für die zweimal Graf Posadowsky sprach, ließ nicht den mindesten Zweifel darüber, daß sie den angenommenen Resolutionen nicht beitreten werde. Graf Posadowsky bringt dem Streik sicherlich mehr Sympathien entgegen, als seine preussischen Ministerkollegen, etwa der „ordinäre Polizeiminister“, Herr v. Hammerstein. Er anerkannte wiederholt ausdrücklich mit warmem Lobe die Ruhe und Besonnenheit der Streikenden, wiederholte seine bereits am Mittwoch abgegebene Erklärung, daß die Verlechte der Bergarbeiter über die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige sich selbst vor den Untersuchungen der Polizei als grobe Lügen erweisen hätten und sprach die Erwartung aus, daß auch künftighin die Ruhe in keiner Weise gestört werden würde, zumal da die Gewerkschaften mit der größten Energie für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgten. Aber er konnte namens der Reichsregierung keinerlei Hoffnung auf Erlaß eines Reichs-Berggesetzes machen. Die Reichsregierung fühlt sich nicht in der Lage, gegenüber dem preussischen Partikularismus, der nach dem heute vom Abg. Webel zitierten Wort Bismarcks der gefährlichste ist, den Bergarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Immerhin stellte Graf Posadowsky das preussische Berggesetz für eine sehr, sehr nahe Zeit in Aussicht und gab das Versprechen, daß es den Beschwerden der Arbeiter tatsächlich abhelfen werde.

Allzu viel könnte man freilich auf solches Versprechen auch nicht geben, wenn auch die preussische Regierung den festen Willen dazu hätte. Hängt doch die preussische Gesetzgebung von dem Willen des Dreiklassen-Parlaments und des Herrenhauses ab. Jeder der Redner der Parteien, die heute zu Worte kamen, lieferten einen Beitrag zum Beweise dafür, wie ungeeignet das gesamte preussische Staatswesen zur Bergarbeiterschutzes-Gesetzgebung sei. Zunächst unheimlich der konföderative Föderalismus, der die Reichsregierung zur Bergarbeiterschutzes-Gesetzgebung verhindern würde, wenn sie es zu nennen beliebt, ein neues Justizhausgesetz machen. Wenn das die Haltung ihrer Parteien bleibt, so hat kein Bergarbeiterschutzes-Gesetz im Landtage Aussicht auf Annahme.

Der Abg. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung eröffnete die Reihe der Redner, die mit aller Entschiedenheit für ein Reichs-Berggesetz eintraten. In Preußen, wo die Arbeiter nur Objekt der Gesetzgebung sind, nicht Subjekt, ist, wie er treffend bemerkte, ein wirklicher Arbeiterschutzes unmöglich. Herr Spahn vom Zentrum bewies juristisch die Zuständigkeit des Reiches; handelt es sich doch um lauter Anträge, die eine Ergänzung der Reichsgewerbe-Ordnung bezwecken. Der Abgeordnete Korfanty erinnerte an die Zustände in den Gruben, die dem preussischen Staat gehören; da dort die Arbeiter noch schlimmer ausgebeutet und in ihren staatsbürgerlichen Rechten noch mehr beeinträchtigt werden, fehlt dem preussischen Staat das moralische Gewicht, das die innere Grundlage für ein Arbeiterschutzes-Gesetz bilden müßte. Schließlich wies der christlichsoziale Abg. Wurckhardt darauf hin, daß, wenn die Regierung den Streik beenden oder wenigstens verkürzen wolle, sie dies nur durch ein Reichsgesetz könne und der Freisinnige Mugdan machte die sozialisten-überwiegende Regierung, nicht durch ihre Hartnäckigkeit weitere Zehntausende von Arbeitern im Aufruhr in die Hand der Sozialdemokratie zu treiben.

In seiner großartigen Rede sah Genosse Webel all das zusammen, was gegen Preußen und für das Reich spricht. Es war eine gründliche Abrechnung mit der jahrzehntelangen Untätigkeit der preussischen Regierung, mit der Arbeiterfeindschaft, die das preussische Parlament, diese reaktionäre „Vollvertretung“ der Welt, seit Jahrzehnten auch gegenüber den Bergarbeitern betreiben hat. „Aber wie soll man die Diener loben, kommt doch das Kergernis von oben!“ Wachte doch der Reichskanzler, der Diplomat, nichts Klügeres zu tun, als den Streikenden mit dem „Volke in Waffen“ zu drohen, daß, wenn es befohlen wird, auch auf Vater und Mutter schießt. Als Webel dem staunenden Reichstag mitteilte, daß man sich am Geburtstag des Kaisers im Schloß zu Berlin über die entsetzliche Niedermordung friedlicher, wehrloser Arbeiter in Petersburg nicht empört, sondern sie vielmals als Ansporn zur Nachbesserung in Deutschland empfanden hätte, wurde es wohl selbst den bürgerlichen Parteien klar, mit wie gutem Recht der Aufbruch unserer Parteivorstände die Arbeiter gemahnt hätte, nichts von der kapitalistischen Regierung zu erwarten — nichts als Flintentzüge.

Bittere Selbstironie konnte es nur sein, wenn danach Graf Posadowsky von den Kulturaufgaben sprach, die die Einzelstaaten, voran Preußen, sich nicht wollen nehmen lassen. Webel traf den Ton der gewaltigen Empörung, die sich des Volkes nach den unaufhörlichen Proklamationen durch die Regierung nach ihrer Abhandlung vor dem Industriejudenismus bemächtigt hat.

Die freisinnigen Monday, Anerkennung den Streikenden einzureden, daß sie keinen Erfolg haben werden, und zugleich die Einigkeit der Arbeiter zu fördern, indem sie den Bergarbeitern vor der Sozialdemokratie graulich machen, werden munter fortgesetzt. So läßt sich die „Vossische“ aus Essen melden:

„Im Essener Revier herrscht überall Ruhe und Ordnung. In zahlreichen Versammlungen wurden Kommissionen gewählt, die bei den Regierungskommissionen die einzelnen Beschwerden vorbringen sollen. Es macht sich eine gedrückte Stimmung bemerkbar, weil viele Bergleute einsehen, daß der große erwartete Erfolg wohl schwerlich eintreffen wird. Der Standpunkt Efferts gewinnt immer weitere Kreise. Die Siebenerkommission hält fortgesetzt Beratungen ab, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung in den nächsten Tagen für Beendigung des Generalstreikes fallen wird. Man erwartet eine Erklärung der Regierung über die Schichtdauer. Effert reiste nach Berlin. Wegen des katholischen Feiertages fiel heute die Schicht aus, so daß die Versammlungen auch von Arbeitswilligen besucht waren; Zwischenfälle sind jedoch nicht vorgekommen.“

Sodann wird über eine Sitzung der Siebenerkommission mit den Vertrauensleuten und Ausstausleitern berichtet, die eine Erklärung beschlossen, in der es heißt:

„Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt gegenüber allen Versuchen, die Ausstausbewegung zu zerplüttern: als Gesamtdarstellung der Ausständigen erkennen wir nur die aus Vertretern aller Verbände zusammengesetzte Siebenerkommission an und wir sprechen dieser unser volles Vertrauen aus, wir haben die Überzeugung, daß unsere Siebenerkommission in hinreichender Weise die Interessen der Bergarbeiter vertritt und weisen alle Querstreiberien gegen die Einigkeit der Kameraden entschieden zurück. Die Versammlung verpflichtet sich unbedingt, nur der Parole der Siebenerkommission zu folgen. Unsere Bewegung muß als eine rein gewerkschaftliche durchgeführt werden, nur dann ist uns der Erfolg sicher.“

Dazu bemerkt die „Berliner Zeitung“:

„Diese Erklärung richtet sich anscheinend gegen die sozialdemokratische Agitation, die in letzter Zeit sehr stark ins Zeug gegangen ist und von der man eine Spaltung der Bewegung befürchtet.“

Wir wissen nicht, welche Motive die Vertreter der Bergarbeiter für ihren Beschluß haben, auf welche besonderen Vorurteile sich der Beschluß stützt und die „Berliner Zeitung“ weiß es offenbar auch nicht; aber die Zurückweisung der Querstreiberien, die darauf gerichtet sind, die christlichen Bergarbeiter vor angeblichen sozialdemokratischen Einflüssen graulich zu machen, die verdienen allerdings entschiedene Zurückweisung. Es sind das vor allen Dingen die von Freisinnigen und von Geistlichen der Diözesen Vordrum ausgehenden Versuche, den Streik in nichtgewerkschaftlichem Sinne für sich zu beeinflussen. Es würde lebhaft den Unternehmern zugute kommen, wenn die unfehlige Unmöglichkeit unter den Arbeitern sogar jetzt im Kampfe wieder aufkamme.

Auf jede „Atheinpreußen“ sollen die Mitglieder des christlichen Gewerksvereins beschloffen haben, wieder anzufahren, während die Mitglieder des alten Verbandes weiterzustreiken beschloffen hätten.

#### Thyssen der jüngere über den Streik.

Im „Roland von Berlin“ veröffentlicht Herr August Thyssen der jüngere einen Artikel über den Streik der Bergarbeiter, aus dem einige Angaben um deswillen interessant sind, weil der Sohn eines der maßgebendsten Grubenunternehmer sie macht. Herr Thyssen vertritt die Ansicht, daß die Unternehmer den Streik provoziert haben. Dann schreibt er:

„Wer unbefangen und objektiv jahrelang in jener Gegend gewohnt und mit klarem Auge das Leben und die Lebensbedingungen der Bergarbeiter beobachtet und studiert hat, wird nicht umhin können, einen großen Teil ihrer Forderungen als nur zu berechtigt anzuerkennen. Der Punkt, bei dem bedingungslos eine Abhilfe geboten erscheint, ist zunächst das Wagnis. Der Vermerk auf der schwarzen Tafel, daß die Arbeit vieler Stunden für den Arbeiter vernichtet, hängt von der Willkür eines Betriebsbeamten ab, der dem betreffenden Bergmann aus irgend einem Grunde nicht wohl will. Man darf hierbei nicht vergessen, daß nur in den seltensten Fällen eine wirklich böse Absicht seitens des Bergmanns vorliegt. Besonders bei den nördlichen Flözen des Oberbergamts Düsseldorf, die fast mit Schiefer durchwachsen sind, ist es für den Arbeiter beinahe unmöglich, die Kohle vom Schiefer zu reinigen, da diese Arbeit allein sonst Stunden erfordern würde. Die Forderung, daß die Arbeiter freiwillig dazugehen, daß der Erlös für die gemuldeten Wagnis in die Unterstützungskasse fliehe. Aber das ist nur ein Trugschluß. Denn wenn die Unterstützungsklassen der Forderungen sich auf diese Weise füllten, so brauchen sie eben von ihrem übrigen Gewinn nur einen geringen Bruchteil für diese Zwecke zu verwenden, und ich möchte als Beispiel anführen, daß in einer Woche allein in einem Jahre ein Betrag von 45 000 M. für gemuldeten Wagnis in die Unterstützungskasse abgeführt worden ist.“

„Ebenso berechtigt ist die Forderung nach gereinigten Wagnis. Es ist in den Forderungen ein offenes Geheimnis, daß die baulichen Lohndienste (Hunde), die eine Tonne enthalten sollen, weit mehr in sich aufnehmen, und daß dieser eigentümlich excessive Ueberschuß lediglich der Forderung zugute kommt.“

Wenn schon der Sohn eines Forderungsbefähigten zugibt, daß das Wagnis nach bloßer Willkür und Gunst geblüht wird und daß die Arbeiter durch falsches Maß von den Unternehmern froch betrogen werden, dann wird niemand die Berechtigung der Klagen der Bergarbeiter bestreiten können.

Missstände gibt es nicht! So läßt sich der bergbauliche Verein wieder verkünden und knüpft daran die selbstherrliche Erklärung, daß er auch in Zukunft nicht gewillt sei, mit den Arbeitervertretern zu verhandeln. Allerdings wollen sie mit den einzelnen Belegschaften — wegen Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln, nicht etwa wegen Abstellung von Missständen und Bewilligung der bescheidenen Forderungen. Wegen Unterlassung von Maßnahmen könnten sie jedoch keine

bindenden Versprechungen geben. Sollten die Herren schon auf Erfolge der Bestrebungen auf Zersplitterung der Arbeiter rechnen. Die erneute Erklärung der Siebenerkommission und der Vertrauensleute dürfte ihnen zeigen, daß die Arbeiter alle Bestrebungen, sie auseinanderzugraulen, zurückweisen. Und die abermalige profigne Ablehnung aller Verhandlungen zeigt wohl auch den Arbeitern, daß die Unternehmer die Arbeiter ohne Ausnahme über einen Kamm scheren — nur Arbeitswillige jeder Qualität sind ihnen liebe Elemente. Mißstände gibt es nicht; nur Arbeiterforderungen sind Mißstände für die Unternehmer.

#### Hammerstein im Streikgebiet.

Essen a. R., 3. Februar. (B. L. B.) Der heute hier eingetroffene Minister des Innern, Freiherr v. Hammerstein, machte in Begleitung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Rasse, des Regierungspräsidenten von Düsseldorf und anderer eine Rundfahrt durch den Stadt- und Landbezirk und überzeugte sich von den seitens der Polizeibehörde getroffenen Maßnahmen. Hierauf fand eine Konferenz auf dem Landratsamt statt, an der außer den genannten Herren sämtliche Oberbürgermeister und Landräte der in Betracht kommenden Teile der Rheinprovinz teilnahmen. In der Konferenz wurden die getroffenen polizeilichen Maßnahmen besprochen, die der Minister billigte und für ausreichend erachtete. Abends begab sich der Minister nach Dortmund, wo morgen eine Konferenz zu demselben Zwecke stattfindet.

Es wird also wohl nun auch Hammerstein vom Bergbauverein gerügt werden, daß er die Polizei für ausreichend hält.

Der Bergmann Wiesener ist bei den Verhandlungen der Untersuchungskommission auf jede „Herkules“ vom Direktor Tengelmann als Sozialdemokrat bezeichnet worden. Demgegenüber stellen wir ausdrücklich fest, daß Wiesener der sozialdemokratischen Partei nicht angehört und ihr niemals angehört hat.

#### Wer begeht Kontraktbruch?

Ran schreibt uns:

Ueber den Kontraktbruch zetern die Grubenbarone und ihre Presse, über Kontraktbruch zetern die Bergbeamten, über Kontraktbruch zetern die Regierungsveterinäre bis hinauf zu Müller, und selbst Herr v. V. Löw stimmt in das Geschrei über den Kontraktbruch der Bergarbeiter ein. Wohlan! Ist der Kontraktbruch ein solch furchtbares Verbrechen, dann mögen die Herren vom Bergbaulichen Verein nur vor ihrer eigenen Tür stehen. Der von den Arbeitern durch Eintritt in den Streik begangene Kontraktbruch wird zur Genüge kompensiert durch den jahrzehntelangen an den Arbeitern hundert- und tausendfach begangenen Kontraktbruch der Grubenverwaltungen.

Nun sollte man glauben, daß die Grubenverwaltungen sich wenigstens zu einer Zeit, wo man in allen Kontraten mit heuchlerischem Augenverdrehen und mehr oder minder gut imitierter Entschuldigung über den Kontraktbruch der zum Zustand getriebenen Arbeiter herzieht, um damit die eigenen Sünden zu verdecken, also wenigstens nach Ausbruch des Streiks den Schein wahren, d. h. Gesetz und Arbeitsordnung gegenüber den Arbeitern beobachtet würde. An der Hand folgender Tatsachen neuesten Datums werden wir zeigen, daß dem nicht so ist.

Auf jede „Bruchstraße“ arbeitete vom 1. bis 30. November 1904 eine Kameradschaft von 3 Mann im Bedinge (Kolonnenofford) teils vor der Kohle, teils im Gestein. Für Gesteinsarbeit waren die Leute übrigens eigentlich angenommen. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich um tüchtige, erfahrene Hauer handelt. Da während der in der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Frist von 10 Tagen eine Einigung über das Bedinge für die am Ersten des Monats begonnene Arbeit nicht zustande kam — das Angebot war eben so miserabel, daß die Leute es nicht annehmen konnten —, stand den Arbeitern laut Arbeitsordnung der ortsbliche Lohngeld, d. h. der bei gleichartiger Arbeit in der vorausgegangen Lohnperiode auf der betreffenden Zeche durchschnittlich pro Tag verdiente Lohn zu. (§ 12 resp. 13 der Arbeitsordnung und § 80 c des Berggesetzes.)

Was geschieht aber? Bei der am 28. Dezember erfolgten Lösung für den Monat November erhielten die Leute unbedürftigst darum, daß sie das Bedinge nicht angenommen hatten, ihren Lohn doch nach Maßgabe dieses Bedinges berechnet und ausbezahlt und das war eigentlich gut so. Die Öffentlichkeit erfährt auf diese Weise, welche Bedinge Gesteinsbauern, also neben den Schachtbauern der bestbezahlten Gruppe von Bergleuten, angeboten werden. Nicht nach den Grundflächen der „Leicht“, wie sie bei Kolonnenofford nach Maßgabe der geleisteten Arbeitszeit des einzelnen als selbstverständlich gilt, sondern frei nach Willkür wurde der nach dem Bedinge berechnete Gesamtlöh unter die drei Kameraden wie folgt verteilt: Einer bekam für 21 Schichten 40,04 M., der andere für 21 Schichten 47 M., der dritte für 21 Schichten 49,04 M. Auf den Einwand der Arbeiter erhielt der erste und dritte noch 8,50, der zweite noch 10 M. Zulage, so daß also der erste und dritte mit je 21 Schichten 57,54, der zweite mit 22 Schichten 57 M. erhielt. Von diesem Lohn gehen noch 8,01 M. für Gefälle ab. Daß die Zeche mit solchen Löhnen keinen Staat machen kann, scheint sie selber einzusehen. Zwei der Arbeiter haben nämlich beim Berg-Gewerbegericht Klage erhoben, der dritte tut desgleichen.

Die nächste Folge dieser Lage war, daß der Vorstehende der zuständigen Spruchammer, der zugleich Vorsitzender der Untersuchungskommission der Zeche „Bruchstraße“ ist, den Klägern mit 22 Schichten zur Untersuchungskommission lud. Dort stellte sich nun heraus, daß in der von der Zeche vorgelegten Lohnliste der Arbeiter mit 4,00 M. per Schicht verzeichnet war. Soviel bekannt, soll es der Grubenverwaltung nicht gelungen sein, dem Vorstehenden plausibel zu machen, wie das zugehe. Soviel ist nur sicher, daß die Gehälter der Lohnbücher nicht angezweifelt worden ist, womit die Sache allerdings noch nicht ihre Erledigung gefunden haben dürfte.

Ein anderer Fall: Drei Gesteinsbauern von Zeche „Bruchstraße“ haben ein Bedinge angenommen. Nach diesem Bedinge hatten sie zu fordern für 13 Meter Schiefer 45 M. = 585,00 M., für 3 Meter Sandstein 65 M. = 195,00 M., für 5 Meter Holz 5 M. = 25 M., in Summa 745,00 M. Sie erhielten angefahrte und bezahlt 14 Meter Schiefer 45 M. = 630,00 M., mithin zu wenig 115,00 M. Wie wollen zugeben, daß ein Irrtum vorliegt

Wunde, aber dieser hätte doch bei der Resignation der Arbeiter gut gemacht werden können.

Einem Bergmann auf Zeche „Zentrum“ wurde bei der am 26. Januar er. erfolgten Lösung für Dezember ein Betrag von 49,80 M. vom Lohne eingehalten, wovon 43,02 M. ganz un-  
weisehaft in direktem Widerspruch mit dem Lohnbeschlagnahme-  
Gesetz beschlagnahmt, resp. dem Zugriff eines Dritten überlassen  
worden waren. Die Berg-Gewerdegewerkschaften in der Regel sich  
für solche Streitigkeiten als unzuständig zu erklären.

Ein anderer Fall: Auf Zeche „Neu-Jericho“ wird mit einer aus  
acht Mann bestehenden Kameradschaft ein Gebüde abgeschlossen.  
Ohne die Kameradschaft zu fragen, werden ihr am 7. Dezember noch  
zwei Mann zugeteilt, welches Mandat, im voraus bemerkt,  
zu Ende des Monats wiederholt wird. Der Dis-  
ziplinierte (Kameradschaftsführer) protestiert gegen die willkürliche  
Vermehrung der Kameradschaft und verlangt Neuregulierung  
des Gebäudes. Als der Steiger sich dessen weigert,  
beruft sich der Arbeiter auf § 13 der Arbeitsordnung, und  
das mit vollem Recht. Der Steiger drückt dem Arbeiter seine Be-  
wunderung über seinen „gelehrten Kopf“ aus und läßt ihn stehen.  
Der Betriebsführer befährt eines Tages die Streden und der Arbeiter  
wird bei ihm unter Verufung auf die Arbeitsordnung vorstellig, um  
die Neuregulierung zu erreichen. Dieser antwortet: „Hält mir gar  
nichts ein; dann hätte ich was gemacht!“ — Der Arbeiter erklärt, daß  
er sich auf alle Fälle an das vereinbarte Gebüde nicht mehr ge-  
bunden halte und wird schließlich im Bureau des Betriebs-  
führers vorstellig, als er am Sonntag sieht, daß bei Berechnung  
nicht nur die Vermehrung der Kameradschaft außer Betracht gelassen,  
sondern der Lohn nicht einmal nach den für diesen Fall vor-  
gesehenen Bestimmungen der Arbeitsordnung, sondern nach dem  
durch Vermehrung der Kameradschaft aufgelösten Gebüde berechnet,  
wodurch die Kameraden empfindlich geschädigt worden sind. Er stellt  
dem Betriebsführer vor, daß ein dergleichen Verfahren, bei  
dem er trotz großen Schutzes in 26 Schichten nur 110 M.  
verdient, doch nicht recht sei. Der Betriebsführer erwidert unter  
Anspielung auf den unterrichteten Körper des Beschwerdeführers,  
es würde wohl mit seiner Schürze nicht so leicht her-  
gewesen sein. Mittlerweile kommt der Inspektor hinzu,  
welcher dem Mann nach Anhörung des Sachverhalts die trost-  
reiche Versicherung gibt: „Mann, das machen wir wie  
wir wollen!“ Als ihm der Arbeiter erwidert, die Arbeits-  
ordnung sei doch nicht bloß für die Arbeiter da, sondern die Be-  
amten hätten sich auch nach derselben zu richten, erhält er von dem  
Betriebsführer zum drittenmal eine abweisende Antwort.

Wie heißt es doch in den Antworten des bergbaulichen Vereins  
an die Verbände gelegentlich früherer Eingaben um Regulierung  
der Löhne: „Wenn der eine oder andere Arbeiter glaubt eine höhere  
Bezahlung beanspruchen zu dürfen, so mag er sich nur an seine  
Zeche wenden, er darf der wohlwollendsten Prüfung — wie bisher —  
sicher sein.“

Und zum Schluß eine köstliche Kontraktbruchprobe: Ein Arbeiter  
der Zeche „Dannenbaum“ hat am 15. Dezember gekündigt. Seine Zeit  
ist am 31. Dezember um, er ist also bei der Zeche nicht etwa kontraktbrüchig  
geworden. Bei der am 24. Januar er. erfolgten Restlösung für Dezember  
werden ihm auch noch 17 M. auf das Konto seines Bruders eingehalten,  
den man entlassen hatte, weil er krank geworden. Dies nur ein paar  
Proben von Kontraktbruch aus neuerer Zeit, und nur solche, wo der  
Kontraktbruch offen zutage liegt, es also gar keiner Beweisaufnahme  
bedarf.

### Nervöse Gendarmen!

Kyberbeck, 3. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier  
überritten reitende Gendarmen eine Anzahl Schulkinder und Streikende.  
Die Streitenden wurden von den Gendarmen bis an die Haustür  
verfolgt.

Sind die Gendarmen etwa durch die Lektüre der „Rheinisch-We-  
stfälischen Zeitung“ nervös geworden?

Ueber die Zahl der Streikenden verbreitet „D. T. V.“ unterm  
3. Februar folgende Angaben des bergbaulichen Vereins:

Ossen, 3. Februar. In den 18 Bergwerks-Revieren des Ober-  
Bergamtsbezirks Dortmund und auf Zeche „Abeinpreußen“ führen  
heute an von einer Gesamtbelegschaft von 250 148 Mann unter  
über Tage 62 361 Mann (gegen 245 057 bezw. 52 089 am 1. d. M.,  
aber ohne „Abeinpreußen“ gerechnet), auf „Abeinpreußen“ sind heute  
2992 von 4506 Mann angefahren.

Das Oberbergamt in Dortmund, das seine Zusammenstellungen  
dem „Reichs-Anzeiger“ zugehen ließ, verzichtet jetzt schon seit zwei  
oder drei Tagen auf diese Mitteilungen.

### Generalfreik in Oberschlesien in Sicht!

Aus Zabrze (Oberschlesien) wird uns geschrieben: Gegen-  
wärtig streikt die gesamte Belegschaft der katholischen Königin  
Luise-Grube hier selbst, Tag- und Nachtschicht, rund 7000 Mann.  
Auch in der anderen katholischen Grube des Zabrzer Kreises, Viel-  
schowitz, ist ein Teil der Belegschaft schon in den Ausstand getreten.

Am Abend des 2. Februar traten die Vertrauens-  
männer der Streikenden zu einer Konferenz zusammen,  
in der beschlossen wurde, die von den streikenden Auf-  
sichtern gestellten Forderungen ebenfalls aufzustellen und an die  
Vergewaltigung zu richten. Der Streik soll nach Beschluß dieser  
Konferenz zunächst auf die Arbeiter in den staatlichen Gruben Ober-  
schlesiens beschränkt bleiben, doch soll an die Reichsregierung die  
Forderung gerichtet werden, eine Reichs-Vergesetzvorlage  
im Reichstage einzubringen und zwar bis  
zum 8. Februar! Ist zu diesem Termin die Vorlage  
beim Reichstage nicht eingegangen, dann sollen die gesamten Berg-  
arbeiter Oberschlesiens zum Generalfreik streiken. Von in der  
Konferenz anwesenden Mitgliedern des Bergarbeiter-Verbandes  
wurde der Beschluß ohne Erfolg belächelt, man wolle von Bedenken  
nichts hören, sondern in der schärfsten Weise vorgehen, da die hier  
herrschenden Mißstände mindestens so schlimm seien wie in Rhein-  
land-Westfalen.

Entstanden ist die hiesige Bewegung im Schoße des unter dem  
Einfluß der polnischen Zentrumsgeistlichen von der Gruppe des „Katholik-  
stehenden Arbeitervereins „Zur gegenseitigen Hilfe“, dessen Mitglieder  
einige hundert Mark Streikgelder gesammelt hatten. Der Vorstand  
des Vereins suchte die gewaltig hervorordringende Bewegung zunächst  
dadurch zu bemeistern, daß er eine Willkürschrift an die Vergewaltigung  
richtete, doch genügte das den unzufriedenen Arbeitern nicht,  
die ihren Vorstand beiseite schoben und selbstständig voringen.  
Viele Mitglieder des gesamten katholischen Arbeitervereins schlossen  
sich dem Bergarbeiterverbande an.

Beuthen, 3. Februar. Auf der „Königin Luise-Grube“ sind bei  
der heutigen Frühsschicht angefahren 332 Mann, ausständig sind 2574.  
Auf dem Guido- und Wladislaw-Schacht sind 544 eingeschifft und  
505 ausständig. Im ganzen sind also 876 Mann eingeschifft und  
3169 ausständig. Die Ausständigen verhalten sich ruhig.

### Belgien.

Mons, 3. Februar. (D. T. V.) Heute streikten in Vorinage  
• 12 000 Mann.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Februar.

### Die zweite Lesung der Kanalvorlage.

Am Freitag begann im preussischen Abgeordnetenhause  
die zweite Lesung der Kanalvorlage, oder besser gesagt des  
Gesetzes zur Herstellung und den Ausbau von  
Wasserstraßen. In Erwartung eines politischen Ereignisses  
hatte sich auf den sonst so leeren Tribünen ein zahlreiches  
Publikum eingefunden, und auch der Sitzungssaal wies nur

wenige Lücken auf. Aber das Publikum kam nicht auf seine  
Rechnung. Die Vorgeschichte des Kanals scheint vergessen zu  
sein; nichts mehr von dem Kros der Junker, die die Regierung  
ihren Willen aufgezwungen haben, kam in den Reden der  
Kanalgegner zum Ausdruck, es wurde nicht mehr oder doch  
wenigstens nicht mehr in der früheren scharfen Art der Osten  
gegen den Westen, die Industrie gegen die Landwirtschaft aus-  
gespielt, die Regierung drohte nicht mehr wie einst den Kanal-  
rebelln mit der Entziehung ihrer Gunst. Allgemein herrschte  
Friedensstimmung, das Ganze machte einen mehr als  
schlaftrigen Eindruck.

Schritt für Schritt ist die Regierung vor den Junckern  
zurückgewichen. An Stelle der ursprünglichen Kanalvorlage  
hat sie einen Torso eingebracht, nichts Halbes und nichts  
Ganzes, und selbst diese Vorlage wurde in der Kommission  
noch mit allerlei Bestimmungen bepackt, um sie zu Falle zu  
bringen. Die Kommission hat das staatliche Schlep-  
pmonopol beschloffen, d. h. es soll auf dem Kanal vom Rhein  
bis zur Weser, auf dem Anschließ nach Hannover, auf dem  
Lippe-Kanal und auf den Zweigkanälen dieser Schiffahrts-  
straßen ein einheitlicher staatlicher Betrieb eingerichtet und  
Privaten die mechanische Schleppererei unterjagt werden, die  
Kommission hat ferner die Kanalisierung der Mosel von der  
lothringischen Grenze bis Koblenz, der Saar von Trier bis  
Konz und der Lahn von der hessischen Grenze bis zur Mündung  
verlangt, sie fordert ferner, daß von der Inbetriebsetzung des  
Kanals vom Rhein bis zur Weser an Gebühren zum Aus-  
gleich für die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der  
natürlichen Wassertstraßen, soweit diese durch staat-  
liche Aufwendungen eine über das natürliche Maß hinaus-  
gehende Verbesserung oder Vertiefung erfahren haben.

Und die Regierung ist bereit, auf alles einzugehen. Alle  
ihre früheren Bedenken hat sie fallen gelassen, in allen prin-  
zipiell wichtigen Fragen ist sie entschlossen, auf Befehl der  
Kanalgegner ihre Meinung zu ändern. Der Ministerpräsident  
v. Büdde zeigt nur den Eisenbahnarbeitern gegenüber die  
geparterte Faust, den Junckern gegenüber ist er die Nach-  
giebigkeit selbst. Zwar will er prinzipiell von der Mosel-,  
Saar- und Lahnkanalisierung nichts wissen, aber er stimmt der  
bezüglichen Resolution zu, war hält er nichts vom Schlep-  
pmonopol, aber er ist auch dafür zu haben. Am leichtesten macht  
er es sich mit der Abgabefrage. Er gibt zu, daß es staats-  
rechtlich im höchsten Grade fraglich ist, ob Preußen überhaupt  
das Recht hat, Gebühren auf natürlichen Wasserstraßen ein-  
zuführen, aber er rechnet sich nicht zu den Staatsmännern,  
sondern zu den Männern der Praxis, und deshalb ist er un-  
bestimmt um alle entgegenstehenden Bedenken, unbestimmt  
sogar darum, daß vor noch nicht langer Zeit im Reichstage  
einer seiner Kollegen die Erhebung von Gebühren auf natür-  
lichen Wasserstraßen als zur Kompetenz des Reiches gehörig  
bezeichnet hat, auch für diesen Wunsch der Junker zu haben.  
Worum sollte auch Herr v. Büdde staatsrechtliche Bedenken  
haben, wenn selbst der Justizminister sich über solche Bedenken  
leichten Herzens hinwegsetzt!

Rein Wunder, daß einer solchen Regierung gegenüber die  
Kanalgegner ihr Spiel fortsetzen und sie ganz offen verhöhnen.  
Wenigstens sind eine Anzahl der zahlreich vorliegenden An-  
träge als nichts weiter denn als Verhöhnung anzufassen. So  
z. B. der Antrag v. Seydebrand (L.), daß, ehe mit dem  
Bau des Kanals vom Rhein nach dem Dortmund-Ems-Kanal  
beponnen wird, Schiffsabgaben auf dem  
Rhein erhoben werden müssen zur Vergütung für solche An-  
lagen, durch welche die Schiffbarkeit des Stromes über dessen  
gewöhnliche Fahrbarkeit erhöht worden ist. Ebenso sind andere  
Anträge zu beurteilen, die eine möglichst hohe Bemessung der  
Gebühren verlangen.

Das Schicksal der Vorlage hängt an einem seidenen Faden.  
Der größte Teil der Konservativen und eine Minderheit der  
Freikonservativen sind dagegen, weil sie darin den Anfang zum  
Bau des Mittelkanals erblicken, selbst die Freisinnigen  
haben gegen die Vorlage, die die Vorlage jetzt angenommen  
hat, große Bedenken. Dafür sind vorläufig nur die National-  
liberalen und das Zentrum, das, wie Abg. Herold meinte,  
nachdem der Landwirtschaft in letzter Zeit einige Vorteile ge-  
währt sind, auch der Industrie etwas zukommen lassen will.

Die Debatte wird am Sonnabend fortgesetzt.

Die Sitzungen des preussischen Landes-Oekonomiekollegiums,  
die gestern hier begonnen haben, liefern recht interessante Bei-  
träge zur Kritik der unfeindlichen Romik. In der gestrigen  
Sitzung setzte Herr v. Boddehake in junckerlicher Erwünschtheit  
auseinander, daß beim Abschluß der Viehschenden-Konvention  
mit Oesterreich-Ungarn die von dieser Macht ernannten Unter-  
händler arg gepörselt worden seien, und heute gelangte, nach-  
dem die Erörterung des staatlichen Schlepmonopols von der  
Tagesordnung abgesetzt worden war, das komische Fragepiel:  
„Wie denken Sie über Landarbeiterflucht und Freizügigkeit?“  
zur Aufführung. Eingeleitet wurde die heitere Komödie  
durch einen Vortrag Professor Schrengs über die „Land-  
arbeiterfrage“. Er warf die Frage auf: Wie kann der Land-  
flucht gesteuert werden? Zunächst erklärte er, durch eine  
staatliche Kolonisierung kleiner Bauern. Es sei erträulich, daß  
die preussische Regierung für diesen Zweck 2 Millionen Mark  
in den Etat eingestellt hat. Weiter müßte der Großgrundbesitz  
die 800 000 Hektar wieder abgeben, die er im Laufe des  
letzten Jahrhunderts an sich gerissen hat. Daraus könnten  
80 000 Familien mit 300 000 Köpfen angesiedelt werden.  
Aber das sei nicht die eigentliche Lösung des Problems. Die  
Hauptursache der Landflucht aber sei die inten-  
sivere Ausnutzung der Arbeitskraft in  
der Industrie und die dadurch bedingte Zahlung  
höherer Löhne. Für die Landwirtschaft gelte es  
heute, die Saison- und Wanderarbeit zu be-  
seitigen und die Landarbeiter an dem Ort ihrer Beschäf-  
tigung fest anzusiedeln. In jedem Dorfe müßten so viele  
Menschen angesiedelt werden, als dort zur Verrichtung von  
Arbeiten notwendig sind. Weiter sei zu empfehlen der Bau  
von Arbeiterwohnungen, vielleicht durch die Unter-  
stützung der Landes-Versicherungsanstalten.

Der Redner bringt eine Resolution ein, in welcher  
der Landwirtschaftsminister gebeten wird, zu veranlassen:  
1. daß im nächsten Jahresbericht der Landwirtschaftskammern  
auf Grund einer Umfrage bei den Wanderlehrern usw. eine  
eingehende Darstellung der bisherigen Versuche, landwirtschaft-  
liche Arbeiter festzusetzen, gegeben werde; 2. daß eine  
amtliche Statistik über den Zu- und Abzug ausländischer  
Wanderarbeiter aufgenommen werde.

Die Diskussionsredner waren aber mit solchen milden Mitteln  
nicht zufrieden; sie verlangten Beschränkung der Freizügigkeit.  
Den Reigen eröffnete Graf v. Bernstorff-Behnungen. Er  
führte aus: Gering sei der Lohn des Landarbeiters, durchaus  
nicht. Wer habe denn das Geld auf den Sparkassen?  
Die Landarbeiter! (Zustimmung.) Man sehe sich nur einmal

die Aussteuer an, die ein Landarbeiter seiner Tochter mitgibt,  
dann werde niemand mehr von niedrigen Löhnen sprechen.  
Nicht die höheren Löhne seien es, die die Arbeiter in die  
Städte treiben, sondern nur die Vergnügungssucht. Zu  
bedauern sei ferner der Einfluß der Schule, die die  
Kinder der Landarbeit entfremde. Des Pudels Kern sei aber,  
er scheue sich nicht, das offen auszusprechen, die absolute  
Freizügigkeit. Erst nach dem 20. Lebensjahre dürften  
die Kinder darüber entscheiden, ob sie in die Stadt wollen  
oder nicht. (Lebhafte Beifall.) — Hr. v. Wangen-  
heim kritisiert das Unterstützungswohnsitz-Gesetz, das zu-  
sammen mit der Freizügigkeit geradezu eine Prämie auf die  
Landflucht setze. — Kammerherr Graf v. Rankau-  
Rastorf hat Bedenken gegen die Ansiedlung der Land-  
arbeiter. Das habe solange keinen Zweck, als der preussische  
Staat die Arbeiter für billiges Geld, für Arbeiter-  
fahrkarten, in die Stadt zur Arbeit trans-  
portiere. Den ländlichen Gemeinden seien darum die  
Schul- und Armenlasten zu. (Sehr richtig!)

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlußwort  
wendet sich Professor Schrengs gegen die Wünsche auf Be-  
schränkung der Freizügigkeit. Dadurch würde es vielleicht ge-  
lingen, die Arbeiter etwas länger auf dem Lande festzuhalten.  
Aber das seien dann nur widerwillige Arbeiter. Die  
Verhältnisse auf dem Lande müßten so gestärkt werden, daß  
die Arbeiter freiwillig dableiben.

## Deutsches Reich.

### Die Beratung der Handelsverträge.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hat Freitag unter  
Vorsitz des Präsidenten über die Geschäftsverteilung der nächsten  
Tage folgendes Abkommen getroffen: Am einem Abkommen aus  
der letzten Woche gereicht zu werden, soll am Sonnabend, den  
4. d. M. der Toleranzantrag des Zentrums zur Beratung  
gelangen.

Montag, den 6. d. M., soll die Beratung der freisinnigen Inter-  
pellation (Schiffahrts-Abgaben) stattfinden. Dienstag,  
den 7. d. M., folgt die Verhandlung der Zentrums-Interpellation  
(Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden), und Mittwoch, den  
8. d. M., ist dann wieder Schwermetag (entweder Fortsetzung der  
Beratung des Zentrums-Antrages [Toleranz] oder die Beratung des  
sozialdemokratischen Initiativantrages [Errichtung eines Reichs-  
Arbeitsamtes] usw.).

Am Donnerstag, den 9. d. M., wird dann die erste Beratung der  
Handelsverträge beginnen und vermutlich 6-8 Tage in Anspruch  
nehmen. Es wird beabsichtigt, die Handelsverträge einer Kommission  
zur Vorberatung zu überweisen, da, wie es scheint, die Regie-  
rung das Bedürfnis fühlt, vertrauliche Mitteilungen über die Vertrags-  
verhandlungen zu machen. —

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des  
Reichsamt folgende Resolutionen wieder eingebracht:

1. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Einrichtung eines  
Reichsarbeitsamtes.
2. Auf Erlass von Bundesratsvorschriften nach §§ 120 e und  
Arbeiter durch Reichsgesetz.
3. Auf Erlass von Landesratsvorschriften nach §§ 120 e und  
130 a für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr.
4. Auf Vorlegung eines Gesetzes zum Schutze der Bau-  
arbeiter.
5. Auf Erlass einer Verordnung noch im Laufe dieses Jahres,  
durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glasstätten  
verboten wird.
6. Auf Vorlage eines Strafgesetzes gegen Unternehmer oder  
deren Vertreter, die den Arbeitern durch schwarze Listen oder  
ähnliches ihre Fortkommen erschweren wegen Teilnahme an Ar-  
beiterorganisationen.
7. Auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die ge-  
werbliche Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten, eine Ruhe-  
pause von 36 Stunden für einen Feiertag und eine solche von  
60 Stunden für zwei aufeinanderfolgende Feiertage angeordnet  
wird.  
Ausnahmen für Verkehr-, Transport-, Gastwirts- und Ver-  
gnügungsgewerbe und für notwendig kontinuierliche Betriebe  
sollen zugelassen werden.  
Verkaufsstellen für Nahrungs- und Genußmittel sollen  
höchstens drei Stunden am Vormittag geöffnet sein.

### Die Aufhebung des Saarbrücker Urteils.

(Eig. Ber.) Eine eklatante Niederlage der ganzen Scharf-  
macherei des saarbrückischen Gebietes ist die Aufhebung und Be-  
gründung des Saarbrücker Gerichtsurteils von drei Monaten  
Gefängnis gegen den früheren Bergmann Karl Krämer  
durch den 1. Strafsenat des Reichsgerichts. Krämer sollte in  
zwei Flugblättern zur letzten Reichstagswahl die staatliche  
Bergwerksverwaltung beleidigt haben, und zwar im Sinne  
von §§ 185, 186 und 187 des Strafgesetzbuches. In der  
Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht hatte Genosse Heine  
die Revision eingehend begründet und Aufhebung des Urteils  
beantragt, sowie die Verweisung der Sache an ein anderes Ge-  
richt. Dem ist in der gestrigen Entscheidung in vollem  
Umfange entsprochen worden, und zwar ist die Sache an das  
Landgericht in Trier verwiesen worden. Das Reichsgericht  
sagte in seiner Begründung der Urteilsaufhebung, daß schon  
die Verletzung des § 243 der Strafprozessordnung zur Auf-  
hebung hätte führen müssen. Ueber die Beweisurteile der  
Bernehmung zweier Zeugen habe das Gericht keinen Beschluß  
über das Nichtabhören gefaßt; ein Verzicht auf die Zeugen  
habe aber vom Angeklagten nicht vorgelegen. Auch darin stellt  
sich das Gericht auf den Standpunkt der Verteidigung, daß  
bei den §§ 186 und 187 genau zwischen den Tatsachen und den  
Behauptungen, sowie den daraus gezogenen Schlüssen hätte  
unterschieden werden müssen, und das Gericht dürfte sich nicht  
in der „Feststellung“ damit begnügen, von unwahren Be-  
hauptungen in den Flugblättern zu reden.

Von geradezu prinzipieller Bedeutung ist die Entscheidung  
wegen des unrechtmäßigen Verlangens des § 193 des Straf-  
gesetzbuches. Es wurde dazu ausgesprochen, daß, wenn für eine  
große Anzahl Menschen in Berufsvereinen, Syndikaten usw.  
ein gemeinsames Interesse existiert, so hört die diesem zugrunde  
liegende Sache nicht auf, das Interesse des einzelnen zu sein.  
Das trifft beim Angeklagten mit dem Bergarbeiter-Verband  
zu. Selbst wenn er nur vermeintlich berechtigte Interessen  
wahrzunehmen hätte, oder wahrnehmen hätte wollen, dürfte  
ihm der Schutz des Paragraphen nicht ganz versagt werden.

Bezüglich der Anwendung dieses Paragraphen wies  
das Gericht schließlich noch auf eine Entscheidung des dritten  
Strafsenats hin, die sich mit der Auffassung der gestrigen Ent-  
scheidung deckt.

### Ein liberaler Reinfall.

Aus München wird uns geschrieben:  
Je näher die bayerischen Landtagswahlen heranrücken, desto  
arbeiterfreundlicher wird der neu „gecintete“ Liberalismus und desto  
seltener erscheinen in der liberalen Presse die Korrespondenzen der

Holgerland, Max Lorenz und ähnlicher Sozialistenfreier, die sonst fast täglich in den liberalen Papieren die Arbeiterorganisationen berichten. Am Mittwoch haben wir sogar das Schauspiel erlebt, daß die verschiedenen liberalen Gruppen — es sind nur sieben! — gemeinsam eine große Volksversammlung veranstalteten, in der sich 13 liberale Referenten mächtig für die Arbeiter und ihre Organisationen ins Zeug legten und gegen die Kohlenbarone so losdonnernten, daß einigen bewährten Altliberalen angst und bange wurde. Die von ihnen vorgebrachten und schließlich auch fast einstimmig angenommene Resolution hat diesen Wortlaut:

„Die Versammlung spricht den im Ruhrgebiet streikenden Bergarbeitern ihre Sympathie aus für deren Kampf um Anerkennung der Organisationen, um Sicherung des Arbeitsvertrages und um Besserung der Lebenshaltung. Sie verurteilt aufs schärfste den Herrenstandpunkt der Unternehmer, die selbst aufs vollkommenste organisiert, den Gegenorganisationen der Arbeiter die Anerkennung verweigern; sie sieht in der Uebermacht der einheitlich organisierten Großunternehmungen im Kohlenbergbau eine ernste Gefahr für unser wirtschaftliches Leben und sie fordert deshalb ein Eingreifen der Staatsgewalt, um den bedrohten Interessen der Gesamtheit und der Arbeiterklasse gegen die Uebermacht zur Geltung zu bringen; sie fordert unerschrocken die Hoffnungen, die an das gesetzgeberische Vorgehen der preussischen Regierung geknüpft werden können, das Eingreifen der Reichsgesetzgebung: ein Reichsberggesetz, die völlige Sicherung des Koalitionsrechtes, die obligatorische Einführung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern; sie spricht ihre Genugthuung aus über die einmütige Stellungnahme der öffentlichen Meinung, sie erwartet aber auch fernerhin von den weitesten Volksschichten ohne Unterschied der Partei, daß sie die Arbeiter in ihrem schweren Kampfe moralisch und materiell unterstützen.“

So weit ging die Geschichte also ganz gut. Aber die „freie Diskussion“ führte zur Katastrophe. Großes Unbehagen entstand schon bei den liberalen Kommitteemitgliedern, als ein Dr. H. sein Bedauern über die Haltung der liberalen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus aussprach. (Stürmische Zurufe: Wie in Bayern!) Das ist Fleisch von eurem Fleisch! Ganz unangenehm aber wurde der demokratische Redakteur Richter, dieser erinnerte an das Verhalten des Liberalismus beim Streik in Crimmitschau. Damals habe man trotz der Taten der sächsischen Polizeibehörde kein Wort des Protestes gesagt und man müsse sich nun fragen, was denn eigentlich das plötzliche Erwachen der sozialen Instinkte bei den Liberalen bewirkt habe. (Stürmische Zurufe: Die Landtagswahlen!) An die liberalen Führer richtete er die Frage, woher denn dieser plötzliche Umschwung komme. Könne man darauf eine befriedigende Antwort nicht geben, so müsse er sagen, der Liberalismus habe in richtiger Karnevalsstimmung eine Maske aufgesetzt, sich geschminkt und gepudert! Diese Worte riefen einen tosenden, minutenlangen Beifallsturm hervor. Als es endlich gelang, notwendig einige Ruhe herzustellen, gab der Vorsitzende schließlich den Referenten das Schlusswort, die sich aber um eine Verantwortung der fatalen Frage vorstellig herumdrückten. Der Plan der Münchener Liberalen, Arbeitstimmen einzusparen, ist also gründlich fehlergefallen. Für eine Partei, die so viel am Herdholz hat wie der bayerische Liberalismus, ist es eben sehr gefährlich, sich dem Feuer eines Diskussions in einer öffentlichen Versammlung auszuweichen. Man verbrennt sich dabei zu leicht die Finger.

**Achtstundentag für sächsische Arbeiter.** Aus Offenbach wird telegraphiert: Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die im sächsischen Kollegium die Mehrheit vertritt, beantragte nach dem „Offenbacher Abendblatt“, daß die Arbeitszeit der sächsischen Arbeiter vom 1. April 1905 nicht länger als 9 Stunden, vom 1. April 1906 nicht länger als 8 Stunden betragen soll.

**Der Stuttgarter Gemeinderat gegen die Konfessionshülle.**  
Stuttgart, 2. Februar. (Eig. Ber.)  
Eine für den Tiefstand des Volksschulunterrichts bezeichnende Veröffentlichung des Amtsblattes der königl. württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel bildete den Hintergrund einer bemerkenswerten Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats in seiner heutigen Sitzung. Bei Beratung des städtischen Schuletats stellte Genosse Wenz den Antrag auf Streichung des bisher geleiteten sächsischen Aufsichtes zur Befolgung der staatlichen Schulinspektoren solange, als der Forderung nach Abschaffung der geistlichen Schulinspektion nicht Rechnung getragen ist. Da der Oberbürgermeister Kauf den Antrag zurück sprach, unterstützte Genosse Sperla den Antrag aufs kräftigste durch den Hinweis auf die eingangs erwähnte Veröffentlichung. Sie betrifft das Ergebnis einer amtlichen Prüfung, der die 20 Schüler der gewerblichen Fortbildungsschule in einer Stuttgart benachbarten Oberamtsstadt unterzogen wurden, um einen Maßstab für den durchschnittlichen Bildungsgrad zu gewinnen, mit dem die württembergische Volksschule ihre Schüler entläßt. Das Ergebnis der Prüfung der zum Teil 14 und 15jährigen Schüler, welche sieben und acht Jahre sächsischen Volksschulunterricht hinter sich hatten, war das denkbar traurigste. Die Kenntnisse im Rechnen und in der deutschen Sprache erwiesen sich als absolut unzulänglich; eine leichte Prozentrechnung wurde nur von 3 Schülern richtig gelöst und kaum ein Viertel der Schüler war fähig, ein einfaches Diktat fehlerlos zu schreiben. Ganz unglaubliche Resultate ergaben die Fragen, welche den Grad allgemeiner Bildung feststellen sollten: drei Schüler wußten nicht, wie der König von Württemberg heißt; nur 11 wußten den Erdteil zu nennen, zu dem Japan gehört; 6 kannten die Hauptstadt des Deutschen Reiches nicht; 17 wußten nicht, wer Bismarck war, und nur einer schrieb dessen Namen richtig; auf die Frage nach dem Begründungsjahr des Deutschen Reiches gaben nur 10 die richtige Antwort; kein einziger wußte zu sagen, wer in Württemberg Geleise zu beschließen hat. — Was hätte sich erst gezeigt, wenn diese Opfer der württembergischen Volksschule nach Schiller oder Goethe gefragt worden wären? Dabei handelt es sich keineswegs um abnorme, besonders unglückliche Schullehrer, sondern um durchschnittliche Schullehrer, die vor den Toren der Hauptstadt! Mit Recht machte Genosse Sperla die geistliche Schulaufsicht und die Ueberfütterung der Volksschule mit Religionsunterricht verantwortlich für diesen beschämenden Stand der Volksbildung. Neben 1 1/2 Stunden für Geschichte und 1 Stunde für Naturgeschichte stehen 12 Stunden Religionsunterricht pro Woche im Lehrplan. Unter dem unbeschäftigten Eindruck dieser amtlichen Feststellungen wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Handelt es sich auch zunächst bloß um eine Demonstration, so wird sie ihre praktische Wirkung äußern in der Kräftigung der Volksbewegung gegen die geistliche Schulaufsicht.

**Südwestafrika.**  
Berlin, 3. Februar. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Leiter Georg Walter, geboren am 30. Juli 1883 zu Unter-Schmattendorf (Großherzogtum Hessen), hat sich am 3. Januar 1905 zwischen Windhof und Njatu von der Kolonne entfernt und wird seitdem vermißt.  
Die Verluste unserer Truppen in Südwestafrika haben im Januar 1905 betragen: Tote: 6 Offiziere, 6 Unteroffiziere, 23 Mann, insgesamt 35; Verwundete: 5 Offiziere, 11 Unteroffiziere, 44 Mann, insgesamt 60, vermißt 2 Mann. An Krankheiten sind erlegen: 1 Offizier, 2 Unteroffiziere, 12 Mann, zusammen 15. Außerdem wurde 1 Mann in Swakopra und auf Bahnschiffe von fremder Hand angeschossen und verwundet. Der Gesamtverlust beträgt im Januar bei 85 Toten, 61 Verwundeten, 2 Vermissten, 15 an Krankheiten Gestorbenen, 4 Verunglückten 117 Köpfe. — Bis zum Schluß des Monats Januar betrug der Gesamtverlust des ganzen Feldzuges 1187 Köpfe, davon gefallen 299, den Wunden erliegen 19, an Krankheit gestorben 826, vermißt 82, ermordet 93 (darunter 41 Farmer, 34 Kaufleute,

13 Schichtarbeiter, 5 Frauen), verunglückt und tot 18, verunglückt und lebend 8, verwundet 342, Summe der Toten 837, Summe der Lebenden 350.

## Husland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Zur ungarischen Ministerkrise.** Graf Andrássy wurde am Freitag nachmittag vom Kaiser in 1/4stündiger Audienz empfangen, in der er seine Anschauungen über die politische Lage entwickelte. Auf Grund dieser Erörterung wurde Andrássy damit betraut, mit den leitenden ungarischen Staatsmännern in Fühlung zu treten, worüber er in einigen Tagen dem Kaiser Bericht erstatten wird. Eine formelle Vertretung mit der Kabinettsbildung ist vorläufig nicht erfolgt; es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kaiser noch andere politische Persönlichkeiten empfangen wird, jedoch sind Dispositionen über eine Reise des Kaisers nach Budapest bisher nicht getroffen. Andrássy konterte vormittags mit dem Minister des Aeußern Graf Goluchowski, beendete nachmittags den Grafen Tisza und kehrte abends um 5 Uhr nach Budapest zurück.

### Frankreich.

#### Zur Sybeton-Affäre.

Die Anklagekammer soll heute über den Einspruch des Vaters Sybetons gegen die Einstellung des Verfahrens wider Unkloant beraten. Die nationalistischen Blätter veröffentlichen heute eine Unterredung mit der Witwe des Judenfabrikanten Lebaudy, in welcher diese die Behauptung der Frau Sybeton widerlegt, daß ihr Gatte Gelder der Vaterlandsliga unterlagene habe. Frau Sybeton aber verweigert die Herausgabe von 10000 Fr., die Sybeton noch kurz vor seinem Tode von ihr, Frau Lebaudy zur Beschaffung eines bedeutenden Verteidigers vor dem Schwurgericht erhalten habe. Frau Lebaudy versichert auch, daß Sybeton vergiftet worden sei. Er sei schon öfter von unerklärlichem Unwohlsein ergriffen worden; seine Umgebung habe, da der Verdacht sich seiner mittels schleimenden Giftes zu entledigen, mihlungen schließlich zu einem stärkeren Gifte gegriffen.

### Italien.

#### Die Zivilliste vor der italienischen Kammer.

Rom, den 30. Januar.  
Die italienische Kammer hat mit 313 gegen 21 Stimmen die Zivilliste des Königs in der bisherigen Höhe, 18 050 000 Lire, bewilligt. Wie es heißt, sah die Regierung der diesbezüglichen Diskussion nicht ganz ohne Besorgnis entgegen. Der Mehrheit war man natürlich sicher, aber man fürchtete unangenehme Erörterungen und etwa gar Angriffe auf das glorreiche Haus Savoyen.  
Auch die Besorgnis war unbegründet. Die Mehrheit war in hyperlokalen Livree erschienen und brüllte jedes Wort der republikanischen Opposition einfach nieder.  
Die Republikaner brachten durch den Abgeordneten Mirabelli einen Präjudizialantrag ein, der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Verfügungen des königlichen Hauses, seiner Einnahmen und Ausgaben forderte und die Festsetzung der Zivilliste bis zum Bericht der Kommission vertagt sehen wollte. Mirabelli sagte, er hätte keine republikanische Ueberzeugung diesmal draußen gelassen und spreche nur mit Rücksicht auf den gepufften Steuerzahler.

Für die Parteifraktion sprach Genosse Bissolati. Er kritisierte die Begleitworte des Gesetzentwurfs und sagte, es sei in der italienischen Politik jetzt Mode geworden, zu handeln ohne zu begründen. Die Partei wolle dies nicht nachmachen, sondern ihre vereinzeltigen Votum begründen. Eine sozialistische Partei sei natürlich gleichzeitig republikanisch. (Lärm, Unterbrechungen.) Wenn die Partei heute, fuhr Bissolati fort, keine Kampfstellung gegen die Monarchie einnimmt, so geschieht das, weil die Sozialisten nicht glauben, daß eine Aenderung der Staatsform den Inhalt ändere. Wenn aber morgen die Monarchie der sozialistischen Bewegung die Straße sperrt, so wird sich die Bewegung energisch gegen die Monarchie wenden. (Große Anrufe.)

Weiter sprach Bissolati von der Notwendigkeit, die Ausgaben eines so armen Landes wie Italien zu beschränken. Der König in Italien sei von der Demokratie an seinen Platz gestellt; der Pomp und Luxus stünde dem aus der Revolution entspringenden Königtum Italien nicht an. Die Monarchie solle sich ihres revolutionären und antiliberalen Ursprungs bewußt bleiben; an dem Tage, wo Viktor Emanuel III. seinen Fuß in den Vatikan setzt, hört er auf, König von Italien zu sein.

Der nächste Oppositionsredner, Colajanni, kam gar nicht zu Worte. Das Endresultat war die oben erwähnte Abstimmung. Alle Radikalen stimmten für die Zivilliste!

Und seit Monaten hat man in die Welt hinausposaunt, daß die Regierung selbst die Erhebung der Liste um 4 Millionen beantragen würde! Trotz der Armut des Landes und der unterhaltsmäßigen Höhe der Summe hat sie gar nicht daran gedacht.

### Dänemark.

**Für den Freihandel.** Nach dem zu urteilen, was man von den deutschen Agrariern gewohnt ist, müßte man annehmen, das neue dänische Ministerium, das doch im Grunde genommen ein Bauernministerium ist, müßte landwirtschaftliche Schutzzölle einzuführen bestrebt sein. Das ist aber nicht der Fall. Bei der nun beendeten zweiten Beratung des Budgetvorlages erklärte der neue Finanzminister, Lassen, er sehe es als seine Hauptaufgabe an, eine Zollreform zu fördern. Es könne sich aber nur um eine auf den Freihandel gerichtete Zollreform handeln. Die Aufgabe sei schwierig, besonders da man gegen eine Weltströmung zu kämpfen habe, aber er hoffe, daß es ihm gelingen werde, dem Ziele einige Schritte näher zu kommen. — Der Minister sagte freilich nicht, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. In dem neuen Programm der Reformpartei wird auf eine Zuzuführung hingewiesen. Es ist wahrscheinlich, daß man hierbei an die Zuzuführung der großen Wasse denkt, an Steuern auf Branntwein und Tabak. Bei der schon seit mehreren Jahren vorbereiteten Zollreform wird es sich wesentlich um Aufhebung und Ermäßigung von Industriezöllen handeln. Agrarzölle bestehen bekanntlich in Dänemark nicht und die Bauern verlangen auch nicht danach.

### Amerika.

**Von Roosevelts Plänen.** die Macht der Regierung zu stärken gegenüber den großen kapitalistischen Korporationen, wird in der Presse viel geschrieben, aber es zeigt sich wenig Sympathie für diese Pläne in den Zeitungen. Die vielbesprochene Revision des Zolltarifs, die in sicherer Aussicht stehen sollte, gilt jetzt als aufgegeben. Im Kongreß war keine Majorität dafür zu haben; eine Umfrage ergab, daß Roosevelt nur auf einen kleinen Teil seiner Partei dabei rechnen konnte. Jetzt ist das Tagesgespräch eine neue Vorlage, die Bundesaufsicht über den Handelsverkehr betreffend. Die Regierung verlangt eine scharfe Kontrolle über die Eisenbahn-Fraktiraten im zwischenstaatlichen Handelsverkehr. Diese Fraktiraten werden willkürlich gesetzt, immer zum Nutzen der Großen und zum Schaden der Kleinen. Durch Gewährung von Rabatt und günstige Abmachungen werden dem Großhandel allerlei Vorteile geboten, während der Kleinhandel die volle Last der hohen Raten tragen muß. Es wird eine Regelung durch die Bundesregierung verlangt, und Roosevelt erklärt, daß die Regierung in einer Sache, die von Wichtigkeit für das Wohl der Nation sei, eine höhere Nachbegründung haben müsse als die großen Korporationen, die jetzt allein alle Bestimmungen treffen. Auch diesem Plan wird viel Widerstand entgegengebracht. Man beruft sich auf die bestehenden Gesetze, die verschärft werden könnten, wenn sie nicht genügen, aber einer Neuregelung widersteht man sich. Trotzdem stellen sich viele Politiker in dieser Frage auf Seiten der Regierung; auch Bryan, der Führer der Demokraten, soll seine Hilfe Roosevelts angeboten haben.

## Keine Reformen in Rußland!

Offiziell werden jetzt die Grundsätze veröffentlicht, nach denen künftig in Rußland der Absolutismus regieren soll. Der Reformplan hat nichts zu tun mit irgend welchem Anfang eines verfassungsmäßigen Lebens. Die vom Telegraphenbureau verbreiteten Einzelheiten beweisen nur die völlige Rechtsanarchie, die gegenwärtig in Rußland besteht und die seinerzeit im Königsberger Prozeß zeugeneidlich bekräftigt worden ist.

Die neuen Bestimmungen scheinen darauf hinauszulaufen, die absolute Willkür der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zwar nicht zu beseitigen, aber sie durch bürokratische Schutzmaßnahmen äußerlich, altemäßig einzuschränken.

Ohne genaue Kenntnis des gesamten Reform-Entwurfes aber läßt sich nicht entscheiden, ob auch nur diese geringen Abschwächungen der absolutistisch-bürokratischen Willkür einen größeren als papierernen Wert haben. Man will z. B. künftig nicht mehr von der gesetzmäßigen Art der Veröffentlichung von Gesetzen abweichende Verordnungen zulassen. Es ist nicht klar, ob sich diese Bestimmungen gegen die „geheimen Ukase“ richten soll, durch die jedes Gesetz aufgehoben und die Anwendung jedes Gesetzes nach Willkür geregelt werden konnte. Man will offenbar die bisherige Willkür dadurch äußerlich verkleiden, daß man den Senat zum Mitschuldigen der Willkür macht. Der soll vorher seine Entscheidungen treffen. Es lohnt sich kaum auf diese Bagatellen einzugehen. Auch die angekündigte zivilrechtliche Postbarkeit gegen Beamtenwillkür wird schwerlich etwas an den bestehenden Zuständen ändern. So verknäuelte sind alle Reformbestimmungen.

Es ist ein Widerspruch in sich, wenn der Absolutismus gesetzlich werden soll. Das kann er nicht oder er hört auf, Absolutismus zu sein. Ohne die Garantien einer demokratischen Verfassung ist auch die vorzüglichste patriarchalische-bürokratische Maschinerie eine Waffe gegen das Volk und diese bürokratische Reform kann nicht einmal den Anspruch erheben, im Sinne des modernen Rechts einen irgendwie erheblichen Fortschritt zu bedeuten.

Für die Phantasten, die immer noch geglaubt haben, daß der Zar sich entscheiden werde, nach der vorläufig in Blut erstickten Volksbewegung politische Konzessionen zu machen, wird noch ausdrücklich von dem russischen Telegraphen gemeldet, daß von einer Einberufung einer Landesversammlung keine Rede sein könne, die Regierung habe diese Frage überhaupt niemals erwogen. Ebenso wird dementiert die Umwandlung des Ministerkomitees in ein Ministerkabinett mit einem Premierminister an der Spitze.

Der Absolutismus bleibt also wie er war. Er versucht vielleicht, sein Firmenschild frisch anzukleben, aber an seinem Wesen ändert er nichts. Die bürokratische-staatsrechtliche Reformen sind eitel Wind gleich wie die sozialreformerischen Verschiebungen.

Inzwischen hält die Gärung in Rußland an, namentlich in Polen herrscht nach wie vor die blutigerie, räuberische Soldateska, deren Taten gen Himmel schreien. Die Auslandsbewegung ist noch nicht beseitigt und wo scheinbare Ruhe herrscht, glimmt überall das Feuer.

### Der Absolutismus verzichtet nicht!

Petersburg, 3. Februar. Auswärts verbreitete Gerüchte von der Umwandlung des Ministerkomitees in ein Ministerkabinett mit einem Premierminister als Vorstehenden sind unbegründet. Ebenso ist die Meldung auswärtiger Blätter von der Einberufung einer Landesversammlung unbegründet; die Regierung hat diese Frage niemals erwogen.

### Der „Reform“plan.

Das russische Ministerkomitee hat in den Sitzungen vom 3., 6. und 17. Januar den ersten Punkt des Manifestes vom 25. Dezember v. J. beraten und dabei drei Grundfragen unterschieden, auf welchen die Wahrung der Befehle basieren müsse:

1. Verhinderung der Verlegung des für die Veröffentlichung von Gesetzen vorgeschriebenen Weges;
2. Auffindung der Mittel und Wege zur Erhaltung der Aktionsfähigkeit der zur Aufrechterhaltung der Befehle berufenen Organe;
3. Verantwortlichkeit der Beamten.

Hinsichtlich der ersten Frage beschloß das Ministerkomitee, die Möglichkeit zu verhindern, daß die Minister bei kaiserlichen Verordnungen von dem gesetzlichen Wege abgehen, und entschied sich, zu diesem notwendigen Zwecke jede Abweichung von der gesetzmäßigen Art der Veröffentlichung von Gesetzen zu verbieten. In den besonderen Fällen, in denen der Kaiser das Ministerkomitee mit der Beratung von Gesetzen beauftragen werde, sollen die Entscheidungen des Komitees zuerst dem Senat unterbreitet werden. Das Komitee beschloß, den Kaiser um seine Einwilligung zu ersuchen für die Auslegung der bestehenden Befehle in dem Sinne, daß die Veröffentlichung von dauernden oder vorläufigen Gesetzen, sowie von Aenderungen oder Aufhebung von Gesetzen, ausschließlich die Form von Meinungsäußerungen des Staatsrats haben müsse, die vom Kaiser und durch vom Kaiser unterzeichnete Erlasse ratifiziert werden, und daß, im Falle es nötig ist, außerordentlichen Maßnahmen der Minister obligatorischen Charakter zu geben, die Minister verpflichtet sind, diese Maßregeln unverzüglich auf dem für die Veröffentlichung von Gesetzen vorgeschriebenen Wege bekanntzugeben. Das Komitee beschloß ferner, den Kaiser um seine Einwilligung zu ersuchen zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, durch den die Statuten des Senats vervollkommen werden und dem Senat die Pflicht auferlegt werden soll, die vorgeschriebene Publikation anzusehen bei gesetzgeberischen Materien, wenn diese den Anforderungen der Befehle nicht entsprechen. Weiter wurde beschloffen, einen Staatssekretär mit der Ausarbeitung dieser Vorschläge zu beauftragen und sie dem Staatsrat zur Beratung zu unterbreiten, ohne vorher mit den interessierten Institutionen in Verbindung zu treten. Bezüglich der zweiten Frage hält das Ministerkomitee es für notwendig, 1. daß der Senat und seine Entschlüsse vom Justizminister und den übrigen Ministern unabhängig seien, 2. daß die innere Organisation des Senats und seine Geschäftsordnung vervollkommen werden müssen, um die Rechtsprechung in Verwaltungs-Angelegenheiten zu beschleunigen, 3. daß der Senat leichter zugänglich sein müsse für Personen, die infolge der Willkür von Organen der Verwaltung Unrecht erlitten haben, 4. daß der Senat das Recht haben solle, der höchsten Gewalt direkt über Verwaltungs-Angelegenheiten zu berichten, die der Entscheidung des Kaisers bedürfen, sowie in erhöhtem Maße das Recht gesetzgeberischer Initiative.

Das Ministerkomitee hält es für angebracht, lokale Verwaltungsgerichte in Verbindung mit dem Senat einzusetzen, im ersten Departement des Senats die Stellung eines ersten Präsidenten zu schaffen mit dem Recht, persönlich dem Kaiser Vortrag zu halten, und die Frage zu entscheiden, ob die bestehende Vereinigung der Funktionen des Justizministers und des Generalprokurators des Senats in einer Person wünschens-

woer sei. Ferner wurde beschlossen, daß das erste Departement endgültige Beschlüsse mit einfacher Majorität fassen dürfe, daß die Öffentlichkeit zu juristischen und administrativen Verhandlungen zugelassen und den Klagen das mündliche Verfahren zugestanden werde.

Das Ministerkomitee unterscheidet ferner drei verschiedene Formen, in denen Beamte strafrechtlich, zivilrechtlich und im Disziplinarverfahren zur Rechenschaft gezogen werden können. Es macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die für Privatpersonen bestehen, die strafrechtliche Prozesse gegen Beamte durchführen wollen, und schlägt vor, den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches anzunehmen, der von einer auf kaiserlichen Befehl eingesetzten Kommission ausgearbeitet werde. In dem Gesetzentwurf wird beantragt, Privatpersonen gesetzliche Rechte zu geben, Klagen zu führen gegen Beamte, die größtmögliche Teilnahme der Klagen bei den Prozessen zuzulassen und Verbote, die mit Verlust von gewissen Rechten und bürgerlichen Vorrechten geahndet werden, unter Teilnahme eines höheren Richters entscheiden zu lassen. Sodann werden weitere Einzelheiten über die Rechtsprechung aufgeführt. Das Ministerkomitee beschloß, die Einwilligung des Kaisers nachzusuchen, daß über die Verantwortlichkeit der Beamten im Staatsrat unberührlich verhandelt werde. Sämtliche Anträge des Ministerkomitees wurden am 29. v. M. vom Kaiser genehmigt.

#### Die Unruhen in Rußisch-Polen.

Nach englischen Blättern dauerten auch noch Donnerstagabend die Unruhen in Warschau fort.

Dagegen macht der Warschauer Polizeichef bekannt:

Infolge der „außerordentlichen Maßnahmen“ haben die Unruhen aufgehört und die vollständige Ordnung ist wieder hergestellt. Man solle sich vor den Gerüchten hüten, die von böswilligen Leuten verbreitet werden, um die Einwohner zu erschrecken. Man solle sich nicht an die von Verbrechern, welche Wohnungen und industrielle Bureau heimlich im Namen von nicht existierenden Organisationen, erhabenen Forderungen kümmern. Man solle ferner zu den gewohnten Beschäftigungen zurückkehren, um die Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zu unterstützen. Es sei unmöglich zu bezweifeln, daß die Arbeiter, beunruhigt von den gnädigen Worten des Kaisers, die Arbeit wieder aufnehmen und ihre Familien von den schweren Schädigungen des Ausstandes befreien werden. Die genaue Ausführung der Maßnahmen des Generalgouverneurs und aller polizeilichen Anordnungen wird die Ruhe wieder herstellen.

Ein ferneres Polizei-Telegramm gibt den „Streitendrapport“ an: 57 Personen getötet oder an den Wunden gestorben! Man kann daraus ermessen, wie furchtbar die Zahl in Wirklichkeit gewesen sein muß.

Der Polizeibericht gesteht sechs Frauen und drei Kinder zu. Dagegen füßt sich der Warschauer „Daily Mail“-Korrespondent veranlaßt, aufs entschiedenste gegen das Verfahren der russischen Behörden in Warschau zu protestieren. Er sagt, die Soldaten hätten vorzüglich etwa 20 Knaben im Alter von 12 bis 16 Jahren erschossen, die weiter nichts getan hätten, als daß sie aus Mitleid die russischen Firmenschilder überständeten. Militärische Patrouillen hätten nachts achtbare Bürger an und rauben sie aus. Die Verhafteten werden in den Gefängnissen ohne Verhör schweren Durchpeitschungen unterworfen, jedoch freigelassen, wenn ihre Verwandten dem Polizeisergeanten 10 Rubel zahlen.

Nach offiziellen Telegrammen erscheinen die Zeitungen in Warschau wieder.

In allen polnischen Zuckerrübenfabriken, ebenso in den Kohlenbergwerken von Dombrowa sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Kohlenförderung ist eingestellt worden. Die Kohlenpreise in Warschau steigen.

Warschau, 3. Februar. (W. Z. V.) Heute mittag ist der bei den letzten Unruhen getötete Student Derschbittel unter Beteiligung einer großen Volksmenge, namentlich vieler Studierenden, beerdigt worden. Bei diesem Anlaß wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

#### Militärischer Massenmord.

Lodz, 3. Februar. Auf die Fabrik Luniger wurde vom Militär eine Salve abgegeben, wodurch

6 Personen getötet und 48 verwundet

wurden; ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. In der Fabrik Koller wurden die Arbeiter von einer Menge an der Arbeit gehindert. Das Militär machte von der Schußwaffe Gebrauch.

Aus Kattowitz wird telegraphiert: In Schoppinty ist alles ruhig, ebenso auf der Eisenbahnstrecke zwischen Sosnowitz und Kattowitz. Die Eisenbahnbrücken sind umverteilt. Der Eisenbahnverkehr zwischen Rußland und Deutschland sowie Deutschland und Oesterreich vollzieht sich ununterbrochen und in vollem Umfang. Der Eisenbahndirektion ist nichts bekannt, daß, wie die Blätter melden, in Kattowitz angeblich Waggon für eventuelle Militärantransporte bereit seien.

Sosnowitz. Am Morgen des 1. Februar begann auch in Sosnowitz und Umgebung der Arbeiterausstand. Zuerst legten die Arbeiter der Werke Hagner und Camper die Arbeit nieder. Von hier gingen die Ausständigen in alle Fabriken, Werke und Schächte, wo bei ihrem Erscheinen die Arbeit eingestellt wurde. Nur den Wäldern wurde die Fortsetzung der Arbeit gestattet. Es freiten etwa 20 000 Mann; die Ruhe wurde nicht gestört.

Wielozka. In fast sämtlichen Fabriken und Werkstätten ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Kjeje. An dem hiesigen Gymnasium fanden Unruhen statt. Die Schüler der oberen Klassen verlangten von dem Direktor den Unterricht in der polnischen Sprache, Ernennung ausschließlich polnischer Lehrer, Abschaffung des Verbotes betreffend Zulassung jüdischer Schüler. Die Schüler bezogen sich in großer Zahl nach der Mädchenschule und verlangten Einstellung des Unterrichts. In der Stadt herrscht große Unruhe. Die Läden sind geschlossen.

Kalisch. Der Ausstand dauert fort. Es haben Besprechungen von Vertretern der Arbeiter mit den Fabrikanten begonnen.

#### Die Ausstandsbeziehung.

In Petersburg haben nach einer „Laffan“-Meldung 3600 Arbeiter zweier großen Baumwollspinnereien und eines großen Eisenwerks die Arbeit wieder niedergelegt, weil die vom Zaren empfangene sogenannte Abordnung von Vertretern der Arbeiter nicht von den Arbeitern gewählt, sondern von den Behörden ausgewählt wurde.

Riga. Während der letzten drei Tage haben noch verschiedene Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und den Soldaten stattgefunden, wobei 40 Personen getötet und 100 verletzt worden sind, darunter 12 Studenten und 5 Soldaten getötet. Die Ruhe ist noch nicht wieder hergestellt.

Ribau, 3. 2. (W. Z. V.) Die Zahl der Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat etwas zugenommen; die allgemeine Lage ist aber unverbändert. 50 Schiffe warten auf Einnahme der Ladung, 1200 Güterwagen auf Entladung.

Odesa. Die Hochschule für Frauen sind wegen der Studentenunruhen geschlossen worden.

Vatum. Hier herrscht jetzt Ruhe. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Der Ausstand dauert fort in den Werken von

Montaschess und Ratshatrioz sowie im Hafen. Auf dem Eisenbahndepot wurde die Arbeit niedergelegt.

Tiflis. Die Zeitung „Kawkas“ meldet aus Batum: Nachdem schon im Laufe des Januar durch aus Batum eingetroffene Agitatoren die Arbeiter zu Unruhen veranlaßt worden waren, die indes beim Herannahen der Kosaken aufgehört, ergoß am 30. Januar ein fünfhundert Köpfe starker Arbeiterhaufen die Einspielung der Arbeit im Hafen: die Arbeiter verlangten Lohnerhöhungen. Unruhestörungen kamen nicht vor.

Am Dienstag stellten hier die Arbeiter in den Werkstätten der Transkaukasischen Bahn, in den mechanischen Fabriken und Druckerien die Arbeit ein. Außer dem „Kawkas“ erschien keine Zeitung. Die Zahl der Ausständigen betrug 3000—4000. Der Ausstand breitet sich weiter aus. Agitatoren, welche die Eisenbahn-Arbeiter zum Ausstand zu bewegen suchten, ferner Arbeiter, welche die Angestellten kaufmännischer und gewerblicher Unternehmungen zum Ausstand zu zwingen strebten, und verschiedene Personen, die öffentlich Reden halten wollten, sind verhaftet worden. Gestern ist hier der Pferdebahnbetrieb eingestellt, jedoch am Nachmittag unter militärischem Schutz wieder aufgenommen worden.

Minsk. Die hiesigen Apotheker sind in den Ausstand getreten.

#### Die Freilassung Gorkis wird bestritten!

Die Nachricht von der Freilassung Gorkis wird von dem Petersburg „Daily Eppreß“-Korrespondenten als unwarhr bezeichnet. Der Korrespondent hatte eine Unterredung mit einem Freunde Gorkis, der diesen am Donnerstag in seinem Gefängnis besucht hat.

Dagegen wird von anderer Seite gemeldet: Die Freilassung Maxim Gorkis erfolgte auf direkten Befehl des Zaren, welcher hierzu durch der Jaria vom Darnstädter Hofe zugegangener Briefe veranlaßt wurde.

Von der Freilassung der anderen Opfer verlautet noch wie vor nichts!

Zufällig ist, daß man ein direktes Lebenszeichen bisher von Gorki trotz der angeblichen Freilassung nicht vernommen hat.

#### Die Zaren-Arbeiter — verkleidete Polizisten!

In Petersburg hat der Empfang der Arbeiterdelegation seitens des Zaren nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Die Mehrzahl der Delegierten sollen, wie behauptet wird, verkleidete Polizisten gewesen sein.

#### Sozialdemokratischer Protest.

Der gestern schon erwähnte Aufruf des internationalen sozialistischen Bureaus lautet:

An die Arbeiter aller Länder!

Ein unfähbares Verbrechen ist begangen worden, dessen Opfer ein ganzes Volk ist.

Tausende von Arbeitern hatten sich erhoben, welche wählten, noch Hoffnungen auf menschliche Gefühle des Mannes setzen zu können, der sich ihren Vater nannte, der sich den Friedensjaren nennen ließ.

Sie forderten das Ende eines verblutenden Krieges, die Befreiung ihrer traurigen Lage, die Bewilligung der elementaren politischen Reformen, die von allen Nationen des Westens schon erungen worden sind.

Nikolaus II. und seine Ratgeber ließen sie statt jeder Antwort fesseln. In einem einzigen Tage des Blutes und der Trauer sind Männer, Frauen und Kinder — eine wehrlose Masse ohne Waffen — niedergefallen unter den Schlägen einer wilden Soldateska, der bestimmungslosen Helfer der abscheulichsten aller Tyrannen.

Jetzt herrscht die Ordnung in Petersburg! Der Raschkeiser Abdul Hamids regiert noch auf den Leichen seines Volkes!

Aber zwischen dem Jazismus und all denen, welche sich von nun an vereinigen in dem gleichen Gefühl einer unüberwindlichen Auflehnung, gibt es ein Abgrund, den neue Unterdrückungsversuche nur erweitern können. Vergessen diejenigen, die vor dem Weichelmord nicht zurückgeschreckten, um ein verrücktes System zu erhalten, eine Bewegung anzuführen zu können, die alle Klassen ergreifen hat, indem sie zu den Schreien der Menge rechtswidrige Massenverhaftungen hinzusetzte: Fortan hat der Entscheidungskampf begonnen und der Heldennut des russischen Proletariats, der Vorhut der Revolution, ist uns ein Unterpfand, daß er bis zum Ende fortgesetzt werden wird, bis zum Sturz eines Regimes, das die ungeheuerlichsten Anachronismen, das die drohende Gefahr für die Freiheit ganz Europas bedeutet.

In diesem Kampf müssen unsere russischen Brüder nicht allein auf unsere moralische Solidarität zählen können, sondern auf die werktätige Hilfe der sozialistischen Parteien der ganzen Welt.

Der Kampf, den sie führen, ist unser Kampf! Der Feind, der sie bedrückt, ist der Feind des Menschengeschlechts!

An alle diejenigen, die in der Lage sind, durch welches Mittel immer, sei es durch Tat, Einwirkung, Agitation beizutragen zu dem Befreiungswerk, einem der größten und fruchtbarsten Ereignisse der Weltgeschichte, richtet das sozialdemokratische internationale Bureau einen warmen Aufruf. In dem Nikolaus II. die Wegeleiten von Petersburg befaßt, hat er das Todesurteil des Jazismus unterschrieben.

Nieder mit dem Absolutismus!  
Es lebe der internationale Sozialismus!  
Das Exekutivkomitee des sozialistischen internationalen Bureaus.  
Emile Vandervelde. Eduard Anseele.  
Sekretär: Victor Serby.

In München sprach, wie uns von dort geschrieben wird, über die Revolution in Rußland Genosse v. Bollmar am Donnerstagvormittag vor einer überfüllten Versammlung im Riesensaal des Hofbräuhauses. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von der sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung brandmarkt die von der Soldateska des Jazismus gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder verübten Verbrechen als ein in der Weltgeschichte beispielloses, die Menschheit schändendes Verbrechen. Sie begrüßt aus tiefstem Herzen die Kämpfer und Märtyrer der russischen Revolution aller Länder, vor allem unsere Brüder und Genossen, die russische Sozialdemokratie, die an der Spitze des Proletariats mit beispielloser Selbstopferung für die Freiheit ihres Volkes blüht. Wir fordern unsere Vertreter im Reichstage auf, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Schergendienste der deutschen Regierung den russischen Regierung gegenüber — ein Schandstück auf der Ehre unseres Volkes — ein für allemal aufhören. Die Verurteilung verurteilt auf das schärfste das Verbrechen des bayerisch-russischen Auslieferungsvorganges als eines eines zivilisierten Landes unwürdigen Polizei-Einrichtung.“ — Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie und den Freiheitskampf des russischen Volkes wurde die imposante Versammlung geschlossen.

## Verfasslungen.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischhändler gab der Vorsitzende Th. Kaslinke den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß auf Drängen der Organisation die Gewerbeinspektion eine umfangreiche mit Erfolg geführte Inspektion der Arbeits- und Schlafräume vorgenommen hat. Bester Erfolg sei es gewesen, daß die Gewerbeinspektion, weil dies nicht in ihr Ressort gehört, sich beschwerdeführend an die Polizeibehörde gewandt. Es fanden 12 Vorstandssitzungen und 9 Sitzungen mit dem Sparverein „Süd-Ost“ statt; ferner 5 General-, 10 Vereins- und 10 öffentliche Versammlungen. 40 000 Flugblätter wurden zu Versammlungen usw. verteilt. 1500 Reden wurden an die Fleischhändler verteilt, wovon kaum 100 Stück wieder eingingen. Zur Beseitigung des Koff- und Logisproblems fanden 3 Kommissionssitzungen statt. 14 Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurden durch den Vorstand geregelt. 7mal wurde durch Hensel die Vertretung am Gewerbegericht übernommen. In den Gausvorstand wurden drei Kollegen gewählt. 50 Stellen wurde durch den Arbeitsnachweis Arbeit vermittelt, jedoch entsprach dies nicht der großen Nachfrage. Der Gesamteinnahme von 3072,62 M. steht eine gleich hohe Ausgabe gegenüber. Hieron sind 1213,62 M. an die Hauptkasse gesandt, während die übrige Summe zur örtlichen Agitation und zur Deckung des Hamburger Streiks verwandt wurde. In den Vorstand wurden vier Kandidaten gewählt: Th. Kaslinke als Vorsitzender, G. Gallas als Kassierer, ferner ein Schriftführer, drei Beisitzer und zwei Redaktoren. Ueber die weitere Agitation berichtete P. Hensel und führte aus, daß die freie Vereinigung der Meister Verkins und Umgehend aus Angst vor etwa kommenden Lohnbewegungen einen Streikfonds gegründet habe resp. gründen wolle und in Zukunft für mehrere Arbeiten Hausdiener einstellen wolle. Damit soll den angebliden Gesellenmangel abgeholfen werden, da bekanntlich jetzt wenige Arbeiterhöhe das Fleischhandwerk erlernen. Das Ganze hat jedoch nicht den Zweck, nicht dem Gesellenmangel, den es in Berlin überhaupt nicht gibt, zu steuern, sondern bei einem Streik eingearbeitete Hilfskräfte zur Hand zu haben. Zum Schluss appellierte der Vorsitzende an die Mitglieder, daß die Zahl von über 1000 derselben im kommenden Geschäftsjahr dem Verband treu bleiben mögen.

Johannisthal. Am Sonnabend hielt der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende auf die Vorgänge in Rußland hin und ehrte die Versammlung das Andenken der den russischen Schergen zum Opfer gefallenen Freiheitskämpfer durch Erheben von den Sihen. Daraus hielt Genosse Bäckle seinen zweiten Vortrag über das Parteiprogramm. Die Anwesenden folgten mit sichtlichem Interesse den lehrreichen Ausführungen des Referenten. — Dem von der letzten Generalversammlung zurückgestellten Resolutionsbericht war zu entnehmen, daß der Verein eine Einnahme von 94,65 M. hatte, welcher eine Ausgabe von 62,80 M. gegenübersteht. — Zu dieser Versammlung hatte der Vorstand diejenigen Wähler eingeladen, welche bei der letzten Gemeindevertreterswahl ihre Stimme für unseren Kandidaten abgegeben hatten. Leider war nur eine geringe Anzahl der Geladenen erschienen und meldeten sich zwei von diesen zur Aufnahme in den Verein.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deutsen, 3. Februar. (W. Z. V.) Auf der Königin Luise-Grube sind bei der heutigen Nachmittagsfahrt auf dem Westfeld einge-fahren 632 Mann, ausständig sind 2000. Auf dem Westfeld sind eingefahren 633, ausständig sind über 600.

#### Exzesse in Wien.

Wien, 3. Februar. (W. Z. V.) Hier kam es heute nachmittag zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und ausgeperrten Tischler-gehülsen. Die letzteren verurachten wiederholt einen Angriff gegen die Müllerische Wädfabrik, woran sie von der Polizei mit der blanken Waffe verhindert wurden. Die Polizei, welche wiederholt mit Steinen beworfen wurde, nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

#### Das neue Militärgesetz vor dem Senat.

Paris, 3. Februar. (W. Z. V.) Der Senat seht die Beratung des Militärgesetzes fort und genehmigte mehrere Artikel. Bei dem Titel „Offizierschule in St. Cyr“ und „Polytechnische Schule“ stimmte Kriegsminister Boreau dem Vorschlag des Senats zu, wonach der Dienst, den die Schüler dieser Schulen bei der Truppe zu machen haben, anstatt auf zwei, auf ein Jahr festgelegt wird. Dieser Antrag, für den auch Freycinet eintrat, wurde mit 237 gegen 86 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

Paris, 3. Februar. (W. Z. V.) Die Deputiertenkammer nahm das Kolonialbudget an.

#### Die Revolution in Rußland.

##### Bäterchen redet zu seinen Kindern.

Petersburg, 3. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Kaiser Nikolaus empfing heute in Jarosloje Zwelf Arbeiter aus der Zahl der Vertreter, die die Arbeiter der Werkstätten der Expedition zur Herstellung der Staatspapiere gewählt haben. Die Arbeiter wurden in einem Hofwagen vom Bahnhof nach dem ehemaligen Lyceums-Gebäude und von da nach dem Alexanderpalast gebracht, wo sie vom Kaiser im großen Empfangs-saal empfangen wurden. Der Finanzminister Kozomow und der Vorstand der Abteilung für die Staatspapiere Fürst Gollitz waren hierbei anwesend. Der Kaiser befragte jeden der Arbeiter eingehend über die Art seiner Arbeit und die Dauer seines Dienstes in der Expedition. Zum Schluß der Unterhaltung sprach der Kaiser den Arbeitervertretern seine Zufriedenheit darüber aus, daß sie ihre Pflichten ehrlich und gewissenhaft erfüllt hätten und beauftragte sie, in seinem Namen ihren Kameraden zu danken. Der Kaiser sprach auch den Wunsch aus, die Expedition zu besuchen. Der Finanzminister bemerkte bei diesem Anlaß, daß die Expedition dieses Jahres hohen Wohlwollens bedürfe. Den Arbeitern wurde darauf gestattet, das große Palais zu besichtigen; auch wurde ihnen von der Schloßverwaltung ein Maß geboten.

#### Die Ruhe soll wieder eintreten sein.

Petersburg 3. 2. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Sämtliche Meldungen bestätigen, daß in ganz Rußland wieder die Ruhe eintritt. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Kundgebungen auf den Straßen haben aufgehört; schwierig bleibt die Lage nur noch im Weichselgebiet, aber die kritische Zeit für Warschau ist vorüber. Allmählich geht auch hier alles wieder seinen geordneten Gang.

#### Die Zahl der Opfer nach amtlichen Quellen.

Petersburg, 3. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Nach der heute veröffentlichten amtlichen Liste der Personen, die bei den Unruhen am 22. Januar getötet wurden, bzw. an den erhaltenen Wunden in Petersburg Krankenhäusern gestorben sind, sind im ganzen 180 (?) Personen ums Leben gekommen. Unter diesen sind nur ein nicht rekonvaleszierter, ihre Namen also nicht anzugeben. Durch die Veröffentlichung dieser Liste wird allem übertriebenen Nachrichten über die Zahl der infolge der Vorgänge des 22. Januar Umgekommenen ein Ende gesetzt.

#### Vom staatslichen Kriegskanplake.

Petersburg, 3. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) General Griepenberg hat aus Gesundheits-rück-sichten den Oberbefehl über die zweite Landeschürei-Armee an den Korpskommandeur General Ryloff übertragen.

Reichstag.

182. Sitzung vom Freitag, den 3. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Graf Kosadovskj. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Die Debatte über die Bergarbeiterfrage wird fortgesetzt. Hierzu liegen die drei Resolutionen Kuer (Soz.), Gothein (fr. Vg.) und Hehl zu Herrnsheim (natl.) vor. Die erste Resolution folgt die Forderungen der Bergarbeiter zusammen und verlangt, daß die Regierung sie noch in der gegenwärtigen Tagung in einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung erfüllt. Die zweite Resolution folgt die Forderungen auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Ausdehnung der Bestimmungen über den sanitären Maximalarbeitstag auf Bergwerke, Sicherung der Bergarbeiter gegen Wohnungslosigkeit durch die Feden, Verbot des Aullens, händiger Arbeiterausfuh, Arbeiterkontrollen). Die dritte Resolution endlich wünscht die „arbeitsstatistische Kommission“ mit einer Enquete über die Verhältnisse des deutschen Bergbaues zu beauftragen.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich war überrascht, als der sächsische Bundesrats-Vollmächtigter das Urteil des sächsischen Berg-Schiedsgerichts vorgestern damit verteidigte, daß er sich darauf berief, daß Nachlässigkeit in der Förderung mit 1-3 W. Strafe belegt werden könnte. Aber das Urteil, ob Nachlässigkeit vorliegt, ist doch sehr subjektiv. Denn überall gibt es stärkere, schwächere und mittlere Arbeiter. Solche Bestimmungen dürften in der allgemeinen Arbeitsordnung nicht gebildet werden. Von der Forderung eines einheitlichen Vergrechts lassen wir nicht ab. In Preußen ist der Staat nicht nur Aufsichtsbehörde für Bergbau, sondern er ist zum großen Teil selbst Unternehmer, und das fiskalische Interesse drängt die allgemeinen Gesichtspunkte vollkommen zurück. Der Staat vertritt also in seinen Gruben nur den Unternehmerstandpunkt. Die sozialen Gesichtspunkte sind dem ganz untergeordnet.

Was dem einen Arbeiter recht ist, ist dem anderen billig. Es kommt also nicht allein darauf an, nur für den Bergwerksarbeiter Schutzvorschriften zu schaffen, sondern auch für die anderen. Die Arbeiter müssen vor allem durch das Gesetz gleichberechtigt gemacht werden. — Unser zweiter Punkt ist eigentlich überflüssig, denn die Regierung ist heute bereits befügt, in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben die Arbeitszeit herabzusetzen. Auf Grund des § 197 des Verggesetzes hätte das Ober-Vergamt Dortmund einfach die Verlängerung der Seilfahrt, die zum Streik führte, verbieten können. Die preussische Bergbehörde hat offenbar nicht Gebrauch von diesen Bestimmungen gemacht, weil sie sie sonst in ihren eigenen Betrieben auch hätte durchzuführen müssen. Das ist wieder ein Grund, die Regelung dieser Materie nicht Preußen zu überlassen. (Sehr richtig! links.)

Die übergroße Mehrheit dieses Hauses ist jedenfalls von der Notwendigkeit überzeugt, reichsweitlich in diesem so unheilvollen Kampf einzugreifen. Der Worte sind genug gewechselt, möchte ich der Regierung zurufen; jetzt laßt mich endlich Taten sehen! (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Der Herr Staatssekretär Graf Kosadovskj hat erklärt, die preussische Regierung betrachte das Reich nicht als zuständig in Sachen des Vergrechts. Aber die vorliegenden Anträge betreffen gar nicht das Vergrecht, sondern es sind Zusätze zur Gewerbeordnung. Die Resolution Kuer verlangt nicht viel mehr als unser eigener Antrag vom Jahre 1892 im preussischen Landtag. Die Resolution Gothein fällt sich völlig an die Gewerbeordnung an. Dem Antrag Hehl wird vollends jeder zustimmen können. Die Einigung zwischen Arbeitern und Gewerbetreibenden scheiterte immer daran, daß ein Minimallohn nicht zugestanden werden konnte, da sich ein solcher nicht mit dem System der „Bedinge“ verträgt. Auch bei diesem Streik handelt es sich um wesentlichen um die Lohnfrage. Nach den Zeitungsnachrichten soll der preussische Entwurf den sanitären Maximalarbeitstag bringen. Damit wäre hier nicht viel zu machen. Wir wünschen die Einführung des Maximalarbeitstages durch Festsetzung einer achtstündigen Schicht vom Beginn der Einkehr bis zum Beginn der Auskehr. Die Ueberschichten liegen viel mehr im Interesse der Unternehmer als der Arbeiter und wir haben keinen Anlaß, sie im Interesse des Synbals zu gestalten, das ein Kapital von 60 Millionen in sich vereinigt. Die Novelle soll ferner bringen das Verbot des Wagemüllens, ich nehme an, daß dabei Rücksicht genommen wird auf die Einzelheiten des Antrags Kuer. Herr Möller meinte, das Aullen sei die mildeste Art der Strafe. Ich würde empfehlen, daß er jeden Tag ein Konzept nach Durchsicht muß und dem betreffenden Beamten ein Häufel seines Verdienstes läßt. (Weiterkeit.) Dann würde er seine Meinung bald ändern. Für Arbeiterausfuh, wie sie die Novelle in Aussicht nimmt, sind wir seit Jahren eingetret. — Den Antrag Gothein halten wir für eine sehr geeignete Grundlage für die zu erwartende Novelle.

Die Mitwirkung der Arbeiterausfuh bei der Verwaltung des Strafgehwrens ist dringend notwendig. Sind doch in einem Jahre in einem einzigen Bezirke 27 000 Mark Strafgehd gezahlt worden. Verhängung, Einziehung und Verwendung der Gelder liegt jetzt ganz in den Händen der Betriebsverwaltung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das muß unerträglich für die Arbeiter sein. — Der Antrag Hehl ist durch die anderen Anträge und durch die Novelle nicht überflüssig geworden. Denn wir müssen auf dem Laufenden bleiben in bezug auf die Bergarbeiterverhältnisse, damit wir zu dauerndem Frieden kommen. — Ferner erwarten wir, daß uns möglichst bald der längst angekündigte Gesepentwurf über die Berufsvereine vorgelegt werde. (Sehr richtig! beim Zentrum.) — Die Feden hätten dem Streik vorbeugen sollen. Jetzt müssen sie sich das Einschreiten des Staates gefallen lassen. Wenn das preussische Staatsministerium mit allem Eifer an der Novelle arbeitet, wird sie Gutes erwirken. Es muß einmal ein Gesetz geschaffen werden, das sich auch äußerlich als Erfolg der Arbeiter kundgibt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesrats-Vollmächtigter Fischer: Der Abgeordnete Gothein hat eine Aeußerung über mich getan, die er lieber den Herren von der äußersten Linken überlassen sollte. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen war die Kritik des Abg. Gothein am sächsischen Vergrecht ja maßvoll, während der Abg. Spahn von „himmelschreienden Zuständen“ gesprochen hat. Dagegen muß ich protestieren.

Abg. Frecher von Nischhofen-Bamdsdorf (konf.): Wir werden gegen alle vorliegenden Anträge stimmen. Das könnte den Aullens erwidern, als ob wir uns nicht genügend für die Bergarbeiter interessiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht der Fall. Nur die Verwaltung kann etwas Schnelles leisten. Das Real hat aber keinen Verwaltungsapparat im Ruhrgebiet. Aber nur Preußen kann gute Verwaltungsmaßnahmen für die Bergwerkverhältnisse ergreifen, und auch die Legislative bleibt besser diesem Staate überlassen.

Wir können diese Materie nur gesetzlich regeln, wenn zugleich der Schutz der Arbeitswilligen gesetzlich festgelegt würde. (Bewegung links.) Der Antrag Gothein ist schon deshalb undiskutabel, weil er sich nicht auf das Vergrecht beschränkt. Das tut der Antrag Kuer zwar, aber wenn man zu ihm A. jagte, müßte man auch bei den anderen Arbeitern A. sagen und deshalb ist auch dieser Antrag für uns unannehmbar. Auch das Verlangen des Antrages Hehl, das ein Reichs-Vergrecht vorbereiten will, ist jetzt für uns nicht annehmbar, ehe die Erhebungen in Preußen abgeschlossen sind. Ich bete zu Gott, daß der preussische Staat die nötige Einsicht haben möge, aber auch die nötige Energie, das zu tun, was erforderlich werden kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Mughan (fr. Vg.): Nach der Erklärung der Regierung, daß sie dabei bleibe, das Vergwesen landesgesetzlich zu regeln, haben wir wenig Hoffnung, daß die Anträge die Zustimmung der Regierung finden. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß die Materie keineswegs Landesache ist. Die berechtigten Klagen der Bergarbeiter über die Viefgestaltigkeit unseres Knappschaffswesens können zum Beispiel gar nicht durch Landesgesetz geregelt werden. — Es wird den Arbeitern vorgeworfen, daß sie jetzt nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem das Vergrecht in Preußen angeündigt sei. Ja, wenn ich selbst annehme — und ich nehme es an — daß der preussische Minister den festen Willen hat, die Forderungen der Bergarbeiter durchzuführen — wer bürgt ihm dafür, daß seine Absicht durch das preussische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nicht durchkreuzt wird? Nachdem der Abgeordnete von Nischhofen soeben sämtliche Forderungen der Anträge Gothein und Kuer abgelehnt hat, kann man sogar mit absoluter Sicherheit behaupten, daß das preussische Abgeordnetenhaus Forderungen, welche auf einen Bergarbeiterstah abzielen, wie ihn dieses Haus will, nicht bestimmen wird. (Sehr richtig! rechts!)

Gerade in sozialpolitischer Hinsicht sind Reichstag und Landtag grundverschieden. Daß Minister Möller den Weg der Landesgesetzgebung eingeschlagen hat, müßte also Widerspruch erwecken. Die Regierung hätte es doch so leicht gehabt. Jedenfalls besteht seit 1889 eine Mehrheit in diesem hohen Hause für weitgehende sozialpolitische Maßnahmen. Die Regierung hätte also die beste Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß das Wort vom „sozialen Königtum“ wahr ist. Statt dessen ruft sie den Ausständigen zu: Wartet! Wartet! Denn in vier Monaten wird im preussischen Landtage ein neues Vergrecht angenommen — und vielleicht auch abgelehnt werden. (Weiterkeit und Sehr richtig! links.) Der Herr Reichstagsler liebt es, hier mit dem Abg. Hebel zu polemisieren. Aber ein Gesetz zugunsten der Bergarbeiter hätte weit mehr der Sozialdemokratie Abbruch getan, als alle Reichstagslerreden. Jetzt dagegen gewinnt die Sozialdemokratie Bekantheit im Ruhrgebiet. Viel ist so für die Regierung verloren, aber noch nicht alles. Würde die Regierung jetzt noch eine Vorlage machen, die wenn auch nicht alle, so doch einige der Arbeiterforderungen bewilligt, so würde der Reichstag diese in drei Tagen annehmen und im Ruhrgebiet könnte Waffenstillstand eintreten.

Abg. Korfanty (Volk): Die Bergarbeiter haben nach den Erfahrungen, die sie mit der preussischen Regierung gemacht haben, sehr recht daran getan, daß sie nicht auf ihre leeren Versprechungen hin zur Arbeit zurückgekehrt sind. Wir haben zum preussischen Abgeordnetenhause und zur preussischen Regierung nicht das mindeste Vertrauen, daß sie den Forderungen der Bergarbeiter nachkommen wird. Der Staat, der im Oberschlesien, an der Saar und neuerdings auch in Westfalen als Vergherr den Standpunkt des reinen Privatkapitalisten einnimmt, der die Arbeiter schlimmer ausbeutet wie irgend ein Kapitalproh (Sehr richtig! b. d. Soz. und den Polen), ist nicht geeignet, als Gesetzgeber den Bergarbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sollte er aber auch sich dazu entschließen können, so würde die konservativ-nationalliberale Mehrheit im Dreiklassenwahl-Parlament seine besten Absichten vereiteln, denn diese Parteien vertreten, wie wir soeben wieder gehört haben, nur das Interesse der Fedenbesther. Darum wird meine Partei sowohl für den Antrag Kuer wie für den Antrag Gothein stimmen. Insbesondere treten wir für den achtstündigen Maximalarbeitstag ein. Das Strafverbot muß anständig geregelt werden. Ich habe aus einer Strafstelle ersehen, daß auf einer Grube Obererschlesien 15 Arbeiter bestraft worden sind, weil sie sich weigerten, Sonntags anzufahren. (Hört! hört! links.) Dringend notwendig sind die Arbeiterausfuh. Die Mitglieder der Gewerkschaften aller Arten werden in Oberschlesien von der Polizei den Fedenbesthern namhaft gemacht und gemahregelt. So haben die Arbeiter keinerlei Mittel, ihre Klagen und Wünsche den Unternehmern vorzutragen. Selbst das freie Wahlrecht, das Recht, seine Zeitungsfektüre zu wählen, wird dem Bergarbeiter genommen. Zeilen doch selbst die Gewerbe-Inspektoren in ihren Jahresberichten mit, daß viele Arbeiter wegen „Wahl-agitation“ entlassen worden sind. So herrscht in Oberschlesien ein vollständiger Absolutismus der Beamten. Es ist charakteristisch, daß in Oberschlesien der Streik zuerst auf den königlichen Gruben ausgebrochen ist. (Hört! hört! links.) Dort herrscht die längste Arbeitszeit und der niedrigste Lohn, dort wird aus den Arbeitern die höchste Förderungsgröße herausgeschunden. Heute ist der Streik auf „Königin Luise-grube“ allgemein; nicht als bestimmungsloser Reflex der weltfälligen Bewegung ist der Streik ausgebrochen, sondern als Folge der Klagen, die wir jahraus, jahrein schon in beiden Parlamenten vorgebracht haben. Hier wäre ein Entgegenkommen der Regierung not, die eins die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben machen wollte.

Abg. v. Tiedemann (Rp.): Die überwiegende Mehrheit meiner politischen Freunde lehnt es ab, sich an der Debatte zu beteiligen, weil die Verggesetzgebung Sache der einzelnen Staaten ist und keine Veranlassung vorliegt, im Reichstag in eine Diskussion der Frage einzutreten, nachdem die preussische Regierung die Klinte der Gesetzgebung in die Hand genommen hat, weil diese wiederholten Kämpfe nur Del ins Feuer dieses unglückseligen Streites gießen würden und weil schließlich wir einer Beschränkung der Rechte der Arbeitgeber nur zustimmen könnten, wenn gleichzeitig in entsprechender Weise Sorge für den Schutz des Rechtes der Arbeitswilligen auf Arbeit getragen würde. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen infolgedessen alle gestellten Anträge ab.

Abg. Dr. Burdhardt (wirtsch. Vereinig.): Kein preussisches Gesetz könnte die Vergleute zufrieden stellen; deshalb haben wir von jeher ein Reichs-Vergrecht gefordert. Man sagt, die Verbände hätten die Arbeiter aufgelehrt. Man bezeichnet da mit Feden die Vertretung der Arbeiterforderungen. Wie wäre ein Feden möglich, wenn nicht so viele Uebelstände vorhanden wären! Den Klagen vom Kohlen-reichtum Deutschlands haben heute nur einige Spekulant. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.): Den Ausführungen des Herrn v. Tiedemann über den Schutz der Arbeitswilligen können sich meine politischen Freunde nicht anschließen; diese Materie gehört nicht in ein Reichs-Vergrecht. — Wir sind auch nicht dafür, die Verhältnisse der Bergarbeiter in der Gewerbeordnung zu regeln, sie sind vielmehr so verschiedenartig von den Verhältnissen aller anderen Arbeiter, daß ein besonderes Reichs-Vergrecht durchaus geboten erscheint. Die geeignete Vorbereitung dafür wäre die Vernehmung der beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber von der arbeitsstatistischen Kommission. — Der preussische Landtag ist nicht so schüchtern in sozialpolitischer Hinsicht, als es hier gemacht wird. Aber die preussische Regierung trifft die Schuld, zu spät eingegriffen zu haben. Das Aullen kann ganz abgeschafft werden, die Arbeiter sollen einfach für die von ihnen tatsächlich geleistete Kohle bezahlt bekommen. — Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs über die große Ruße der Ausständigen ist nach dem Material, welches Sachverständige unserer Partei vorgelegt haben, doch nicht im ganzen Umfang aufrecht zu erhalten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Kosadovskj: Ich will nur eine kurze Bemerkung über das sagen, was der Herr Vordredner zum Schluß

äußerte. Ich besitze Akten, in denen von gemeldeten Ausschreitungen berichtet wird. Es gingen der Polizei im Ruhrgebiet eine ganze Reihe von Anzeigen über Verletzungen der Arbeitswilligen und der Fedenbestherungen zu; aber bei der Untersuchung haben sie sich als unrichtig erwiesen. (Hört! hört! links.) Einen solchen Polizeibericht will ich hier zum Beweise vorlesen. Die Polizei schreibt darin, daß sie absolut nichts Angehöriges hat konstatieren können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie wisse nicht, was den Fedenbestherungen den Anlaß giebt, fortwährend Unruhen und Demonstrationen zu betreiben. (Hört! hört! links.)

Nur einige unbedeutende Verletzungen von Arbeitswilligen sind vorgekommen. Meine Herren, man muß also nach beiden Seiten objektiv sein. In der Presse habe ich allerdings von weiteren Fällen gelesen. (Hört! hört! rechts.) Ein Arbeiter ist denn auch wegen einer Ausschreitung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So lange sich aber die großen Massen der streikenden Arbeiter ruhig verhalten, hat die Regierung das größte Interesse daran, daß die Delegierten der Arbeiter selbst für Ordnung sorgen. (Lebhafte Beifall links.) Es ist viel besser so, als daß die Exekutive eingreift. Denn wenn diese eingreift — das ist meine stets ausgesprochene Ueberzeugung — dann muß es mit der äußersten Energie geschehen. Dann aber kommt es leicht vor, daß nicht die Schuldigen, sondern die Unschuldigen getroffen werden. Solange es geht, muß also das Einschreiten verhindert werden. Die Gewerkschaften haben bekannt gemacht, daß sie alle, die sich Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, aus ihren Listen streichen. Der besonnenste Teil der Arbeiter hat also das Bestreben, für Ruhe zu sorgen. Wir haben alle Verantwortung, diesen ruhigen Teil der Arbeiter zu schützen. Ich hoffe, daß die besonnenen Elemente Einfluß genug behalten, um den ruhigen Gang des Ausstandes zu wahren. (Lebhafte Beifall.)

Preussischer Oberberg-Regier. befreitet, daß § 197 des Verggesetzes der preussischen Bergbehörde das Recht gebe, die Verlängerung der Seilfahrt zu verbieten. — Herr Gothein erwidere ich, daß das Aullen auf der Arbeitsordnung beruht. Ich habe eine solche Arbeitsordnung nicht, muß allerdings gestehen, daß ich mir eine solche Bestimmung auch nicht gefallen lassen würde. (Weiterkeit.)

Abg. Hebel (Soz.): Die Herren, die sich hier so für den Schutz der Arbeitswilligen ins Zeug legen, sind Vertreter derselben Partei, die feinerzeit auch bereit war, für die Jagthausvorlage zu stimmen. Aber ebensovornig wie damals im Reichstage eine Majorität für ein solches Gesetz zu finden war, bin ich überzeugt, würde das jetzt der Fall sein aus dem einfachen Grunde, weil ein solches Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen überhaupt nicht notwendig ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben hier bei den verschiedensten Gelegenheiten von Vertretern des Zentrums, der Liberalen und meiner Partei Fälle vortragen hören, in denen die geringsten Verleumdungen Arbeitswilliger durch Streikende von den Gerichten in der allerargsten ja barbarischsten Weise bestraft worden sind. Wir haben gehört, wie in Breslau 5, 6, 7 Monate Gefängnis wegen einfacher Verleumdung verhängt wurden, erst heute hat Graf Kosadovskj selbst auf einen solchen Fall im Ruhrgebiet aufmerksam gemacht, wo ein Streikender, der einen Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen hatte, sofort in Haft genommen, vom Landgericht binnen drei Tagen abgeurteilt und mit neun Monaten Gefängnis bestraft wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn solche Strafen auf Grund der geltenden Gesetze verhängt werden, da frage ich Sie, was wollen Sie dann noch für Vorlagen zum Schutz der Arbeitswilligen! Viel eher brauchen wir Maßregeln zum Schutz der Streikenden. (Lachen rechts.) Die Streikenden werden jetzt in geradezu protokollarischer Weise von den Arbeitswilligen angegriffen. So habe ich hier drei scharfe Patronen aus der Köln-Rottweiler Pulverfabrik, die vor einigen Tagen in einer Arbeiterkolonie bei Dortmund auf Streikende abgeschossen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Hüllen sind vom ausgezeichneste Material und garantieren die größtmögliche Durchschlagkraft. (Abg. Graf Oriola ruft: Jagdpatronen.) Ja, Herr Graf Oriola, der Sie ja ein großer Nimrod laien sollen, Sie haben recht, damit schießt man sonst auf Wild. In diesem Falle aber hat man damit auf die Streikenden geschossen. Es ist das aber nicht der einzige Fall. In Köln ist feinerzeit ähnliches vorgekommen. Auch da haben Arbeitswillige mit Revolvern abgeschossen. Es ist Tatsache, daß heute eine ganze Reihe von Unternehmern die Arbeitswilligen mit Revolvern ausstaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also auf der Seite der Streikenden gefündigt wird, so wird auf der anderen Seite mindestens ebenso gefündigt. Da braucht man kein besonderes Gesetz, die bestehenden Gesetze genügen vollkommen, wenn nur die Richter den guten Willen haben. Aber die Richter pflegen den guten Willen zu strafen nur zu haben, wenn es sich um Anklagen gegen Streikende handelt, aber nicht, wenn es sich um solche gegen Arbeitswillige handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat auch heute wieder die Gelegenheit benutzt, um zu erklären, daß bisher der Verlauf des Streikes keine Veranlassung bietet, besondere Maßnahmen zu treffen, daß er in vollendeter Ruhe geführt werde. Man kann sagen, so lange es überhaupt Streiks in unserer Gesellschaft gegeben hat, ist noch niemals ein Streik von solcher Ausdehnung mit einer solchen Ruhe geführt worden. (Sehr richtig! links.) Und in einem solchen Falle wegen es Abgeordnete in diesem Hause von der Notwendigkeit eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen zu sprechen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das beweist, was man von der Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren zu halten hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Als am 20. Januar die Interpellation hier begründet wurde, da hielt seitens unserer Partei Genosse Hue eine Rede, von der auch der größte Gegner unserer Partei zugeben mußte, daß sie durchaus maßvoll und objektiv war. In diesem Augenblicke würde der erste Beamte des Reichs nichts Besseres zu tun, als zu erklären, der Streik sei Wirkung der Verhegung und die preussische Staatsregierung würde die volle Macht des Staates einsetzen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ist das eine Sprache von einem Staatsmann? Von einem Staatsmann in einem Augenblicke, wo die Arbeiter die größte Mäßigung an den Tag legen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat in einem solchen Falle noch nie ein Staatsmann so gesprochen! (Sehr richtig! links.) Eine solche Provokation (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten) wie die des Herrn Reichstagslers, ist noch nie dagewesen. Der Reichstagsler hatte von dem Genossen Hue eine ganz andere Rede erwartet; nur kam es anders; aber die vorbereitete Rede mußte gleichwohl losgelassen werden. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gewiß ist er von einer gewissen Seite scharf gemacht worden wie im Jahre 1889 zu sagen: Machen Sie den Sozialdemokraten klar, daß, wenn sie wagen sollten, sich einzumischen und Unruhen hervorzurufen, daß ich dann mit den allerstärksten Mitteln eingreifen werde. Wir haben ja auch gehört, daß man sich am 27. Januar im Kaiserschloß zu Berlin darüber unterhalten hat, was geschehen würde, wenn die deutschen Arbeiter in ähnlich friedlicher Weise Streikendemonstrationen unternähmen, wie sie die russischen Arbeiter im Vertrauen auf den Baren am 22. Januar unternommen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man droht in Deutschland von einer gewissen Stelle gar zu viel, man mahnt die Soldaten, zu gehorchen, wenn ihnen befohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen. Die, gegen die sich diese Drohungen richten, lachen darüber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die großen Massen aber, die hinter ihnen stehen und die sich mitgetroffen fühlen, bei diesen wecht diese Drohung ein fürchtbares Maß von Haß. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es die Aufgabe der Staatsgewalt ist, die Massen immer mehr zu provozieren, so hat unsere Staatsregierung diesen Zweck im vollsten Maße erreicht. Für eine Regierung, die sich ihrer Aufgaben bewußt gewesen wäre, war die Situation nie so günstig wie am 20. Januar in diesem Hause,

als der Medner im Namen von Hunderttausenden von Bergarbeitern ihre Klagen und Schmerzen zum Ausdruck brachte. Da hätte sie versprochen müssen, eilfertig die Beschwerden zu unteruchen und sofort Maßregeln zu treffen, um ihnen abzuhelfen. Da hätte das soziale Königtum Gelegenheit gehabt, einen königlichen Fühler bei der Arbeiterschaft zu machen. Aber der Moment ist verloren auf Nummerwiedersehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Arbeiter hatte man nur die Drohung, gegen die Unternehmer einen leichten Tadel und Komplikante. Der Reichstagler beschwerte sich über den Ruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in dem es hieß, die Bergarbeiter hätten von der kapitalistischen Regierung und dem kapitalistischen Parlament nicht zu erwarten. Er hätte sagen sollen, ich will Euch zeigen, wie unredlich Ihr seid. Aber leider haben wir bis jetzt recht gehabt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstagler hat sozialpolitisch eine sehr kurze Vergangenheit. Anders aber steht es mit seinem alter ego, mit Herrn Müller. Das ist kein unbekannter Mann, weder bei uns, noch bei den Arbeitern des Ruhrreviers. Er hat dort immer zum Reichstag kandidiert und dreimal mußte der Reichstag die Wahl des Abgeordneten Müller wegen der schamlosen Wahlbeeinträchtigungen der Arbeiter beschließen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er war 1890 Mitglied dieses Hauses, er gehörte zu den Schärfschneidern, er verlangte ein Kontraktgesetz, er erklärte in einer Schrift, daß er ein entschiedener Gegner des Normalarbeitsgesetzes für erwachsene Männer sei. Wie kann man da erwarten, daß die Kohlenarbeiter zu einem solchen Name Vertrauen haben können? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe zu, daß die streikenden Bergarbeiter formal Kontraktbruch verübt haben. Aber kein gerechter Richter würde sie deshalb verurteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt nicht darauf an, wer den Krieg erklärt, sondern wer ihn provoziert hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und provoziert hat ihn das Kohleninbidat, um die Kohlenpreise steigern zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die preussischen Bergarbeiter sind seit 15 Jahren genarrt, man hat ihnen die schönsten Versprechungen gemacht, nichts ist gehalten worden. Es ist bereits auf die Rede des Kaisers von 1889 hingewiesen worden, in der er den Unternehmern entschieden riet, Röhrling mit ihren Arbeitern zu nehmen. Die Folge war das Abkommen, daß Dr. Hammacher im Auftrage des bergbaulichen Vereins hier in Berlin mit den Bergarbeitern abschloß. Wenn man dieses Abkommen gehalten hätte, wäre der jetzige Streik vermieden worden. Aber man hat das Abkommen schamlich gebrochen, man hat seitdem die Arbeiter mißhandelt. Da kam das Jahr 1890, morgen werden es 15 Jahre, daß jener berühmte Erlaß veröffentlicht wurde, worin es heißt: „Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen.“ Wo sind denn die staatlichen Musterwerkstätten, wo sind die Arbeitervertretungen, auf deren Notwendigkeit der Kaiser kurz hinwies?! Die Minister haben diese Erlasse des Kaisers nicht ausgeführt, sie mit Füßen getreten. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Vassestrom: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Minister kaiserliche Erlasse mit Füßen treten, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung! (W Bravo! rechts.)

Abg. Wedel (fortfahrend): Damals kam 1892/93 der große Saarbrevier-Aufstand, 30 000 ausschließlich staatliche Arbeiter erhoben dieselben Forderungen, der Streik ging in kurzer Zeit verloren, weil die staatlichen Arbeiter keine Organisationen hatten, haben durften. Die Führer des Streiks mußten innerhalb vierzehn Tagen ihre staatlichen Wohnungen verlassen, sie sind im ganzen Saarrevier über ihren Lebenslang hofsittiert worden. Wie es in der Gegenwart in den staatlichen Gruben ausieht, das hat ja der famose Prozeß Hilger-Krämer bewiesen. Dort ist durch Zeugen, Mitglieder des Zentrums und der Sozialdemokratie, festgestellt worden, daß für die staatlichen Bergarbeiter im Saarrevier weder Vereinsfreiheit, noch Versammlungsfreiheit noch Wahlfreiheit, noch Pressefreiheit existiert, daß alle Grundrechte, die für jeden Staatsbürger selbstverständlich sind, den staatlichen Bergarbeitern genommen sind durch die staatlichen Beamten. Bei der letzten Wahl ist staatlichen Bergarbeitern das Verbot der Parteien, Flugblätter und Sinnenzetteln verboten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Landtag hat ja 1892 eine Robelle zum Vergesetz vorgelegen, die jährliche Verbesserungen für die Bergarbeiter in Vorschlag brachte. Sie enthält Bestimmungen über die Lohnzahlung, die spätestens vierteljährlich erfolgen sollte, über die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Unterstättungsbahnen, über die Auktion der Förderwagen, die Festsetzung der Normalarbeitszeit, durch die obere Bergbehörde für einen ganzen Bezirk. Alles das hat das Abgeordnetenhaus gestrichen und das Herrenhaus hat zum Ueberfluß noch eine Resolution auf Verbesserung des Knappschäftens abgelehnt. Das geschah unter der Führung von Herrn v. Stumm. Dieses ein Beispiel mag zeigen, wie wenig Grund zum Vertrauen in den preussischen Landtag die Arbeiter haben. Herr Semler hat behauptet, daß die Grubenbesitzer durch eine solche Gesetzgebung gezwungen werden würden, die Kohlenpreise zu erhöhen. Das tun sie aber schon jetzt. Sie schalten und waltten nach Belieben mit dem wichtigsten Lebensmittel der Industrie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Zustand der Dinge, der einfach unerträglich ist. Ohne Kohlen keine Fabriken, keine Dampfmaschinen, keine Eisenbahnen, keine Straßenbahnen... ohne Kohlen nichts. Ein so enorm wichtiges Produkt in den Händen von Privatbesitzern zu lassen, das ist ein unmöglicher Zustand! (Sehr richtig! v. d. Soz.) Immer näher rückt die Notwendigkeit, die Grubenbesitzer zu expropriieren. (W Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es geht nicht weiter, daß Herr Sinnes sagt: Ich kann mit meinem Kapital machen was ich will. Das wollte selbst Herr Stöder nicht zugeben. In diesem Streik ist es den Arbeitern so recht zu Gemut geführt worden, daß sie solidarische Interessen haben, christliche Arbeiter und freie Gewerkschaften gehen Hand in Hand. Ich hoffe, daß dieser Streik die Wirkung haben wird, daß die Arbeiterorganisationen sich in Zukunft nicht mehr unter einander zerspreizen. — Man sollte aus dem Streik die Lehre ziehen, daß es vor allem darauf ankommt, die Arbeiter zu organisieren. Ich bin selbst für Zwangsorganisationen, natürlich mit vollständig freier Selbstverwaltung der Arbeiter. Ich kann jetzt schließen mit der wiederholten Bitte, unseren Antrag anzunehmen und von seinen Grundrissen kein Mittelchen abzuweichen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Abg. Wedel hat mit gemohnter Verehrsamkeit die ungeheure Bedeutung der Kohle für das ganze gesellschaftliche Leben dargelegt. Ich hoffe, daß er dann seine große Verehrsamkeit auch zur baldigen Beendigung des Streiks wird geltend machen. Der Abg. Wedel hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Vergesetzgebung noch nicht auf das Reich übertragen haben. Wenn wir allen Resolutionen und Interpellationen Folge gegeben hätten, die Aufgaben der Einzelstaaten auf das Reich übertragen wölkten, so wären die Einzelstaaten längst zu Provinzen degradiert, wäre ihnen die Lebenskraft selbständiger Existenz genommen. (Zurufe links.) In dem föderativen Staatenbunde des Deutschen Reiches haben die Einzelstaaten freis große kulturelle Aufgaben erfüllt, und ich würde es außerordentlich bedauern, wenn die unitarische Richtung so weit ginge, daß die Bedeutung der Einzelstaaten als selbständige Staatswesen sachlich aufgehört. (Unruhe links.) Eine solche Konzentration würde zu großen wirtschaftlichen und politischen Nachteilen für ganz Deutschland führen, die Einzelstaaten würden dann auf die Bedeutung herabgedrückt werden, wie sie die Einzelstaaten von Nordamerika besitzen. Es ist das gute Recht der Selbstverteidigung, wenn sie sich dagegen wehren, daß immer eine Materie nach der anderen ihnen vom Reiche entzogen wird. Gerade auf dem Gebiete des Vergesetzes sieht der preussische Staat auf einem ganz bestimmten Standpunkt. Das bisherige preussische Vergesetz ist ungenügend, da es zu einer Zeit entstand, in der man den Ausschlag der unterirdischen Schätze möglichst begünstigte. Jetzt dagegen bilden sich große Gesellschaften, die ihr Eigentum beliebig lange aufgehoben liegen lassen. (Hört! hört! links.) Hiergegen, wie gegen das Stilllegen der Gruben muß

unter allen Umständen eine gesetzliche Korrektur eintreten und, wie ich Ihnen sagen kann, sie wird eintreten.

Der Abg. Wedel hat den Reichstagler wegen seiner Rede am 20. Januar angegriffen. Aber wenn ein solcher Kontraktbruch ausbleibt, von dem man noch nicht weiß, wie er verlaufen wird, können Sie es da einem Minister verdenken, daß er eine Warnung auspricht, und der Herr Reichstagler hat seine Warnung ja nach beiden Seiten gerichtet. (Woh! bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Er warnte, um die ruhigen Elemente unter den Arbeitern zu stärken.

Das neue Gesetz wird vom preussischen Ministerium sobald als möglich vorgelegt werden. Wenn der Entwurf die gelegliche Sanktion findet, dann wird eine ganze Reihe von Beschwerden der Bergarbeiter tatsächlich erledigt sein. (Aufse bei den Sozialdemokraten: Aber nicht alle! Wann kommt das Gesetz?) Sehr bald wird dieses Gesetz vorgelegt werden. (Hört, hört! im Zentrum.) Ein Vorwurf gegen die preussische Regierung wäre ungerecht. Sie hat durchaus unparteiisch gehandelt. Das können Sie auch daraus erkennen, daß die andere Seite (die Grubenbesitzer) die heftigsten Angriffe gegen sie richtet. (Sehr richtig!) Die preussische Regierung sieht nicht nach rechts und nicht nach links. Sie wird ihre Pflicht tun! (W Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Sachsé (Soz.) weist darauf hin, daß die Presse in systematischer Unruhe im Ruhrrevier erwidern habe. Kleine Vorläufige feien lügenhaft entstellt worden, worin besonders die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ etwas geleistet habe. Diese habe mehr gelogen, als die Polizei erlaube. (Weiterkeit.) In Watten-scheid habe Hue auf Einladung der Polizeibehörde für Ruhe gejorgt. Sobald wir dort Versammlungsfälle hatten, konnten wir auf die Massen einwirken, und es sind keine Außerordnungen mehr vorgekommen. Dasselbe ist in Ansohp der Fall, wo Steinwürfe auf die Arbeitwilligen vorgekommen waren. Die Polizei forderte uns auf, für Ruhe zu sorgen, und wir hatten Erfolg. Wegenüber der Darstellung des Bevollmächtigten Reihner muß ich es ausdrücklich halten, daß in den Untersuchungskommissionen nicht objektiv gearbeitet wird und daß vielfach Verschleppung geübt wird. Die Delegierten, die das Beweismaterial für ihre Anlagen gegen die Gruben bringen wollen, werden vielfach daran gehindert. Geheimrat Reihner tabelt unsere Presse. Aber dann nützt er auch die bürgerlichen Blätter tabeln. Die Siebenerkommission ist von den Arbeiter-Delegierten einzelner Gruben erfucht worden, gegen die Kommissionen zu protestieren. Die Untersuchung muß ganz unabhängig sein! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vundesratsbevollmächtigter Geheimrat Reihner (auf der Tribüne unterständlich) polemisiert kurz gegen Abg. Sachsé.

Abg. Freiherr v. Nisthosen (L.) bemerkt persönlich, daß er nicht die Ablehnung der Arbeiterforderungen, sondern nur die der hier eingebrachten Anträge für Arbeiterschutz gemeint habe. (Wachen links.) Die Konservativen im Abgeordnetenhaus...

Präsident Graf Vassestrom (unterbrochend): Der Hinweis auf die Konservativen des preussischen Abgeordnetenhauses gehört nicht in eine persönliche Bemerkung. (Weiterkeit.)

Abg. Hehr v. Hehl (natl.) bemerkt gegen Wedel, daß auf seinen Fabrikeln seine politische Beeinflussung stattfindet. Seine eigenen Arbeiter haben mir das bestätigt. (Wach! bei den Sozialdemokraten.) Ich wünsche, daß auf sozialdemokratischen Kongressen...

Präs. Graf Vassestrom: Wünsche auszusprechen gehört nicht in eine persönliche Bemerkung.

Abg. Stödel (Z.): Ich habe vorher auf das Wort verzichtet, weil der Abgeordnete Sachsé mir versprochen hatte, ebenfalls zu verzichten. Abmachungen mit Sozialdemokraten ist also nicht zu trauen.

Präsident Graf Vassestrom: Ich bemerke, daß Abgeordneter Sachsé tatsächlich auf das Wort verzichtet hatte, jedoch nur unter der Bedingung, daß Geheimrat Reihner nicht mehr sprechen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Resolution Hehl (natl.) gegen die Stimmen der Nationalliberalen und eines Teiles der Freijünnigen und des Zentrums abgelehnt.

Die Resolution Kuer (Soz.) wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freijünnigen und eines Teiles des Zentrums angenommen.

Die Resolution Gothein (stf. Sp.) wird mit den Stimmen der Freijünnigen, Sozialdemokraten und des ganzen Zentrums angenommen.

Darauf verlagt sich das Haus.

Schlusß 7 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr: Toleranzantrag des Zentrums.

## Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags entspann sich am Freitag eine lange und eingehende Debatte über den vorgeschlagenen Etatsanschlag für die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Die Regierung hat 478 Millionen Mark angenommen. Abg. Pichler schlug vor, den Satz auf 483 Millionen, Abg. Arendt ihn auf 476 Millionen Mark zu erhöhen. Diese Erhöhung ist deshalb von Bedeutung, weil von der Höhe der im Etat eingezeichnet Gesamtsummen die Höhe der für dieses Jahr in Aussicht genommenen „Zuschuhnanleihe“ abhängt. Die Abgg. Singer, Richter, Eckhoff und andere legten ausführlich die Gründe dar, die für eine Erhöhung des Etatsanschlages sprechen. Abg. Gröber trat bei dieser Gelegenheit eifrig für eine Erhöhung des Drucksachenportos ein, weil ihm täglich durch Zustellung von wertvollen Paketen und dergleichen gar zu viele Zeit geraubt würde! — Die Debatte erstreckte sich schließlich auf eine ganze Reihe von Tarifreformfragen. Abg. P a a j e beantragte dabei, der Staatssekretär des Reichspostamts zu ersuchen, eine Zusammenstellung anzufertigen zu lassen, aus der sich ergibt, wie in den letzten 10 Jahren jeweils die Einnahmesehörmungen der Regierung sich zu den Anschlägen der Budgetkommission verhalten haben. Abg. Spahn behauptete, Berlin sei postalisch durch das Ortspostlo allzu sehr bevorzugt und verlangte eine Nachweisung über den Ueberfluß des Berliner Postwezens, nicht unendlich seinen Wunsch nach Erhöhung des Berliner Ortspostlo erkennen lassend. Ihm trat Abg. Le b e o u r energisch entgegen, der zugleich die Ausführungen des Abg. Gröber über die Erhöhung des Drucksachenportos widerlegte und darauf hinvies, daß die mögliche Anhebung des Drucksachenportos von großer Bedeutung für die Volkswirtschaft und Volkswirtschaft sei. Abg. P a a j e befeuerte sich dagegen lebhaft für den reaktionären Vorschlag des Herrn Gröber. Mit dem Telephon werde auch Reichsbraud getrieben; er selbst habe seinen Fernsprecher, aber es komme häufig vor, daß man sich bei einem im selben Hause wohnenden Ladenbesitzer telephonisch erkundigt: „Ist Herr Geheimrat Baasche zu Hause?“ Die Benutzung eines Telephons, für das eine Pauschgebühr bezahlt werde, durch Dritte sei eigentlich unzulässig. Bei der Abstimmung wurden die Regierungsvorlage und der Antrag Arendt abgelehnt, der Antrag Pichler mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und des Freisinn angenommen. Dadurch wird der Anleihebedarf um zehn Millionen Mark herabgemindert. —

## Vom ostasiatischen Kriegsjchauplatz.

Die Kämpfe auf dem linken japanischen Flügel dauern fort, anscheinend ohne besondere Heftigkeit. Offenbar macht die grimme Kälte jede energischeren Aktion unmöglich.

Die neuesten Nachrichten lauten: Petersburg, 3. Februar. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Sadow unter dem gestrigen Datum: Auf dem äußersten rechten Flügel dauert das Artilleriefener fort, auch finden weiter keine Zusammenstöße bei verschiebenen Dörfern statt. Die Kämpfe bei Sadow haben den Erfolg, daß unsere Avantgarde auf dem rechten Flügel bis zu den Dörfern Solonai, Tustschiatzi, Tsinkhatun und Siatadzi vorrückte. Durch die Besetzung dieser Positionen erhielten unsere Truppen die Mög-

lichkeit, das Artilleriefener auf die Besetzungen von Sandepu und Sidiatun zu konzentrieren. Auf den neuen Positionen werden Batterien aufgestellt. Die letzten Kämpfe galten dem Besitz des Dorfes Tschantanhanon auf dem linken Hüthausen. Ein Angriff der Japaner in der Nacht des 1. d. M. wurde mit bedeutenden Verlusten für dieselben zurückgeschlagen, unser Verlust betrug gegen 100 Mann. Am Tage beschossen die Japaner das Dorf, besetzten es, uns zurückdrängend, wurden aber von uns aus einem großen Teil des Dorfes wieder verjagt. Das Geschüffeuer dauert heute auf dem fernem rechten Flügel an, während es auf den anderen Punkten ruhig ist. Die japanische Artillerie beantwortet in den letzten Tagen unser Feuer östlich von der Eisenbahn fast gar nicht.

Petersburg, 3. Februar. Meldungen des Generals Auro-parkin an den Kaiser: In der Nacht vom 1. zum 2. Februar griffen die Japaner Tschantanhanon am linken Ufer des Hunko Schantau gegenüber an, nahmen das Dorf, wurden aber mit großen Verlusten daraus wieder vertrieben. Unsere Verluste übersteigen 100 Mann. Infolge der ergriffenen Maßnahmen sind trotz der Kälte Fortschritte zu sehen. Nach der Stappantation wurden bis heute 133 Gefangene und 2 unterwundene Offiziere gebracht worden. Ich habe heute unsere letzten Verbundenen besucht; ihre Stimmung ist ausgezeichnet, sie sind wohl versorgt; die Mehrzahl der Verbundenen sind Kugelschüffe. Vom 2. Februar meldet Auroparkin: Nach eingegangenen Meldungen griffen die Japaner nach vorhergegangener starker Beschießung mit Artillerie unsere Abteilungen in der Front von Tschantanhanon an; um Mittag erhielt ich eine neue Meldung, daß sich unsere Truppen zur Zurückziehen mußten, dann aber daß sich wieder erobert hätten, nur einige Geschüffe wären noch in den Händen der Japaner geblieben. Unsere Verluste seien unbedeutend. Auf den anderen Stellungen verlief die Nacht ruhig.

## Partei-Nachrichten.

— Wegen Beleidigung eines Bürgermeisters wurde gestern Senoffe Fette, Redakteur des „Volkblattes“ in Halle, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als sechs Monate beantragt. Das ist die dritte größere Gefängnisstrafe, die die Halleischen Gerichte innerhalb weniger Wochen über Fette verhängt haben. Fette hat, wenn das Reichsgericht das letzte Urteil bestätigt, nur eine Gesamtstrafe von 11 1/2 Monaten zu verbüßen.

## Aus Industrie und Handel.

Die Jahresabrechnung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft wurde, wie aus Köln gemeldet wird gestern dem Aufsichtsrat der Gesellschaft vorgelegt, und daraus von diesem beschlossen, nach Abschreibungen und Rückstellungen in Höhe von 6 633 147 Mark eine Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent im Vorjahre zur Verteilung zu bringen. In der Meldung heißt es, daß diese Herabsetzung der Dividende in Berücksichtigung der durch den Arbeiter-ausstand geschaffenen Lage“ geschehe. Allen Anschein nach liefert der Arbeiterausstand jedoch nur einen Vorwand für die Herabsetzung der Dividende; denn ganz abzusehen davon, daß der Streik erst nach Ablauf des Geschäftsjahres begonnen hat, schreibt die Verwaltung diesmal zusa 300 000 M. mehr ab als im vorigen Jahre, und außerdem partizipieren, da inzwischen das Aktienkapital um 9 Millionen Mark erhöht worden ist, diesmal 69 Millionen Mark am Reittogewinn, im vorigen Jahre nur 60 Millionen. Vielleicht hat man zeigen wollen, daß die Ueberflüsse des Kohlenbergbaus doch nicht so hohe sind, wie in letzter Zeit mehrfach nachgewiesen worden ist.

Die erste elektrische Volkbahn in Deutschland wird die Bahn Blankense-Altona-Hamburg-Ohlsdorf sein. Die Hamburger Senats-vorlage, die den elektrischen Volkbahnbetrieb für diese teilweise neu zu erbauende Strecke beantragt, hat die Zustimmung der Hamburger Bürgerschaft gefunden. Sobald für die preussischen Teile dieser Bahn auch die Genehmigung des preussischen Landtages erteilt ist, wird mit der Errichtung eines besonderen Elektrizitätswerkes bei Altona begonnen werden. Die Kosten werden von den beiden Bundesstaaten gemeinsam getragen. Die elektrische Bahnanlage soll in erster Reihe eine schnelle und häufigere Verbindung zwischen Hamburg und seinen Nachbarorten herstellen.

Aktiengesellschaft Wig und Geseff, Telephon- und Telegraphen-Werke, Berlin. Die gestern abgehaltene außerordentliche Generalversammlung genehmigte mit großer Mehrheit den Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Aktienkapitals von 1,4 auf 5 Millionen Mark. Die neuen Aktien, die für 1006 die Hälfte der auf die alten Aktien entfallenden Dividende erhalten werden zu 127,50 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, sie den Besitzern alter Aktien zu 130 Prozent in der Weise zum Bezuge anzubieten, daß auf je drei alte Aktien eine neue entfällt. 300 000 M. neue Aktien werden nicht zum Bezuge angeboten. Der aus dem Verkauf dieser Aktien zu erzielende, einen noch zu vereinbarenden Kurs übersteigende Erlös fällt der Gesellschaft zu. Die neuen Mittel sollen vornehmlich zur Erweiterung des Fabrikgebäudes in der Bülowstraße und zur Anschaffung neuer technischer Betriebsmittel dienen.

Die Fabrikationsfahr des Textilgewerbes im Jahre 1904 betrug nach den vorläufigen Berechnungen des kaiserlichen Statistikers Amtes 1 434 719 Doppelzentner im Werte von 1 079 967 000 M. Wie stark das Textilgewerbe an der Gesamtfabrikation von Fabrikaten beteiligt ist, ergibt sich aus der Wertsumme sämtlicher im Jahre 1904 ausgeführten Fabrikate. Sie betrug nach den Einheitswerten für das Jahr 1903 3,45 Milliarden Mark. So groß an sich die Ausfuhr von Textilfabrikaten auch ist, so war die Steigerung im Jahre 1904 doch nicht sehr erheblich, wenn auch anzunehmen ist, daß der Wert sich auf Grund der endgültigen Berechnungen noch etwas erhöhen dürfte. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr und im Vergleich zu früheren Jahren ergibt sich aus der Bewegung der Ausfuhr seit 1897. Sie betrug:

Jahr	1000 Tonnen	Mil. Mark	Verhältnis d. Jahreswerte zueinander
1897	115,9	776,8	100
1898	112,6	769,8	98
1899	120,3	880,4	113
1900	124,5	937,7	121
1901	130,7	905,3	117
1902	142,9	981,6	126
1903	147,9	1047,4	135
1904	143,5	1077,0	139

Der Menge nach hat die Ausfuhr gegenüber 1903 etwas abgenommen, dagegen ist die Wertsumme gestiegen, allerdings lange nicht so erheblich wie in den Jahren 1902 und 1903. Von den verschiedenen Prozenten der Textilindustrie hat das Wollegewerbe der Menge, aber nicht dem Werte nach die günstigste Entwicklung des Exports aufzuweisen gehabt. Sowohl die Ausfuhr von Vollwolle als Wollewaren ist ziemlich stark gestiegen. Von letzteren wurden nicht weniger als 330 848 Doppelzentner ausgeführt gegen 338 898 im Jahre 1903. Das ist eine Steigerung von 11 950 Doppelzentner. Der weitaus größte Teil der Warenexportur bestand aus Tuch- und Feinwaren. Von unbedrucktem Tuch- und Feinwaren wurden 242 848 Doppelzentner im Werte von rund 178 Millionen Mark ausgeführt.

Der Außenhandel Großbritanniens hat sich im letzten Jahre recht günstig gestaltet. Nach dem Londoner „Economist“ belief sich der Wert der Einfuhr auf 551 802 124 Pfund Sterling gegen 542 600 280 Pfund Sterling im Jahre 1903 und wies somit eine Zunahme um 8 781 835 Pfund Sterling auf.

Unter den vier Gruppen der Wareneinfuhr zeigt die erste Gruppe die der Einfuhr von Rohzucker mit Eisen, Getreiden und Tabak gegenüber dem Jahre 1903 eine Abnahme von 491 300 Pfund Sterling. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die verminderte Einfuhr von Getreide und Mehl (— 895 208 Pfund Sterling) und von Fleisch (— 1 706 463 Pfund Sterling) zurückzuführen. Die

Einfuhr von Weizen wies jedoch eine Zunahme auf; sie belief sich auf 81 277 689 Pfund Sterling gegen 20 940 191 Pfund Sterling im Jahre 1903. Wenn auch Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika weniger Weizen sandten, so wurden dafür im Jahre 1904 erhebliche Mengen aus Russland, Argentinien, Indien und Australien bezogen. Die Abnahme der Fleischzufuhr zeigte sich insbesondere in einer geringeren Zufuhr von Speck aus den Vereinigten Staaten und von gefrorenem Hammelfleisch aus Neu-Seeland.

Die Einfuhr von Rohstoffen und von in der Hauptsache unbearbeiteten Artikeln wies im Jahre 1904 gegenüber dem Vorjahre im ganzen eine Steigerung von 8 700 481 Pfund Sterling auf. Besonders erheblich war die Zunahme der Einfuhr von Baumwolle, deren Wert von 45 028 578 Pfund Sterling im Jahre 1903 auf 55 028 325 Pfund Sterling im Jahre 1904 stieg. Wenn auch die Menge der eingefuhrten Baumwolle im Jahre 1904 größer war als im Vorjahre, so ist doch die Steigerung des Einfuhrwertes vor allem den höheren Preisen zuzuschreiben; denn die Quantitätssteigerung betrug nur 9 Prozent, während die Wertsteigerung sich auf 22,2 Prozent belief.

Die Einfuhr der Ganz- und Halbfabrikate bewertet sich im Jahre 1904 auf 135 150 892 Pfund Sterling gegen 134 564 351 Pfund Sterling im Jahre 1903, was einer Zunahme um 586 341 Pfund Sterling entspricht. Die Hauptursache dieser Zunahme liegt in der Wertsteigerung der eingefuhrten Metalle und Metallwaren (ausgenommen Eisen und Stahl), deren Einfuhr von 18 511 270 Pfund Sterling auf 20 954 651 Pfund Sterling stieg, also ein Mehr von 2 443 411 Pfund Sterling zeigt. Ferner weisen eine Steigerung der Einfuhr auf: Waren mit 11 428 577 Pfund Sterling gegen 11 268 188 Pfund Sterling im Jahre 1903, Chemikalien, Drogen, Farben usw. mit 9 301 980 Pfund Sterling gegen 8 848 292 Pfund Sterling, Papierwaren 4 940 867 Pfund Sterling gegen 4 850 183 Pfund Sterling und Verschiedenes 25 359 021 Pfund Sterling gegen 24 821 786 Pfund Sterling.

Die Einfuhr des Jahres 1904 bewertete sich auf 300 517 897 Pfund Sterling gegen 290 800 108 Pfund Sterling im Jahre 1903. Die Steigerung belief sich somit auf 3,4 Prozent. Hauptächlich kommt die Gruppe der Ganz- und Halbfabrikate in Betracht. Vor allem zugenommen hat die Einfuhr von Baumwollwaren, die von 73 611 731 Pfund Sterling im Jahre 1903 auf 83 917 694 Pfund Sterling im Jahre 1904 stieg, mithin um 10 305 963 Pfund Sterling. Die Einfuhr von Eisen und Stahl sowie von Waren daraus zeigt für 1904 eine Abnahme um 2 316 569 Pfund Sterling. Der Rückgang ist insbesondere auf die geringere Nachfrage aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Rohreisen und anderen Eisen- und Stahlferten zurückzuführen. Im Jahre 1903 wurden nach Amerika 333 256 Tonnen Rohreisen im Werte von 1 260 583 Pfund Sterling verschifft, während im verfloffenen Jahre nur 58 111 Tonnen im Werte von 272 684 Pfund Sterling nach dort gingen. Der Maschinenexport wies eine Zunahme um rund 1 Million Pfund Sterling auf.

## Gewerkchaftliches.

### Zu Gegendiensten gern bereit

sind die liebenswürdigen Tischlermeister in Osnabrück. Sie versenden folgendes Zirkular:

Osnabrück, den 20. Januar 1905.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mit Gegenwärtigem überreichen wir Ihnen die Listen der in Osnabrück im Streit befindlichen Tischlergesellen.

Sie bitten Sie nun höflich, diese Listen unter den Berufs-Kollegen und sonstigen Unternehmern, welche Tischlergesellen beschäftigen, möglichst verbreiten resp. bekannt geben zu wollen, damit diese streikenden Gesellen nicht in Arbeit genommen werden. Falls dieses bereits geschehen sein sollte, bitten wir dieselben sobald als möglich wieder entlassen zu wollen.

Sollten eventuell einige Namen in unseren Listen fehlen, so wäre es wohl angebracht, Leute, welche nach dem 1. Oktober 1904 noch in Osnabrück gearbeitet haben, auf keinen Fall einzuschließen. — Für Ihre Bemühungen sprechen wir Ihnen im voraus unsern besten Dank aus und zeichnen, zu Gegendiensten stets gern bereit.

Mit kollegialem Grusse

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holz-industriellen, Ortsverwaltung Osnabrück.

J. A. H. Wippermann, Vorsitzender.

Den Gesellen gegenüber, welche durch den von ihnen Händen geschaffenen Mehrwert der Existenz der Herren Meister ermöglichen, sind die Herrschaften nicht so rasch zum Dank bereit und zu Gegendiensten in Form anständiger Bezahlung erbötig. Von diesen Gesellen werfen sie durch die dem Zirkular angeschlossene schwarze Liste einfach 125 Mann auf die Straße. Und niemand schreit wegen dieses Terrorismus nach einem Zuchtstrafgesetz!

### Berlin und Umgegend.

**Lohnbewegung der Treppengänger.** Die in der Treppengeländerbranche beschäftigten Arbeiter (Holzarbeiter-Verband) sind sich schliesslich geworden, ihren Arbeitgebern neue Grundforderungen zu unterbreiten. Bislang betrug der Mindestlohn 50 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit entpflanzte zwar im großen und ganzen der in der Berliner Holzindustrie üblichen Dauer von 52 Stunden pro Woche, jedoch hatte sich noch und noch ein ausgedehntes Überstundenwesen eingestellt. In mehrmaligen Sitzungen hat nun die Branchenkommission eine Reihe von Forderungen ausgearbeitet, in denen es heißt:

Die Arbeitszeit beträgt 52 Wochenstunden, ein Überstreicheten der Arbeitszeit ist strikte zu vermeiden. Der Mindestlohn beträgt pro Stunde 55 Pf., d. h. die Woche 28,00 M. Dieser Lohn ist an jeden gelehrten Arbeiter zu zahlen, der nach nicht in der Treppengeländerbranche gearbeitet hat. Alle gelehrten Arbeiter haben, entsprechend ihrer Fähigkeit, höhere Löhne zu verlangen. Die zurzeit bezahlten Löhne sind um 10 Proz. zu erhöhen. Jeder auf dem Bau beschäftigte Arbeiter erhält pro Tag 1 M. mehr als der in der Werkstatt von ihm erzielte Verdienst beträgt. Bei Lohnarbeit muß am Zahlungstage der volle Lohn ausbezahlt werden. Bei Akkordarbeit unterliegt die Höhe des zu zahlenden Sockelgehälter der Vereinbarung. Bei Arbeiten, die außerhalb der Werkstatt zu leisten sind, müssen sämtliche dadurch entstehenden Fahrgehalte vergütet werden. Alle anderen Spesen, die durch Übersteharbeiten entstehen, unterliegen der Vereinbarung. Bei Akkordarbeit muß das Holz an die Bank geliefert werden. Ein Akkord auf Bau beginnt erst dann, wenn sämtliches Material an Ort und Stelle ist. Alle Nebenarbeiten, als: Aufsäden, Holztragen, Aufsägen, Ausspannen usw., sind in Lohn zu bezahlen. Material sowie sämtliches zur Herstellung der Arbeit notwendiges Material hat der Arbeitgeber zu liefern. Ebenso darf für Betriebskraft ein Abzug vom Verdienst nicht stattfinden. Überall, wo höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen vorhanden sind, müssen dieselben bestehen bleiben. Jeder vom Arbeitgeber gemachte Versuch, die Verhältnisse zu verschlechtern, muß der Organisation gemeldet werden.

Eine allgemeine Branchenversammlung, die am Donnerstag im Königsplatz-Haus stattfand, hieß nach einem Referat Richters und darauffolgender kurzer Aussprache die vorstehenden Forderungen gut und beschloß, die Forderungen am Sonnabend nach der Lohnzahlung sämtlichen Arbeitgebern zu unterbreiten. Am Montag erwarten die Arbeiter Bescheid. Bei denjenigen Arbeitgebern die sich zu Verhandlungen bereit erklären, soll einvernehmlich die Arbeit nicht niedergelegt werden. — In Betracht kommen zirk. 300 Arbeiter in etwa 30 Betrieben; die Arbeiter sind ungefähr zu 90 Proz. organisiert. Mitgeteilt wurde, daß die Arbeiter der Firma Jensen u. Wodrich in der Ball-

sadenstraße wegen Aufregung mehrerer Kollegen bereits in den Zustand getreten sind. Bei der gegenwärtig guten Konjunktur hoffen die Arbeiter auf eine baldige Erledigung der Lohnbewegung zu ihren Gunsten.

### Deutsches Reich.

Die Elberfelder Tischler haben den Neunjundentag errungen. Sie haben mit den Unternehmern folgenden Vertrag abgeschlossen: Der Arbeitgeber-Schutzverband verpflichtet sich vom 1. März 1905 ab eine neunstündige Arbeitszeit zu einem dem bisherigen Tagelohn entsprechenden Stundenlohn einzuführen. Die Dauer des Vertrages ist auf drei Jahre vom oben genannten Termin ab festgelegt und dürfen während dieser Zeit keine allgemeine Forderungen vom streiten der Gewerkschaften mehr gestellt werden. Der Vertrag ist als verlängert zu betrachten, wenn derselbe nicht drei Monate vor Ablauf von einer Seite gekündigt ist. Die bisherige Schlichtungskommission, welche nunmehr aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern besteht, soll alle in den einzelnen Betrieben aufstehenden Streitigkeiten resp. Differenzen im Arbeitsverhältnis schlichten und beilegen. Die Schlichtungskommission hat die Pflicht, sofort, nachdem der Vertrag bestätigt ist, zusammenzutreten, die Regelung der Akkordpreise, der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend vorzunehmen, damit diese bei Einführung der neuen Arbeitszeit festliegen. Es soll in den Betrieben, in denen die Regelung der Akkordpreise nicht bis zum 1. März durch die eingesetzte Kommission vorgenommen werden kann, der Ausschlag in Höhe des eingegangenen Tagesverdienstes gezahlt werden.

**Achtung, Militärjäger!** In Kaiserlautern ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma bemüht sich auswärts Ersatzkräfte heranzuziehen resp. die Arbeiter auswärtig anfertigen zu lassen. Wir bitten daher auf der Hut zu sein, und etwaige Streifarbeiten abzuwehren.

Die Hauptverwaltung des Verbandes der Sattler.

Arbeitervriendliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die lieben Arbeitswilligen. In Mannheim wurden zwei Maurer zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeitswilligen durch die Worte beleidigt haben sollen: „Das ist ja gar kein Maurer, das ist ja ein Anobdelbub“. — Der „Beleidigte“, der seinen Streikbruch mit „Rücksicht auf seine Familie“ begangen haben will, hat diese Rücksicht früher schon sehr schön bestätigt. Seine Familienangehörigen mußten erleben, daß er sich ganz erhebliche Strafen anzog wegen zweier Körperverletzungen, Urkundenfälschung, Betruges usw. — Die Streikenden müssen das nicht gewußt haben, sonst wäre ihr Versuch unerlässlich, diesen Menschen zu einer ehrenhaften Handlung zu verleiten.

Ein Fortschritt in der Nürnberger Metallarbeiterorganisation. Die sämtlichen Branchenaktionen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Nürnberg werden zu einer allgemeinen Verwaltungsstelle verschmolzen. Eine kombinierte Mitgliederversammlung nahm das Ortsstatut für die Verwaltungsstelle einstimmig an. Die Gesamtsatzung besteht hieraus aus der Ortsverwaltung und den Branchenvertretern, die je nach Bedarf Branchenversammlungen abzuhalten haben und alljährlich in solchen gewählt werden. Für jede Werkstätte wird ein Werkstättenvertrauensmann aufgestellt, der in einer Versammlung von den in der betreffenden Werkstätte beschäftigten Verbandsmitgliedern alljährlich gewählt wird. Alle Beschlüsse der Branchenversammlungen sind vom Branchenvertreter der Gesamtverwaltung vorzulegen. Bezüglich der Arbeitseinstellungen ist bestimmt, daß eine solche nur dann erfolgen könne, wenn zwei Drittel der in der Werkstätte an der Differenz Beteiligten vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind und die in Frage kommenden Vorstände ihre Zustimmung gegeben haben. Für die Verbandskollegen, die bei Ausbruch eines Streiks aus der allgemeinen Verbandsklasse noch keine Unterstützung beziehen können, weil sie die einjährige Wartezeit noch nicht hinter sich haben, wird aus Lokalmitteln eine Unterstützung gewährt, die nach halbjährlicher Mitgliedschaft für verheiratete männliche Mitglieder 14 M., für ledige 12 M., für weibliche Mitglieder 7 M. pro Woche beträgt; nach 18. bis 24wöchiger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung 12, 10 und 8 M. Außerdem erhält jeder Familienvater oder jede andere Person, die für den Unterhalt von Kindern zu sorgen hat, für jedes Kind 1 M. bis zum Höchstbetrage von 5 M. Es sind auch Bestimmungen getroffen, wonach die Verwaltung das Recht hat, bei einem Streik, an dem mehr als 100 Mitglieder beteiligt sind, nach vierwöchiger Dauer eine Versammlung der Werkstättenvertrauensmänner zur Entscheidung über Weiterführung oder Beendigung des Streiks einzuberufen; sind an einem Streik unter 100 Mitgliedern beteiligt, so hat nach vierwöchiger Dauer die Ortsverwaltung das Recht, die Entscheidung zu treffen, wobei die Streikleitung sich und Stimme hat. Den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder wird ein Sterbegeld gewährt, das ausbezahlt wird, wenn die Ehefrau oder der Ehemann eines Mitgliedes mit Tod abgeht und nach halbjährlicher Mitgliedschaft 20, nach einjähriger 25 M. beträgt und jedes Jahr um 5 M. bis zum Höchstbetrage von 70 M. steigt. Den bisherigen Sektionen wird empfohlen, ihr Lokalfonds der allgemeinen Verwaltungsstelle zur Bildung eines Lokalfonds zu überweisen, worüber erst noch Beschluß zu fassen ist.

### Ausland.

Mit einer Aussperrung der Zementarbeiter Dänemarks drohen die dortigen Zementfabrikanen, weil die Arbeiter eine geringe Lohnaufbesserung verlangen. Es gibt in Dänemark fünf große Zementfabriken, die zusammen ungefähr 700 Arbeiter beschäftigen.

Die Zuschneider der Herrenkleiderfabriken in Kopenhagen haben beschlossen, am Montag die Arbeit einzustellen, weil die Tarifverhandlungen mit den Fabrikanten ergebnislos verlaufen sind.

Ein internationaler Textilarbeiter-Kongress wird im Juni d. J. in Mailand stattfinden.

## Aus der Frauenbewegung.

Rizdorf. Am Sonntag, den 29. Januar, fand in Rizdorf im Zhielischen Lokale eine öffentliche Frauenversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Genosse Kästle sprach an Stelle des verhinderten Genossen Dr. Vorhard über: „Preußische Kulturbilder“. Der Referent erläuterte in eingehender Weise die Stellung der Frauen zum Wahl- und Verfassungsrecht unter Bezugnahme auf die Gesetzgebung anderer Staaten, in welchen bedeutend bessere Zustände herrschen als in Preußen. Er sprach dann über den Vergarbeiterstreik und kritisierte insbesondere die Stellungnahme der Regierung und die Behandlung der Arbeiter in den Staatsbetrieben. In der Diskussion schilderte Genossin Garnisch ihre Erfahrungen aus dem Arbeiterleben. Es wurde sodann beschlossen, die Telleransammlung den streikenden Vergarbeitern zu überweisen.

## Soziales.

### Ländliche Sonntagsheiligung.

Gegen Gewährung einer freien Wohnung und gegen Lohn war der Zustimmung von einem Gutsherrn aus der Gegend von Lütke als Sponsorangebot angenommen worden. In dem Dienstvertrage war ausgesprochen, daß er Sonntags wie zu außergewöhnlicher Zeit nur gegen eine entsprechende Entschädigung zur Arbeit verpflichtet sei, und auch nur dann, wenn eine besonders dringende Veranlassung vorliege. Die Entscheidung hierüber soll aber nach dem Vertrage nur dem Dienstherrn oder seinem Vertreter zustehen. A. hatte nun öfter Sonntagsarbeit geleistet und dafür 25 Pfennige erhalten. Eines Sonntags sollte er den Kuhstall ausmisten. Er verweigerte dies mit der Begründung, er wolle in die Kirche gehen, und 25 Pf. seien auch zu wenig. Er verlangte mindestens 1 M. Da man ihm soliel nicht zubilligte, so unterließ A. die sonntägliche Ausmistung. — Gemäß einem Strafanhange des Unternehmers wurde A. später in der Verwaltungsinstanz vom Landgericht Lütke wegen Übertretung des Gesetzes betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht nahm an, daß es sich

hier um eine Verletzung des Dienstes\* und um hartnäckigen Ungehorsam gegen die Befehle der Dienstherrschaft\* im Sinne des Paragraph 1 jenes Gesetzes handele. A. wäre verpflichtet gewesen, die Arbeit zu machen. Nach dem Vertrage hätte er nicht zu entscheiden gehabt, ob sie dringend sei. Und wenn die Entschädigung von 25 Pf. ihm zu gering dünkte, dann hätte er höchstens auf eine höhere Löhne dürfen, sei aber nicht berechtigt gewesen, eigenmächtig die Arbeit zu verweigern.

Das Kammergericht gab indessen der hiergegen eingelegten Revision des Angeklagten statt, indem es die Angelegenheit zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwies. Begründend wurde ausgeführt: Es sei zunächst zweifelhaft, ob nicht der Vorderrichter den Begriff der Dienstverweigerung verkannt habe. Hier handele es sich um das Ausmisten eines Kuhstalles am Sonntage vormittag, was an sich nicht des Angeklagten Dienst war, sondern nur in Notfällen. Das Gesetz spreche von denen, die den Dienst verweigern. Es liege hier nur die Verletzung einer einzigen außer-gewöhnlichen Dienstleistung fest. Darin liege an sich ein Verlegen des Dienstes noch nicht. Es würde darin liegen, wenn feststände, daß durch die eine Verletzung so stark in den Wirtschaftsbetrieb eingegriffen wäre, daß sie der Verletzung des ganzen Dienstes gleichkäme. Das müsse das Landgericht nachprüfen. Könne es nicht festgestellt werden, so müsse nachgeprüft werden, ob etwa „hartnäckiger Ungehorsam“ im Sinne des angelegenen Gesetzes vorliege. Auch ein Fall von Ungehorsam könne schon ein „hartnäckiger“ Ungehorsam sein, dann nämlich, wenn ein andauernd wiederholtes Verlangen nicht erfüllt werde. Hier bei der außer-gewöhnlichen Arbeit käme diese Bestimmung vom Ungehorsam nur in Betracht, wenn A. die Arbeit schon öfter gemacht hätte. Im übrigen könne für die Frage der Dringlichkeit jener Arbeit nicht allein, wie der Vertrag sage, der Dienstherr maßgebend sein. Vielmehr habe der Strafrichter selber zu prüfen, ob billigerweise vom ländlichen Arbeiter oder Gesinde verlangt werden könne, was verlangt worden sei.

Weil er seinem Kinde kein Jesebuch kaufen kann — ist in Debschwich ein armer Weber wegen Übertretung des Volksschul-Gesetzes mit 2 M. Geldstrafe bedacht worden. Der Knecht hat mit seiner Familie in der letzten Zeit außerordentlich viel durch-gemacht gehabt. Am Ende des Jahres 1903 lag die ganze Familie am Typhus krank danieder, was bis zum Februar 1904 andauerte. Im letzten Herbst waren wieder alle fünf Kinder krank und aus davon ist im Krankenhaus gestorben. Von den drei schulpflichtigen Kindern brauchte dann eins ein Jesebuch. Der ohne sein Schulden in dieser Sache Rat geratene Vater konnte aber absolut kein Geld und ersuchte an maßgebender Stelle darum, dem Kinde das Buch auf Gemeindegeldern zu gewähren. Das ist jedoch abgelehnt worden. Später erschien in dieser Sache bei der Familie ein Vollstreckungs-beamter, für den aber ebenfalls auch nichts zu haben gewesen ist und das Ende vom Liede ist ein Strafbefehl über 2 M. wegen Übertretung des Volksschulgesetzes. Wir haben, schreibt die „Neuhäuser Tribüne“ hierzu, dem Knecht, der sich hilflos suchend an uns wandte, angeraten, richterliche Entscheidung zu beantragen, damit die Gepflogenheiten der Debschwicher Behörden, die über das Volksschulgesetz zu wachen haben, durch eine Gerichts-verhandlung einwandfrei festgestellt und dann der Öffentlichkeit unterbreitet werden können. Für heute wollen wir nur noch hinzufügen, daß der arme Weber in den letzten Jahren einen Durchschnittslohn von 11 M. pro Woche gehabt hat. Da unter solchen Verhältnissen kein Geld für Schulbücher übrig bleiben kann, sollte auch der Stelle einleuchten, die den Strafbefehl veranlaßt hat.

Angesichts derartigen Zustände bedarf die sozialdemokratische Forderung der allgemeinen unentgeltlichen Lehrmittel-Versorgung keiner Begründung mehr. Einstweilen versorgt unser Kulturland Herero-kinder mit Bibeln.

Eine Statistik über die Schädlichkeit der Verwendung von Blei-weiß wird der Ortskrankenkassen-Verband Stuttgart aufnehmen. In den einzelnen Erkrankungs-fällen, in denen Bleiweiß als Krankheitsursache in Betracht kommen kann, wird nun der Arzt über die Ergebnisse seiner Beobachtungen der Ortskrankenkasse Mitteilung zugehen lassen.

Das Volkshaus der Carl Zeiss-Stiftung in Jena wird sicherlich seinen zweckentsprechenden Namen behalten. Unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung spricht sich neuerdings auch der Vorkämpfer der Carl Zeiss-Stiftung, Dr. Czapski, gegen den Vorschlag einer Umtaufung in „Ernst Abbe-Haus“ aus, da ein solcher Name weder von dem Zweck des Hauses noch von dem Manne selbst etwas erzählt, und Abbe sicherlich die geplante Uänderung gemißbilligt hätte. Dafür hegt man jetzt den Plan einer Stiftung beufuß Gewährung von Beihilfen an Kinder aus dem Volke zur Erlangung höherer (Schul- und Hochschul-) Bildung, womit das Andenken an den Volkss-freund Abbe am besten hochgehalten wird. Unter der Arbeiterschaft der Stiftungsbetriebe ist außerdem eine Sammlung für ein Abbe-Denkmal im Gange, das im Falle der Verwirklichung seinen Platz jedenfalls auf dem Carl Zeiss-Platz vor dem Volkshaus erhalten wird.

Die Forderung der Invaliden- und Altersversicherung in Schweden. In der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages brachte dieser Tage Ojalmar Wranting im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, die bereits in den Jahren 1884 und 1895 vom Reichstag angeregte Invaliden- und Altersversicherung sobald wie möglich zu verwirklichen. Dem Antrag ist eine längere Begründung beigegeben, in der die langsame Entwicklung der schwedischen Sozial-gesetzgebung einer eingehenden Kritik unterzogen wird. Ein Gesetz zum Schutz gegen Betriebsunfälle besteht bereits seit dem Jahre 1889, aber die notwendige Ergänzung dazu, das jetzt geltende Unfallversicherungsgesetz, ist erst 1901 zustande gekommen. Zu der lang vorbereiteten Invaliden- und Altersversicherung wurde im Jahre 1895 ein Fonds gebildet, der, wie der Finanzminister kürzlich erklärte, im Laufe des kommenden Finanzjahres auf 17 Millionen Kronen anwachsen wird. Zur Pensionierung der ersten Generation wären aber nach dem alten Komiteevorschlag 68 Millionen nötig, nach einem stark verschlechterten Vorschlag vom Jahre 1895 mindestens 37 Millionen. In dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Staatshudgetvorschlag sind nur 800 000 Kronen als Beitrag zum Arbeiterversicherungsfonds aufgeführt, wogegen in früheren Jahren mindestens 1 400 000 Kronen dafür bewilligt wurden. Wenn in dieser Weise weiter verfahren wird, so können noch viele Jahre vergehen, ehe diese wichtige Auf-gabe der Sozialgesetzgebung gelöst wird.

„Familienangelegenheiten“ liegen dem Präsidenten Roosevelt schwer am Herzen. In einer Vortragsrede forderte er jüngst den Bundeskongress auf, in der Gesetzgebung Rücksicht auf den notwendigen Schutz der Ehe und Familie zu nehmen. Er verlangt, daß unverzüglich statistisches Material gesammelt werde über Ehe- und Familienverhältnisse, besonders über die stark zunehmenden Fälle von Scheidung. Tief beklagenswert sei es, daß die alte, geachtete, amerikanische Familie im Niedergange begriffen sei; jeder Einzelstaat sollte sich mit dem Problem beschäftigen, denn „die Heiligkeit der Ehe ist die Grundlage der sozialen Organisation“. — Mit ähnlichen Ermahnungen ist Roosevelt schon öfter vor die Öffentlichkeit getreten; so hat er bekanntlich vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die Kinderlosigkeit in amerikanischen Ehen so häufig sei. Daraufhin bildeten sich, z. B. in Boston, Vereine, die auf die Erzeugung einer gewissen Anzahl Kinder Prämien setzten, aber sonst waren die Ermahnungen fruchtlos, wie die neueste Kundgebung beweist.

Submissionsblättern. Das Submissionswesen zeitigt immer schmerzliche Auswüchse. Kommen wir jüngst über eine Submissions-differenz von 435 000 M. bei Dörfern um Erdarbeiten im Hannoverschen berichten, so ist dieser Submissionsstreit bereits wieder gesclagen. In Mainz waren, wie der „Erdarbeiter“ berichtet, die Arbeiten zu vergeben. Das Höchstgebot betrug 1 144 000 M., der Mindest-fordernde verlangte 92 610 M. Die Differenz betrug also 1 051 390 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 4. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Der Roland von Berlin.  
Neues königl. Opern-Theater.  
Geflohen.  
**Deutsches.** Das Nachtmahl der Karibinde. Die große Leidenschaft.  
**Berliner.** Der Hohn der Verliebten.  
George Dandin.  
Sefling. Transmutus.  
Wesken. Die neugierigen Frauen.  
Nachm. 9 1/2 Uhr: Faust.  
**Zentral.** Die Jungfrau.  
Nachm. 4 Uhr: Dummelchen.  
**National.** Alessandro Stradella.  
Poesia. Ein Sommernachtstraum.  
**Thalia.** Der Kilometermesser.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Krieg im Frieden.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.)  
Familie Schierke.  
**Kleues.** Abschied vom Regiment.  
Angele.  
**Reibhaus.** Hotel Pompadour.  
**Lustspielhaus.** Der Familientag.  
**Trianon.** Die glückliche Gilberte.  
(Hououso.)  
**Deutsch-Amerikanisches.** New York.  
Luisen. Hofmanns Köcher.  
Kajuso. Heirat auf Probe.  
**Metropol.** Die Herren von Marim.  
**Welle Alliance.** Lumpenpomp.  
**Carl Weiss.** Geld und Rame.  
**Wpelo.** Berliner Luft. Radrennen.  
**Nobl-Arend.** Spezialitäten.  
**Wespa-Theater.** Bernardi Will.  
Begeer. Anf. 5 Uhr.  
**Herrnsfeld-Theater.** Prinz Levy in Ahlbeck.  
**Palast.** Wie man Weiber fesselt.  
Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steffiner Sänger.  
**Urania.** Taubonstr. 48/49.  
An Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.  
Vorlauf 8 Uhr: Dr. Donath: Die Lichtstrahlen.  
**Sternwarte** invalidenstr. 57/52.  
Anfang 8 Uhr:  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 105.  
Neu! Neu! Neu!  
**Das Erwachen des Poseidon!**  
**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 87 (Hofenbaler Tor.)  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konz.ert.  
**Heirat auf Probe.**  
Vorher das neue Programm.  
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.  
**Trianon-Theater.**  
Seite und folgende Tage:  
**Die glückliche Gilberte**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Das erste Gebot.  
**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Seite zum erstenmal:  
**Hotel Pompadour.**  
(La Marmotte.)  
Schwan in 3 Akten v. Aristide Mars u. Leon Kautel. Deutsch v. H. Schönau.  
Sonntag und folgende Tage: Hotel Pompadour.  
Sonntag, 5. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der Hüftenbesitzer.  
Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selbige Toppinsel.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67/68.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp:  
**75. New-York**  
Male: Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
Ueber'n grossen Teich.  
**Carl Weiss-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr:  
**Geld und Name.**  
Schauspiel in 5 Akten von R. Meyf.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Frau Holle.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Senta Wolfshurg.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
Wegen Privatfeiertage geschlossen.  
Sonntag:  
**Mutter und Sohn.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.  
**Bernhard Rose-Theater**  
Gefundbrunnen, Badstraße 58.  
Seite: **Geschlossen.**  
Vorher Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
Abends 7 Uhr:  
**Onkel Bräsig.**  
Lebensbild in 5 Akten von C. Wegel und H. Wegener.  
Abid! Donnerstag, 9. Februar:  
Stimmliche Solos des Hausmusiklers Max Köhner.  
**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
Der bisher unübertroffene lachstüchtigste Herrnsfeld-Schlager mit seinen hümmisch bejubelten Situationen  
**Prinz Levy in Ahlbeck**  
Schwan in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Magnus Brin Levy:  
**Donat Herrnsfeld.**  
Präbital, dessen Reisebegleiter:  
**Anton Herrnsfeld.**  
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.  
**Skala-Theater.**  
Vinienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**An der Grenze,**  
oder: Verflücht.  
Voll mit Gesang in einem Akt.  
**Großer Boxer-Kampf**  
sowie 30 Internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: **Konzert.**  
Berantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Urania, Taubonstr. 48/49.**  
8 Uhr:  
Im Bannkreis der Jungfrau.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Die Lichtstrahlen.

**Sternwarte** invalidenstr. 57/52.  
Anfang 8 Uhr:  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 105.

Neu! Neu! Neu!  
**Das Erwachen des Poseidon!**

**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 87 (Hofenbaler Tor.)  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konz.ert.  
**Heirat auf Probe.**  
Vorher das neue Programm.  
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

**Trianon-Theater.**  
Seite und folgende Tage:  
**Die glückliche Gilberte**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Das erste Gebot.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Seite zum erstenmal:  
**Hotel Pompadour.**  
(La Marmotte.)  
Schwan in 3 Akten v. Aristide Mars u. Leon Kautel. Deutsch v. H. Schönau.  
Sonntag und folgende Tage: Hotel Pompadour.  
Sonntag, 5. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der Hüftenbesitzer.  
Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selbige Toppinsel.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67/68.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp:  
**75. New-York**  
Male: Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
Ueber'n grossen Teich.  
**Carl Weiss-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr:  
**Geld und Name.**  
Schauspiel in 5 Akten von R. Meyf.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Frau Holle.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Senta Wolfshurg.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
Wegen Privatfeiertage geschlossen.  
Sonntag:  
**Mutter und Sohn.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.  
**Bernhard Rose-Theater**  
Gefundbrunnen, Badstraße 58.  
Seite: **Geschlossen.**  
Vorher Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
Abends 7 Uhr:  
**Onkel Bräsig.**  
Lebensbild in 5 Akten von C. Wegel und H. Wegener.  
Abid! Donnerstag, 9. Februar:  
Stimmliche Solos des Hausmusiklers Max Köhner.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
Der bisher unübertroffene lachstüchtigste Herrnsfeld-Schlager mit seinen hümmisch bejubelten Situationen  
**Prinz Levy in Ahlbeck**  
Schwan in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Magnus Brin Levy:  
**Donat Herrnsfeld.**  
Präbital, dessen Reisebegleiter:  
**Anton Herrnsfeld.**  
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

**Skala-Theater.**  
Vinienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**An der Grenze,**  
oder: Verflücht.  
Voll mit Gesang in einem Akt.  
**Großer Boxer-Kampf**  
sowie 30 Internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Krieg im Frieden.**  
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Roser und F. v. Schönthan.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Don Carlos.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Pension Schöller.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelm-Schiller-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Familie Schierke.**  
Schwan in 3 Akten v. G. Stabelburg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Geizige.**  
Hierauf: **Der Hexenfang.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**

**Zirkus Busch.**  
21. Parade-Gala-Abend.  
Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.  
M. 7500.— Geldpreise in bar!  
Ehrenprotokoll: Herr Professor Reinhold Segas, Schiedsrichter: Herr F. Kasse, 1. Vorsitzender des Athleten-Vereins „Atlas“, Herr A. von Gurecki, Vertreter der „Kaiser. Athlet.-Sportgesellschaft“, München, Herr Oskar Hertel, Vorsitzender des Athleten-Klubs „Roland“.  
Heute treten in Konkurrenz: (Beginn der Ringkämpfe gegen 8 1/2 Uhr.)  
1. Jess Pederson, gegen Josef Ludvik, Dänemark, gegen Bohmen.  
2. Emil Nitschke, gegen Gustav Halkies, Berlin, gegen Schweden.  
3. Charles Bernard, gegen Karl Betkowski, Schweden.  
4. J. van Dem, gegen Meyer Sandorfy, Holland.  
Mit noch nie dagewesenem Erfolge!  
**Katharina II.**  
Persönliches Aufreten des Direktors Busch mit seinen zwei besten Hengsten „Gips“, englisches Vollblut, Sprung von edler Erbe über 8 Fuder mit Reiter. „Wlle. de Goklein, Schulreiterin auf „Milton“, Kavallerie-Quadrille auf 16 Schulpferden und die vorzüglichsten Gala-Programm-Nummern.  
Abid! Morgen Sonntag, 2 Vorstellungen 2. In beiden Vorstellungen: Die Phantastikerin Fel Dobranow. Nachm. 4 Uhr: Südwest-Afrika. Abends 7 1/2 Uhr: Ringkampf und Katharina II.

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.  
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Ahtellung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Rock-Brauerei.

**Segler-Schloß, Kankels Ablage.**  
Ich mache die verehrten Vereine und Fabriken in diesem Jahre besonders auf mein Geschäft aufmerksam. Der Saal ist um noch mal so viel vergrößert und eine neue Halle zu 500 Personen erbaut.  
1655b  
Hasenheide **Neue Welt.** Arnold Scholz.  
108-114.  
Seite sowie täglich: 10832

**Großes bayrisches Bockbierfest**  
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.  
Georg Ehrngruber, Festwirt.  
D'Oberlandler (30 Mann in Nationalkostüm).  
Nürnberger Bratwurst-Glök'le  
30 bayrische Mad'in.  
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf.  
Sonntags 4 " | Sonntags 50 "

**Zirkus Schumann.**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
XV. Grandes Soirée, High Life.  
Galaprogramm und die glänzendsten neuen Spezialitäten, u. a.: Noch nie dagewesen:  
**Der Heldentenor zu Pferde**  
Mons. Crema Hofmann.  
Reu und sensationell:  
**Der Bernhartiner Hund als Kunststreiter**  
vorgeführt von Herrn Mesquitz.  
Reu! Clown Steffi mit seinen dreif. Tieren. Ferner die besten Kunststücke, Damen und Herren, in ihren Glanzleistungen, sowie Direktor Albert Schumanns neue, moderne Dressuren.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Größter Erfolg der Saison.  
Die große, mit märchenhaft schöner Pracht inszenierte Schumannsche Ausstattungsphantomie in 7 Akten:  
**Eine Nordlandreise.**  
Sonntag: Zwei Vorstellungen.  
Nachmittags 3 Uhr (ein Kind frei): **Narokko.** Abends 7 1/2 Uhr: **Eine Nordlandreise.** In beiden Vorstellungen sämtliche Spezialitäten.

**Volksgarten-Theater** (früher Weimann).  
Sonnabend, den 4. Februar 1905:  
**Maskenball**  
des **Randklubs „Brüderschaft“.**  
Wohlfahrts-Lose a 3,30 Mark empfohlen  
**!! Geld- J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51. !!**

**Lustspielhaus**  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Sonntag nachmittag:  
**Das Lumpengefindel.**

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22. früher Feen-Palast.  
Abends 8 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr.  
Das phänomenale Februar-Programm.  
9 1/2 Uhr: Koulali! Der größte Schlager:  
**Wie man Weiber fesselt.**  
Mit der Gesangsposse von Weisinger, Verfasser von „Mutter Geibert“, „Lust im Wald“, „Wie ein Mann im Wald“, Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert von der großen Handkapelle. Entree 30 Pf.  
Die Vorstellungen finden trotz der Ausstellung allabendlich ununterbrochen statt!  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kasapreise!

**Wald- und Landparzellen**  
am Borsdorfer See, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung Aug. Puchert, Tabendorfer bei Jossen.  
1922  
**Dr. Simmel,** Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**„Gesellschaftshaus Ostend“**  
Inh.: Paul Litfin  
Memeler-Strasse 67.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Säle und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: Gr. Rall bei gut besetztem Orchester. 19492

**Passage-Theater.**  
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Anf. nachm. Wochentags 5 Uhr, Sonnt. 3 Uhr.  
Kurzges. Gastspiel der berühmten Gesangskünstlerin  
**Lucia Krall.**  
Ferner die akrobat. Tänzerinnen **Smeralda und Senitza,** überrufen alles, was bisher gesehen wurde.  
**Jaques Bronn, Dumorist, Bernardi** prolongiert.  
14 neue glänzende Nummern.

**WINTERGARTEN.**  
Anfang 8 Uhr.  
**SAHARET**  
und die ausgezeichneten Kräfte d. neuen Februar-Programms.  
Etablissement Buggenhayen  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend:  
**Bockbierfest.**  
KONZERT.  
Der dumme Weg u. der kluge Hund.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:  
Tanz.

**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
von prachtvoller Qualität, ausgezeichneter Haltbarkeit, bester Verarbeitung, vornehmer Ausstattung, moderner Nachart und tadellosem Sitz  
zu billigen, aber streng festen Preisen wie folgt:  
**Jackett-Anzüge,**  
ein- und zweifelhige Form.  
**Jackett-Anzüge** aus bestem gewaschenem Wadstoff in modernen Farben 15, 17,50, 20, 22,50, 25 u. 30 M.  
**Jackett-Anzüge** aus Cheviot, moderne Muster, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40 u. 45 M.  
**Jackett-Anzüge** aus marango oder grauem Rammgarn, sehr elegant, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.  
**Jackett-Anzüge** aus Rammgarn, schwarz oder dunkelblau, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.  
**Jackett-Anzüge** aus Cheviot, schwarz oder blau, 17,50, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.  
**Jackett-Anzüge** aus Rammgarn, Zwois-Wadstoff oder Cheviot, prachtvolle Muster, das Beste, was die Mode bietet, 25, 30, 35, 40 u. 45 M.  
**Rock-Anzüge,**  
einreihige, schilde Form, von schwarzem Rammgarn, Cheviot oder Tuch-Rammgarn 20, 25, 35, 43, 48 u. 53 M.  
**Gehrock-Anzüge,**  
zweireihige Form, von schwarzem Woll-Tuch oder Salm-Rammgarn, 30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 M.  
Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.  
**Knaben- und Jünglings-Anzüge,**  
nur allerneueste Fassons, tadellos elegant stehend u. haltbare Stoffe. Jünglings-Anzüge nur von Herrenschneidern gearbeitet. Alle Qualitäten bis zu den allerfeinsten, sehr preiswert.  
Sochelegante Anfertigung nach Maß.  
Grosses Stoff-Lager.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Steffiner Sänger**  
Anf. Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Sitzplätze zu dem billigsten Preise sind stets 8 Tage vorher zu haben

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater.  
Frankfurter-Allee 85.  
Das großartige Februar-Programm.  
Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

**Otto Fritzkows**  
**Anormalitäten-Anstaltung**  
Wandl 7  
4 3/4 1/2 3/4 1/2 3/4 1/2  
Die **Riesin** Rona, 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.  
**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!**

**Wer-Stoff-hat,**  
fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konfurrenzen, feinste Jutat., 2 Anze. für guten Sitz belag gold. Medaille. **Ludwig Engel, Brenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz).** — Begründet 1892. 10632

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Sanssouci.**  
Kollischer Tor — Stat. der Hochbahn.  
Sonnt., Mont., Donnerst.: **Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.  
Dienstag und Mittwoch: **Theater-Abend.**  
Sonnabend, den 11. März, ist der Saal frei für Festlichkeiten.

**Billig, schön und gesund!**  
Kleine Wohnungen: Cudenarderstraße 36, 37, 38. — Wäheres beim Wirt, Cudenarderstraße 37. (17915)

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Naucenerstr. 23. 20085  
Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.  
Illustr. Katalog gratis und franko.  
Versand nur gegen Nachnahme.

Für die ausländigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: D. S., 3. Rate 1000.—, Verb. d. deutschen Buchdrucker, 1. Rate 6000.—, Verb. d. Lithogr. u. Steindruck. Deutschl. 3000.—, Stämmg. d. Lotz...

Summa 11 755,30 M. Bereits quittiert 57 484,64 M. Im ganzen 69 239,94 M.

Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zu einer Protesterklärung gegen die russischen Barbareien finden am Donnerstag, 9. Februar, in Berlin und den Vororten eine Anzahl Volkerversammlungen statt.

Die Vertrauensleute. Charlottenburg. Am Sonntag findet früh um 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt.

Waidmannslust. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet in Waidmannslust im Lokale des Herrn Hoffmann „Zum Schweizerhändchen“ die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Gräna. Der Wahlverein hält Sonntag nachmittag 8 Uhr in der Grünan Ecke seine Mitgliederversammlung ab.

Treffpunkt-Baumschulenweg. Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, Handzettelverbreitung zu der am Dienstag, den 7. Februar stattfindenden Volksversammlung.

Lokales.

Eine Oper

zu hören und zu sehen, ist für einen Arbeiter ein seltener Kunstgenuss, und doch sieht sich mancher danach: das Volk liebt die Musik.

2,50 M. — Daß die Herrschaften im Parlett etwas mehr zusammenrücken, ist natürlich ausgeschlossen, oben im dritten, vierten oder fünften Rang dagegen ist es selbstverständlich.

Der Spezial-Etat für die Fleischbeschau für das von außerhalb nach Berlin eingeführte Fleisch ist vom Magistrat für 1905 festgesetzt worden. Wenn der Minister v. Bobbelen diesen Etat zu Gesicht bekommt, wird er seine helle Freude daran haben.

In der gestrigen Magistratssitzung wurde die Beratung des Etats ausgeführt, weil Rämmerer Naach erkrankt ist und ohne diesen eine Erörterung der finanziellen Fragen nicht möglich ist.

Berlin größere Sorge. Man lese: „Es ist eine schlimme Zeit! Die Kriegstrompete schweigt für einige Zeit, aber im Lande, von dem der Krieg anging, herrscht der Krieg.“

Von den Zwangsverziehungs- bzw. Fürsorgezöglingen, die die Stadt Berlin in ihren eigenen oder in fremden Erziehungsanstalten, in Familienpflege, in Heime, Dienst usw. untergebracht hat, ist ständig eine beträchtliche Anzahl auf der Flucht.

Durch Nord oder Totschlag sind in Berlin in den letzten beiden Jahren ganz ungewöhnlich viel Menschen ums Leben gekommen.

Die J. D. Wendingerschen Stiftungen, von dem verstorbenen Kaufmann Johann Heinrich Wendinger im Jahre 1837 errichtet und 1843 ins Leben getreten, sind bestimmt, Personen beiderlei Geschlechts aus der Familie des Stifters und demnach aus dem Verufe der Weber, welche das 60. Lebensjahr vollendet haben und durch unvermeidete Unglücksfälle in hilfbedürftige Lage gekommen sind, Wohnung und Unterstützung zu gewähren.

Die H. D. Wendingerschen Stiftungen, von dem verstorbenen Kaufmann Johann Heinrich Wendinger im Jahre 1837 errichtet und 1843 ins Leben getreten, sind bestimmt, Personen beiderlei Geschlechts aus der Familie des Stifters und demnach aus dem Verufe der Weber, welche das 60. Lebensjahr vollendet haben und durch unvermeidete Unglücksfälle in hilfbedürftige Lage gekommen sind, Wohnung und Unterstützung zu gewähren.

Preussische Gutsfreundschaft. Als lästige Ausländer wurden durch Verfügung des Königl. Polizeipräsidenten wiederum 20 Personen aus Berlin ausgewiesen.

Die Firma Gordon in Kapstadt. Eine dunkle Persönlichkeit, auf die jetzt die Kriminalpolizei schaut, hat in hiesigen Geschäftskreisen ein schlechtes Andenken hinterlassen.

das Geschäft für 20 000—30 000 Mark Waren zugefandt. Als die Lieferanten sich am 28. Dezember einstellten, war das Geschäft geschlossen, Herr Berger mit samt seinem Empfangsherrn und seiner Maschinenheiberin verschwunden.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Die Ausbreitung auf der Stadtbahn. Die neue Verhandlung gegen Binzler und Genossen, die Ergebenen vom Alexanderplatz, beginnt heute, Sonnabend, 9 Uhr früh vor der Strafkammer VIIIa.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

Der Sturm hat am Donnerstag schwere Schäden verursacht und zum Teil Verletzungen von Personen herbeigeführt. Nach Meldungen bei den Glasversicherungsgesellschaften wurden in Berlin 42 Fenster- Scheiben eingedrückt.

zog sich ein Feuerwehrmann schmerzhaft Schnittwunden an den Händen zu.

Durch Gasvergiftung ist in der vergangenen Nacht das 27 Jahre alte Dienstmädchen Marie Windeband, das seit einem Jahre bei dem Zahnarzt Köhler in der Bülowstr. 80 in Stellung war, um das Leben gekommen. Das Mädchen sollte gestern Abend mit Gas Wasser wärmen, um für die erkrankte Hausfrau einen Umschlag zu machen. Frau Köhler schlief jedoch bald ein und erkrankte erst heute morgen wieder. Als sie sich in die Küche begab, fand sie, daß diese ganz mit Gas angefüllt war. Das Mädchen lag tot auf dem Fußboden. Es hatte den Gaskocher nicht wie gewöhnlich auf die Maschine, sondern auf den Gaskasten gestellt. Dabei war der Gummischlauch herabgefallen. Wenn nicht ein Selbstmord vorliegt, so ist anzunehmen, daß das Mädchen ebenfalls eingeschlagen war, ohne das Herabfallen des Schlauches wahrgenommen zu haben.

Den Tod im Wasser suchte das 20 Jahre alte Dienstmädchen Erna Jück, das seit 4 1/2 Monaten bei dem Rabbiner Dr. Rosenzweig in der Danienburgerstraße 1 in Stellung war. Seit acht Tagen war das Mädchen sehr niedergeschlagen, weil sein Geliebter ohne sein Wissen nach Hamburg abgereist war; es verließ gestern Abend heimlich die Wohnung und stürzte sich von der Weidendammer Brücke in die Spree. Einem Schutzmann und einem Schiffer gelang es aber, das Mädchen zu retten, das nach der Charité gebracht wurde.

Der angesehene Mann. Die „Potsd. Korresp.“ meldet: Der Oberpostdirektor der Kaiserin, Freiherr von Kirchbach, hat ebenso wie die Kaiserin selbst, während der Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich im Stadtschloß zu Potsdam Wohnung genommen. Er leitete von dort aus alle Angelegenheiten des Hofstaates und erfreute sich nach wie vor des besonderen Wohlwollens des Kaiserpaars. Das dienstliche Verhältnis hat sich in letzter Zeit so gestaltet, daß zwar der Kammerherr Graf v. Vehe-Pinnow der Chef des Kabinetts der Kaiserin ist, Herr v. Kirchbach aber dennoch ganz bedeutenden Einfluß auf alle Angelegenheiten desselben besitzt.

Wiederum ein Opfer des Eisenbahnbetriebes. Beim Rangieren verunglückt ist gestern nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr der Wagenarbeiter Schaefer aus Waltersdorf auf dem Bahnhof Erkner. Er geriet zwischen die Räder zweier Wagen und wurde so schwer verletzt, daß er in die Heilanstalt zu Wilhelmshagen gebracht werden mußte.

Fleischschmuggelleien werden trotz des energischen Vorgehens der Polizeibehörde noch immer getrieben. Vorgesestern morgen lehrte ein Schlächtermeister L. aus Reichersdorf in die Tielische Gastwirtschaft in Heindorf ein und hat den Gastwirt um die Erlaubnis, drei Rinderquartel dort aufbewahren zu dürfen, die später vom Schlächtermeister Heinrich aus Weihensee abgeholt würden. Die Heimkehrer Polizeibehörde erhielt hierüber Kenntnis, stellte fest, daß das Fleisch ungesieмпelt und völlig untauglich war und beschlagnahmte es.

Feuerbericht. Freitag früh gegen 5 Uhr wurde die Wehr nach der Stettinerstr. 44 gerufen, weil hier in einer Wohnung Möbel und Decken Feuer gefangen hatten. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Am Krögel 1 war dann der Fußboden und die Balkenlage in Brand geraten, dessen Abkündigung den 20. Zug längere Zeit in Anspruch nahm. — Ein ähnliches Feuer kam später in der Straßauerstraße 21 aus, während in der Köpenickerstr. 181 Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen aufgingen. — Unluf am öffentlichen Feuerwelder lag einer Alarmierung zugrunde, die nachts die erste Lösungskompagnie nach der Frankfurter 31 führte. Leider gelang es nicht, den freibehänglichen Vorschlag zu fassen. — Die übrigen Feuermeldungen, die noch in den letzten 24 Stunden eingingen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Kasino-Theater. Im Norden Berlins hat der alte harmlose Berliner Humor noch eine Stätte. Wer das Lachen verlernt hat, muß es inmitten der dankbaren Besucher des Kasino-Theaters, wenn die Lachmuskel nicht gerade erstorben sind, wiederfinden. Das Programm ist ganz der heiteren Unterhaltung gewidmet, und es wird sicher für die Dauer seiner Spielzeit die Anziehungskraft bewahren. Die Darbietungen des bunten Teils stehen den Leistungen der großen Variétébühnen nicht nach. Das Wiener Gesangs-Duett Florence und Adolphi eröffnet mit ledigen Automobili-Viederden den Reigen. Ausgeschlossen sind die 3 Cronas, die als Reisen- und Reuejongleure eigenartige, auf diesem Gebiete noch nicht gezeigte Leistungen in launigster Form darbieten. Der ausgesprochene Liebhaber des Publikums ist der Komiker Müller. Sein selbstverfaßtes Repertoire ist reich an aktuellen Schlagern. Seine Couplets über den russisch-japanischen Krieg und den Herosfeldzug finden Verstandnis und stürmischen Beifall. Der zweite Teil bringt eine Vofse: Heirat auf Probe. Es ist ein beliniertes französisches Lustspiel. Die geistreiche französische Note ist zum Berliner Wit unwandelbar. Ein Junggeselle erhält den pöhllichen Besuch von Erbsen und Lente, denen er vor Jahren berichtete, daß er verheiratet sei. Schnell muß eine Frau und ein Kind herbeigeschafft werden, um die Notlage, die er einst in Geldbedürfnis begangen hat, ausrecht zu erhalten. Zu einer fremden Wohnung wird das Familienleben inszeniert. Verwicklungen folgen auf Verwicklungen, die Enttüllung bricht herein, um mit schließlich Veröhnung und Verlobung mehrerer Pärchen zu enden. Die Gesangsbelegungen jändeln, und das Publikum war mit seinem Beifall verschwenderisch.

Der Verein Mütter- und Kinderheime, Ulmanstr. 40/41, veranstaltet Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Resourçe, Kommandantenstr. 57, eine öffentliche Versammlung. Fräulein Dr. jur. Daensing spricht über die Frage: „Soll die ledige Mutter mit ihrem Kinde zusammenbleiben?“

Der nächste Kunstabend im Gymnasium am Savigng-Platz, Charlottenburg, der übermorgen, Sonntag, abgehalten wird, behandelt die Kunst der Schwere. Gottfried Keller, Arnold Böcklin und Konrad Ferdinand Meyer sind die drei Männer, denen der Abend gewidmet ist.

Für die Bergarbeiter. Frau Tony Hiller veranstaltet am 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der städtischen höheren Mädchenschule, Rürnbergerstr. 63, eine Voflesung aus Dichtungen Maxim Gorkis. Der Vortrag ist für die Kinder der Bergleute des Ruhrgebietes.

Die Mimi Vinson-Stiftung zu Berlin, die es sich, ähnlich der in Paris bestehenden, zur Aufgabe gemacht hat, Arbeiterinnen, in erster Linie Heimarbeiterinnen, durch Freibilletts für Theater und Konzerte einen künstlerischen Genuß zu verschaffen, teilt uns mit, daß infolge neuerlicher Zuwendungen es ihr ermöglicht ist, wieder eine große Zahl weiterer Bewerbungen zu berücksichtigen. Der Endergebnis des Preisaussehreibens für Heimarbeiterinnen — es soll ein deutscher Name für die Stiftung gefunden werden, der ihren Zweck deutlich zum Ausdruck bringt — ist bis zum 1. März hinausgeschoben worden. Die Preise sind bekanntlich 50 M., 30 M., 20 M. Sämtliche Aufschriften sind zu richten an den Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11.

Die Volkshochschule Humboldt-Akademie, Lehrstätte NO. (Königshof) eröffnet ihre Vortragsreihe im Winterquartal Dienstag, 7. Februar, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58. Die Zahl der vollständigen Vortragsreihen hat sich diesmal auf 8 vermehrt; es lesen Dienstag, 7 1/2—8 Uhr, Dr. R. Runge, Philosophie und Christentum; 8 1/2—9 Uhr derselbe, Religions-philosophische Grundgedanken der großen Denker und Dichter; 9 1/2—10 Uhr Dr. L. Hirschberg, Franz Schuberts Gesangs-Kompositionen (mit gesanglichen Erläuterungen). Es folgen Donnerstag, 9. ds., sämtlich 8 1/2—9 Uhr, Dr. O. Fißel, Mitezeiten der Kunst (mit Lichtbildern und Photographien); Dr. M. Baccowald, Die menschlichen Ausdrucksbewegungen (Mimik mit Demonstrationen); Augenarzt Dr. A. Burn, Das Auge und seine Pflege (mit Demonstrationen und Abbildungen). Diese Vortragsreihen sind stündlich und kosten nur 50 Pf., die von Dr. Hirschberg und Dr. Fißel wegen freuer Ausgaben 1 M., bezw. 1,25 M. Einzelkarten je 20 Pf., zu

den beiden letzteren je 40 Pf. Der erste Vortrag jeder Reihe ist für Männer und Frauen frei. Programme gratis im Bureau, NO., Landauerbergstraße 82, Th. Krölls Buchhandlung, wo auch die Reihen- und Einzelkarten erhältlich sind.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Freitag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Dr. H. Strauß seinen Vortragskursus über das Thema: „Wie erhalten wir unsere Verdauungs- und Ausscheidungsgorgane gesund?“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW., Reichstagufer 8. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mark (für alle sechs Abende) sind außer an den bekannten Verkaufsstellen auch am ersten Abend am Eingange des Saales zu haben.

Im wissenschaftlichen Theater der U. in der Taubenstraße spricht am Montag Herr Dr. P. Schmidt aus Petersburg über die Insel Sachalin, am Mittwoch und Sonnabend wird der Vortrag „Lieberleben in der Bildung“ gehalten werden und an den übrigen Tagen der Woche, also am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag der dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Im Wannekreis der Jungfrau“ zur Darstellung gelangen.

Theater. An dem Ernst v. Wildenbruch-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 5. Februar, veranstaltet, wirken als Sprecher Fräulein Anna Feldhammer und die Herren Friedrich Goltshaus und Hans Stausen mit. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Raphael Löwenfeld. — Lustspielhaus. Morgen, Sonntag nachmittags geht zum erstmaligen Ernst v. Wolzogens „Das Lumpengefindel“, Tragikomödie in drei Akten, neuinszeniert in Szene.

## Aus den Nachbarorten.

### Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung von Lichtenberg hat in ihrer letzten Sitzung ein Drittel der Mitglieder für die im März stattfindenden Neuwahlen aufgelöst. Das Los traf in der dritten Abteilung die Besitzergemeindevertreter Zipser (gestorben) und Kleiber (berzogen), in der zweiten Abteilung u. a. auch den Gemeindevertreter, hinter dessen Eintragung in der Gemeinde-Wählerliste steht: Das Wählerrecht ruht auf Grund des § 44 Abs. 4 der V.-G.-O. 1 und das, obwohl der Herr als mehrfacher Grundbesitzer und Bauherr sein Dasein fristet. Die dritte Abteilung wird außer den erwähnten Herren noch für Ebert (Wesiger), der sein Mandat niedergelegt hat, und für Zimmermann (Wesiger), der verstorben ist, Ersatzwahlen vorzunehmen haben; also sind vier Eigentümer zu stellen.

In die Kommission von sieben Mitgliedern, die den Anlauf und die Beaufsichtigung der Pferde zum Vorspann bei der Straßenreinigung und der Feuerwehr zu besorgen hat, wurde auch Genosse Grauer gewählt.

Die Wahl eines unbeforderten Schöffen brachte den Grundbesitzer einen schönen Erfolg. Einer ihrer energischsten Vertreter, Techniker Glaesche, erhielt von 23 abgegebenen Stimmen 16! Grauer erhielt 4, 8 sind zerstreut; auf den bisherigen Inhaber entfiel nicht eine Stimme. — Eine undankbare Gesellschaft! Die Vertretung beschloß, einen Kostenbeitrag von ca. 6000 Mark an die Stadt Berlin zu zahlen als Anteil der Summe, die Berlin wegen Verunreinigung der Spree mit Schlammmassen aus dem Höfen-Schönhäuser Graben aufwenden mußte. — Die Umänderung der Umfahsteuerordnung ging in dieser Sitzung glatt von statten. Nachdem der Gemeindevorstand der Erhöhung von 1 Proz. auf 2 Proz., nur eine Erhöhung auf 1 1/2 Proz. vorgeschlagen hatte, wurde dieser Vorschlag beschloß. Wie in jeder Sitzung der letzten Zeit, so kamen auch in dieser Anträge auf Erstattung von Bürgersteig-Pflasterkosten zur Verhandlung. Das Objekt war dies mal 7116 M. Fortsetzung folgt. Auch jetzt bereiteten unsere Genossen den Besitzern peinliche Augenblicke. Nach längerer Diskussion bewilligten sich die Herren den Betrag. Anträge wegen Aufnahme einer Anleihe und Veränderung von beschlossenen Anleihen fanden Zustimmung. Eine Anfrage des Genossen Bell, ob die Petition der Gemeinde-Arbeiter an den Gemeindevorstand gelangt sei, wurde bejaht und bemerkt, daß die zuständigen Kommissionen sich zu äußern haben und bei der Etatberatung voraussichtlich die Petition zur Erörterung kommen wird. Mit der Mitteilung, daß der Kreisausschuß in Aussicht gestellt habe, zur Verbreiterung der Bahnbrücke in der Gürtelstraße 25 000 M. Beihilfe zu leisten, schloß die Sitzung.

Steglit. Die Gemeindevorstandswahlen finden am Montag, den 27., und Dienstag, den 28. Februar, im Rathause, Zimmer Nr. 12, statt. Die Arbeitnehmer der Wählergruppe „Verschiedene Gewerbe“ wählten am Montag, den 27., von 6 1/2—8 Uhr abends zwei Vertreter; „Bekleidungsgerberbe“ am Dienstag, den 28., 6—8 Uhr, „Graphisches Gewerbe“ 6 1/2 bis 8 Uhr je einen Vertreter; „Metallgewerbe“ von 8 1/2—9 1/2 Uhr zwei Vertreter. Das Wahlrecht ist durch Stimmzettel auszuüben, welche so viel Namen enthalten müssen, wie in der betreffenden Wahlhandlung Vertreter zu wählen sind. Den eingeschriebenen Wählern gehen vor den Wahlen noch Ausweisarten zu, welche gut aufzubewahren und bei der Wahl vorzulegen sind. Die ohne solche Karten erscheinenden Wähler müssen sich auf andere Weise ausweisen können.

Stärkung des monarchischen Gedankens. Das Dorf Auhhausen in der Altmark war vor einiger Zeit von einer großen Feuerbrunst heimgeschlagen worden. Die Stadtverordneten-Versammlung der Nachbarstadt Sandau an der Elbe bewilligte zur Linderung der Not unter den armen Bauern fünfzig Mark. Der Magistrat stimmte diesem Beschloß aber nicht zu, sondern sich von der an sich schon recht geringen Summe zwanzig Mark. Der Bürgermeister Goltshauer führte zur Begründung des magistratischen Vorgehens aus: Es ist behördlicherseits gewünscht, daß unsere Stadt sich mit einem Beitrag für das Kronprinzenpaar zur Hochzeit des Kronprinzen beteilige, und hierzu sollen die von der bewilligten Summe gezeichneten zwanzig Mark verwendet werden!

## Theater.

— Berliner Theater. „Der zwist der Verliebten.“ Lustspiel in fünf Akten von Molière. George Dandin. Lustspiel in drei Akten von Molière. Uebersetzung von Zuda. Wohl auf den Kredit des Mollins Namens hin hat es die Direktion mit diesen beiden Stücken Mollins verurteilt. So interessant sie für die Literaturhistoriker sein mögen, als Dokumente, an denen sich der Zusammenhang Mollins mit der älteren italienischen Literatur und seine Anknüpfung an dem überkommenen Zeitgeschmack erläutern läßt, im Theater weckt ihre altmodisch ungelente Komik, vielleicht von einigen wenigen Szenen abgesehen, heute nicht mehr lebendigen Widerhall. Die Intrige im „Lieberzweit“ ist verwickelt bis zur Unverständlichkeit, auf lauter offenkundige Unmöglichkeiten aufgebaut; und ebenso entbehrt die Ehestandburleske des George Dandin jenen wenigstens nur scheinbaren Schein des Möglichen, dessen selbst die Posse bedarf. Das erste Stück stammt aus der Vabanquette Mollins, als er noch wenig bekannt mit seiner Schauspielertruppe in der Provinz herumzog; das zweite aus der letzten Lebensperiode, in die seine Meisterwerke fallen.

Ein Mädchen, das die Mutter als Knaben ausgegeben und erzogen hat, gewinnt, die männliche Kleidung mit der ihrer Schwester vertauschend, das Herz eines Liebhabers, der um die Schwester freite. Doch mangelt jede Spur der tiefsten Mädchenposche, mit welcher Shakespeare in seinen Lustspielen ähnliche Motive behandelt hat. Mollins verlegt in seinem „Lieberzweit“ das Abenteuer nach Paris, teilt und den Hergang in trockener Erzählung mit und motiviert die aufgewungene Knabenrolle durch eine ebenso komplizierte wie nächtliche Erbschaftsgeschichte. Gestärkt findet auch die Szenen zwischen den Vätern der beiden Liebenden. Frischerer Vortrag, feinere Ironie zeigt nur der

hijig aufflammende und unheimliche in ärztliche Veröhnung umhüllende Liebesfrenn Erastens und Luciles, der parodistisch von dem Dienter und der Hofe wiederholt wird. Die Darstellung des Lustspiels war ungleichmäßig. Kamantlich Lucile und die Hofe liegen viel zu wünschen übrig. Der spielerische Reiz der schamlosen Fuldaschen Reime kam bei der Art des Sprechens nicht zur Geltung.

George Dandin hat ein Doppelgesicht; man weiß nicht, ist der Schwank mehr ein Appell an die gedankenlose Schadenfreude, die in dem gehörnten Ehemann immer nur die lächerliche Figur sieht, oder mehr eine bitter-höhnische Satire auf die Verderbnis eines hohen Adels und die Torheit reicher Bürgertölpel, das titelstichtig mit ihm Verbindung sucht. Möglich, daß Mollins, voll nagenenden Grimms wider diese Sippe, mit klarem Bewußtsein dies Zwielicht wählte, weil er meinte, nicht ungeprüft deutlicher reden zu dürfen; möglich auch, daß unbedacht in seiner Konzeption sich beide Auffassungen mischten. Wie dem auch sei, das doppeldeutige Durcheinander läßt, auch abgesehen von der Willkür in der Szenenführung, keine rechte Stimmung ankommen. Um über den Betrag zu sagen, dazu wird einem feineren Gefühl die Person des gekloppten Dandin zu bieder und zu wehrlos, zu sehr des Mitleids wert erscheinen und andererseits — die dumme Feigheit, mit der der arme Keel jedesmal demütig reboziert, kompromittiert dies Opfer der „seiner“ Leute dazwischen, das in Verhältnis hierzu die Skarifikatur der Adelligen an Schlagkraft wesentlich einbüßt. Man erfährt nicht, weshalb der wohlhabende Bauer, der für sein gutes Geld ein so nichtigüßiges Beschäftigen eintauschte und die Gemächlin von Herzen gern los sein möchte, sie immer nur vor ihren hochnägigen Eltern anklagt, ohne den ihm wohl bekannten Feigen des Gebrauchs, den einfältigen, alles anschnapazenden Liebesboten herbeizurufen. So viel Verdacht hätte schließlich auch ein dummer Bauer gehabt. Statt dessen verlegt sich Dandin — das ist der Kern des Stückes — darauf, den Grafen und die Gräfin durch den Augenchein zu überzeugen. Dreimal versucht er es, und dreimal unterliegt er vor der ungeheueren Eigen-dreistigkeit seiner Hochwohlgebornen. Zuerst schwört sie mit Umschuldmiene jede nähere Bekanntschaft mit dem windigen Gläubiger ab, den Dandin nun auf Verloß des Grafen untertänigst um Verzeihung bitten muß; dann überfällt im Augenblick, als sie mit Eitander aus der Tür tritt, spielt sie die ehrbare Frau, die einen eingedungenen Liebhaber mit Worten hoher Tugend abweist; und wie Dandin sie endlich zur Nachtzeit im Garten ertwischt, eilt sie in ihr Zimmer, verschließt das Haustor und hält, sobald die Eltern herbeigeht sind, von oben her eine entristete Gardinen-Erdigrt wider ihren Mann, der im Weinauch Gelpenster sähe. Die alten Herrschaften sind empört, und wieder muß der Schwieger-sohn auf Kommando eine Entschuldigungsrede nachsagen. Programmatisch in drei Abzügen, nur immer forzierter wiederholt sich der gleiche Spag. Den Stoff hat vermutlich eine der Erzählungen in Voccacios Delamerone gegeben. In all seiner Plumpheit war dieser mit einem ernsthaft melancholischen Selbstgespräche des ewig Gevrellten endigende Schwank doch eindrucksvoller, in gewissem Sinne nachdenklicher als die vorausgeschickte Verkomödie. Gefiel nicht wurde er viel besser. Willi Rohland, in feineren Rollen Albert Schindler und Hans Kühnert zeigten sich aus, vor allem aber Fräulein Ida Rohland als hold dreinschauendes und dabei grundverdorbene Aristokratensweibchen. — dt.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Komitee als Verein. Eine polnische Wählerversammlung für Thorn und Umgebung hatte vor den preussischen Landtagswahlen ein Wahlkomitee gewählt, welches am 5. November 1903 zusammentrat und aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden, einen zweiten Vorsitzenden, einen Schriftföhrer und einen Schatzmeister bestimmte. Wiczorek als Vorsitzender wurde am 14. November polizeilich angefordert, die Statuten und ein Mitgliederverzeichnis des aus 14 Personen bestehenden Wahlkomitees eingereicht. Man kam dem jedoch nicht nach, sondern löste am 15. November das Komitee auf, weil nach dem Resultat der inzwischen erfolgten Wahlen die Wahl eines eines Voten gesichert erschien. Die vier „Vorstandsglieder“ des Komitees wurden trotzdem wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt und in zweiter Instanz zu Geldstrafen verurteilt, weil sie als Vorsteher eines politischen Vereins der Polizei nicht binnen drei Tagen nach Stöfung des Vereins Statuten und Mitgliederverzeichnis eingereicht hätten. — Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision mit folgender Begründung: Durch die Wahl des Komitees in jener polnischen Wählerversammlung sei noch kein Verein entstanden. Aber die Leute seien dann zusammengetreten und hätten sich einen Vorstand gewählt. Damit seien sie verträglich zusammengetreten und hätten sich dem Vorstande untergeordnet zur Vertretung bestimmter Interessen. Damit sei ein Verein zu stande gekommen. Wenn sich nun auch das Komitee bald wieder aufgelöst habe, so hätten sich doch die Angeklagten als Vorstandsglieder des Komitees betätigt. Daß dieser Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, sei unstrittig. Somit hätten die Angeklagten die Vorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes erfüllen müssen.

Kleine und große Bayern. Wegen vorläufiger Inbrandsetzung eines Waldes, der fremdes Eigentum war, hatte sich am Donnerstag vor dem Potsdamer Schwurgericht der 69 jährige, aus der Ost geführte Auszügler Friedrich Käfer aus Glienicke bei Dahme zu verantworten. Am 14. August vorigen Jahres, zur Zeit der großen Dürre, war der alte Mann in die 2000 Morgen große Forst des Ritterguts- und Bergwerksbesitzer Louis Pool zu Dominium Glienicke gegangen, hatte dort ein Hänfchen Reißig und Laub zusammengetragen, zwischen welches er eine brennende Lunte steckte. Als das Feuer emporlochte, ging er seiner Wege. Es dehnte sich, beghinstigt durch die Trockenheit, mit rapider Geschwindigkeit aus, so daß zusa 110 Morgen Land, das mit 18—30-jährigen Niefem befangen war, in Mitleidenschaft gezogen wurden, wodurch dem Besitzer ein Schaden von zirka 20 000 Mark entstand, den er selbst zu tragen hat. Der Grund zu dieser Brandstiftung ist in langjährigen Streitigkeiten der Glienicke Wäner mit dem Rittergutsbesitzer Pool zu suchen. Viele Prozesse wegen Absperrung von Wegen, Verlegung des Dorfsfußes u. haben zwischen den Parteien geschwebt. Pool verbot schließlich überhaupt den Glienicke Einwohner das Betreten seines Waldes, da schon dreimal dort Brandstiftungen vorgekommen waren. Der Angestellte wurde einmal zu 5 M. Geldstrafe wegen Hausfriedensbruchs verurteilt, weil er das Poolische Gebiet betreten hatte. Er gab jetzt die Brandstiftung zu, will aber nur jahrelang gehandelt haben, als er sich im Walde eine Tabakspife anzündete. Die Weisweise ergab seine Schuld, doch billigte die Geschworenen ihm mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis, worauf drei Monate Untersuchungshaft angeteignet wurden.

Die „lieben süssen Mädchen“ sind mittelbar zu Verrätern eines alten Verbrechers geworden, der gestern in der Person des Stadtmachers Friedrich Koenpfer vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II stand. Der Angestellte hatte in der Umgebung von Berlin, in Pankow, Weihensee und anderen Orten Einsteigebischäfte gewerdmäßig betrieben und ist f. Z. von der Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die gestern gegen ihn verhandelten Straftaten lagen vor diesem Urteil. Wie sich herausstellte, ist der Angestellte unter falschem Namen auch in Frankfurt a. O. zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und f. Z. aus dem Zuchthaus ausgebrochen. Am 12. Juni 1903 wurde bei Herrn Friedrich Schulze in Werdar an der Ostbahn ein höchst dreister Einbruchdiebstahl verübt. Der Dieb, der mit der Verhaftung wohl vertraut sein mußte, war durch die offenkundige obere Hälfte eines Fensters eingekrochen, hatte aus dem Schlafzimmer, in welchem das Schulze'sche Ehepaar schlief, die Schlüssel zu Schränken und Kisten geholt, damit die Verkäufer geöffnet und eine reiche Beute gemacht. Unter anderem war eine Kassetten mit Wertpapieren in Höhe von 3700 M. und barem Gelde, eine Briefstöße mit



